2/2015

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

Kreislaufwirtschaft

Ist Recycling eine Illusion?

Seite 4
Recycling ist gut, Vermeidung ist besser

Seite 8
Mehrweg ist der bessere Weg

Seite 9
Plastik – Weniger ist Meer

Seite 15
Der Kampf gegen Papierverschwendung

ISSN 1864-0982

SCHWERPUNKT

Rohstoffimporte statt Recycling 2
Die deutsche Rohstoffstrategie unter die Lupe genommen
Michael Reckordt

Recycling ist gut, Vermeidung ist besser 4
Die aktuelle abfallpolitische Debatte geht am notwendigen Ressourcenschutz vorbei
Sascha Roth

Jenseits der Verschwendung 6
Ressourcennutzung in Europa
Ariadna Rodrigo

Mehrweg ist der bessere Weg 8
Coca-Cola setzt auf Einweg und gefährdet damit Umwelt und Arbeitsplätze
Jürgen Resch

Plastik – Weniger ist Meer 9
Der Plastik-Boom und seine Folgen
Nadja Ziebarth

Schmutzig und gefährlich, aber profitabel 11
Das Geschäft mit Schrottschiffen an Südasiens Stränden
Patrizia Heidegger

Mikroplastik 13
Kleine Teilchen, große Wirkung
Marijana Toben und Nadja Ziebarth

Der Kampf gegen Papierverschwendung 15
Vermeiden ist noch besser als Recyceln
László Maráz

Recycling ist nur der drittbeste Weg 16
Über den Umgang mit Seltenen Erden
Johanna Sydow

Der Flug des Ikarus 18
Initiativen für einen bewussten Umgang mit den irdischen Ressourcen
Friederike Menz und Manuel Tacke

AKTUELL

G7-Gipfel 2015 19
Was bleibt?
Jürgen Maier

Absichten mit Weitblick – Zu kurz greifende Maßnahmen 21
Die G7 und die Lieferkettenverantwortung
Heike Drillisch

Die Globalisierungskritik ist tot, lang lebe die Globalisierungskritik 23
Der G7-Gegengipfel diskutiert über eine alternative Weltordnung
Marie-Luise Abshagen

Paradoxie Green Climate Fund 25
Klimawandel abwenden und dabei in fossile Energieträger investieren?
Urska Trunk

Neue EU-Agenda zur „Besseren Rechtsetzung" 26
Intelligente Rechtsetzung statt Deregulierung?
Bjela Vossen

Die Ramsar-Konvention 28
Wiederherstellung zerstörter Feuchtgebiete als globale Priorität
Dr. Tobias Salathé

Wer soll das alles wie bezahlen? 30
UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung
Monika Hoegen

Neue Vorschläge für TTIP 31
Und sie bewegen sich doch nicht!
Nelly Grotefendt

THEMEN UND AGS

Wälder schonen – Verbrauch senken 32
Bericht vom 6. Workshop der Dialogplattform Wald
László Maráz

Die EPA-Verhandlungen in 2014 und heute 33
Eine Bestandsaufnahme
Dr. Boniface Mabanza

Solar-Friseur kommt gut an 35
Solarstrom bringt Licht in Äthiopiens Dörfer und hilft Jobs und Einkommen zu schaffen
Hans-Christoph Neidlein

Kohle und Klima 37
Das Jahr 2015 wird heiß!
Christiane Hildebrandt

Kein Fisch nirgends? 39
Eurosolar will heimische Lachse, Aale, Neunaugen und Co. auf dem Altar der Wasserkraft opfern
Tobias Schäfer

Publikationen 41
Veranstaltungen 44

Forum Umwelt und Entwicklung Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im September 2015.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER: Forum Umwelt und Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, Telefon: 030/678 17 75 93, Fax: 030/678 17 75 80, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier
REDAKTION: Marie-Luise Abshagen und Nelly Grotefendt **MITARBEIT:** Marijana Todorovic
LAYOUT: studio114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** Garry Knight – Absolute Rubbish/flickr.com (cc by 2.0)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die westliche Gesellschaft lebt im Überfluss und manch einem und einer scheint es manchmal, als ob unser Konsum bereits zum Selbstzweck verkommen ist. Birgt diese Erkenntnis die Möglichkeit einer grundsätzlichen Infragestellung unserer Konsummuster? Muss immer alles neu, besser, schneller sein?

Die Entwicklung von Wirtschaft und Technik, ein stetig gestiegener Lebensstandard, damit verbundene veränderte VerbraucherInnengewohnheiten und ein ständig wachsender Konsum haben in den vergangenen Jahrzehnten zu einer erheblichen Zunahme der Abfallmasse und der Abfallvielfalt geführt. Müll ist unser täglicher Begleiter. Dabei wissen wir alle: Müll schadet der Umwelt und letztlich auch uns selbst. Ein Drittel unserer Lebensmittel landet in der Tonne, Plastikmüll verseucht unsere Meere und Produkte werden so gebaut, dass sie immer schneller kaputt gehen.

Allerdings bieten die Abfälle unserer Industriegesellschaft auch eine große Menge sekundärer Rohstoffe. Sie können als Energieträger zum Ersatz von Primärrohstoffen genutzt werden und tragen somit zur Schonung der globalen Rohstoff- und Energiereserven bei. Auch aufgrund der Endlichkeit der natürlichen Rohstoffreserven in Verbindung mit den Erkenntnissen über den begrenzten Zugriff auf strategische Rohstoffe wäre es naheliegend und sowohl aus ökologischer als auch aus volkswirtschaftlicher Sicht erforderlich, die Abfallbeseitigung über die Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft weiterzuentwickeln. Eine Tonne alter Handys enthält etwa 50 mal so viel Gold wie eine Tonne Golderz aus der ertragreichsten Mine. In Fernsehern, Telefonen und Autos steckt jede Menge Silber. Selbst alte Bratpfannen erzielen auf dem Metallmarkt zurzeit Rekordpreise. Die Preise für Kunststoff und Altpapier sind seit Anfang des Jahres um bis zu 300 % gestiegen.

Recycling ist also zum Kampfbegriff einer Expansionsbewegung des Marktes im doppelten Sinne geworden. Zum einen als neue Quelle von Rohstoffen angesichts der Verknappung der Primärquellen, zum anderen zur Aufrechterhaltung unseres Konsumverhaltens. Denn es kann ja jetzt alles recycelt werden – vermeintlich. Aber ist Recycling eine Illusion?

Diese Ausgabe des Rundbriefs beschäftigt sich mit den Fragen rund um Recycling. Denn es geht ja dabei nicht nur um Mülltrennung, Wiederverwertung und Konsumeinsparung, sondern eben doch auch um Potenziale für beispielsweise den Arbeitsmarkt. Die Artikel veranschaulichen, dass wir auf mehr Richtlinien aus der Politik drängen müssen. Doch ist sie alleine in der Pflicht?

Nelly Grotefendt

© Bert Kaufmann/flickr.com (by 2.0)

Kohleabbau am Tagebau Garzweiler

ROHSTOFFIMPORTE STATT RECYCLING

Die deutsche Rohstoffstrategie unter die Lupe genommen

Eine deutsche Rohstoffstrategie könnte verbindliche Recycling-Ziele festlegen und die Kreislaufnutzung von Rohstoffen verankern. Stattdessen werden einseitig Versorgungsinteressen der deutschen Industrie durch Importe bedient.

Die deutsche Rohstoffpolitik ist stark und einseitig an den Interessen der deutschen Industrie ausgerichtet.[1] Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung (BMWi 2010)[2] wurde im Jahr 2010 auf dem Rohstoffkongress des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) vorgestellt und liest sich wie deren Forderungskatalog.

Exportzölle und Exportverbote

Handelspolitische Maßnahmen sind die zentrale Säule der Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Diese zielen auf die Abschaffung von Exportverboten und Exportzöllen vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern ab. Bekannt ist der Handelsstreit mit China um die Beschränkung der Exportmengen bei Seltenen Erden, den die Europäische Union mit anderen Ländern vor der WTO angestrebt und gewonnen hat. Die Bundesregierung und der BDI sehen durch Verbote und Zölle die deutsche Industrie benachteiligt und die hiesige Versorgung gefährdet. Die deutsche Industrie ist zu nahezu 100 % von Importen dieser primären metallischen Rohstoffe abhängig. In den letzten Jahren haben viele Länder wie Vietnam, die Philippinen oder Indonesien Exportverbote und höhere Exportzölle beschlossen. Wiederkehrende Argumente dafür sind: Erstens die Verlängerung der Wertschöpfung im eigenen Land und die Hoffnung auf weitere industrielle Entwicklungen, zweitens die Schaffung von Industrie-Arbeitsplätzen, drittens die Erhöhung des Steueraufkommens durch die verlängerte Wertschöpfung und viertens die Unabhängigkeit von schwankenden Weltmarktpreisen für einzelne Rohstoffe.

Aus entwicklungspolitischer Sicht sind diese Markteingriffe durchaus zu begrüßen, so merkt Mark Curtis an: „Ausfuhrsteuern sind kein Allheilmittel und nicht immer das Mittel der ersten Wahl, doch sie können eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung wettbewerbsfähiger Industrien sowie beim Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen spielen. Ferner können sie Einnahmen für öffentliche Aufgaben generieren. […] Die Förderung von Weiterverarbeitung und Fertigung sowie damit verbundener Dienstleistungen ist für Entwicklungsländer ein Muss, wenn sie sich aus ihrer Abhängigkeit von Rohstoffexporten befreien wollen.“[3] Auch politisch muss man den jeweiligen Regierungen diese politischen Freiräume lassen.

Die Bundesregierung hingegen verspricht in der Rohstoffstrategie im Rahmen der EU Handelspolitik diesen „Verzerrungen im internationalen Rohstoffhandel noch konsequenter als bisher [zu begegnen]“. Sie will dazu WTO-Beitrittsverhandlungen, Streitschlichtungsverfahren, aber auch die EU-Freihandelsabkommen umfassend nutzen. Dazu ist auch „eine Überprüfung von Handelspräferenzen für Entwicklungsländer“ vorgesehen, wenn diese deutschen Unternehmen keinen Zugang zu ihren Rohstoffmärkten geben. Unter dem Begriff der Politikkohärenz werden entwicklungs- und umweltpolitische Ziele der industriellen Rohstoffversorgung unterworfen: „Der Abbau von Exportbeschränkungen spielt eine wichtige Rolle für eine gesicherte Rohstoffversorgung. Armen/ärmsten Entwicklungsländern sollte eine gewisse Flexibilität wie Übergangsfristen beim Zollabbau eingeräumt werden, um Alternativen zur Sicherstellung der Staatseinnahmen aufzubauen.“

Auch der BDI erneuerte im Januar 2015 seine Forderungen an die Politik diesbezüglich. Er kritisiert vor allem die zu laschen WTO-Regeln bei Exportzöllen, die laut ihm „eine Subvention der inländischen Industrie zulasten des Wettbewerbs darstellen".[4] Zudem müsse der Zugang zu den Rohstoffmärkten für die deutsche Industrie „Bedingung für den Abschluss von [neuen] Handelsabkommen" sein.

Widerspruch primäre und sekundäre Rohstoffe

Eine weitere Handelsliberalisierung auf globaler Ebene sei für den Zugang zu primären Metallen und (Industrie-) Mineralen notwendig, so der Industrieverband. Interessanterweise sieht der Ansatz bei sekundären Rohstoffen anders aus. In den letzten Jahren rückten die Recyclingstoffe, die auf unseren Müllhalden unter dem Schlagwort Urban Mining ein ungenutztes Dasein fristen, stärker in den Fokus. Viele Länder haben reagiert und unter anderem Exportverbote für Schrotte erlassen, um die Rohstoffe selbst zurückzugewinnen. Während der BDI bei primären Rohstoffen jegliche Einschränkung von Exporten in Entwicklungs- und Schwellenländer bekämpft, argumentiert er bei den sekundären Rohstoffen, dass die „Verfügbarkeit an Sekundärrohstoffen unter anderem durch illegale Exporte von Abfällen, die als gebrauchte Produkte deklariert werden, erheblich eingeschränkt"[5] werden. Daher lautet die Forderung eindeutig: „Illegalen Abfluss von Sekundärrohstoffen unterbinden". Und weiter: „Die vor kurzem beschlossene Verschärfung der europäischen Abfallverbringungsverordnung sollte konsequent umgesetzt, der Vollzug gestärkt und kontrolliert sowie Zuwiderhandlungen sanktioniert werden."[6]

Während bei dem Zugang zu primären Rohstoffen Umwelt- und Sozialstandards entlang der Lieferkette nur eine untergeordnete Rolle für die deutsche Industrie spielen, weshalb diese sich gar sehr vehement gegen verbindliche Sorgfaltspflichten und Transparenz in der Lieferkette engagiert, werden beim Thema Recycling ökologische und soziale Argumente vorgeschoben, um die eigenen Wettbewerbsinteressen durchzusetzen.

Gut sichtbar wird das beim Widerstand gegen die Einführung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette. Die Wirtschaftsverbände und viele Unternehmen wehren sich dagegen, Risiken zu analysieren, aktiv zu werden und transparent berichten zu müssen. So hatte sich das europäische Parlament Mitte Mai 2015 für eine umfangreiche Konfliktmineralien-Verordnung ausgesprochen. Die ParlamentarierInnen forderten eine verbindliche Sorgfaltspflicht für die gesamte Industrie entlang ihrer Lieferketten, um die Konfliktfinanzierung durch den Abbau oder Handel von Gold, Tantal, Wolfram oder Zinn zu unterbinden. Die Industrieverbände hatten im Vorfeld massiv Lobbyismus gegen diese Sorgfaltspflichten betrieben. Auch im Anschluss wandten sich die beiden BDI-Mitgliedsverbände Wirtschafts-Vereinigung Metalle (WVM) und der Verband Deutscher Metallhändler (VDM) an Medien und Politik: „Die EU-Entscheidung zu Konfliktrohstoffen droht zu großen Schwierigkeiten beim Metall-Recycling zu führen", warnen sie. Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin der WirtschaftsVereinigung Metalle, sagte, dies sei keine sinnvolle Entscheidung für mehr Recycling und Nachhaltigkeit.

Dabei besagt der Vorschlag des Europaparlaments nur, dass Unternehmen, die die genannten vier Rohstoffe auch als Recyclingprodukte nutzen, nachprüfen müssen, ob ihr Rohstoffeinkauf blutige Konflikte oder schwere Menschenrechtsverletzungen finanziert und unterstützt. Die UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte geben dafür einen geordneten Rahmen. Dieses Instrument könnte auch genutzt werden, um Umwelt- oder Arbeitsstandards bei der Aufarbeitung wertvoller Rohstoffe in Entwicklungs- und Schwellenländern zu prüfen und zu verbessern.

Rohstoffpartnerschaften

Um auf Exportzölle und -verbote bei Sekundärrohstoffen zu reagieren, schlägt der BDI zudem vor, die Rohstoffpartnerschaften zu Recyclingpartnerschaften weiterzuentwickeln. „Recycling von Rohstoffen wird zudem für die Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen immer wichtiger", schreibt der BDI in einem Positionspapier mit dem Titel „Recycling in Rohstoffpartnerschaften" im Juni 2014.[7] Rohstoffpartnerschaften sind ein weiteres Instrument der Rohstoffstrategie der Bundesregierung und wurden bisher mit Ländern wie der Mongolei, Kasachstan und Peru abgeschlossen. Auch dieses Instrument steht unter den Paradigmen der Versorgungssicherheit und der Schaffung neuer Absatzmärkte für die deutsche Industrie. Anstatt also in Deutschland höhere Recyclingquoten und einen geringeren Verbrauch voranzubringen, werden die Probleme in den globalen Süden verlagert.

Die deutsche Zivilgesellschaft, darunter die im AK Rohstoffe zusammengeschlossenen Organisationen, haben schon frühzeitig die Einseitigkeit der Strategie sowie deren Instrumente deutlich kritisiert. Es fehlen in der Rohstoffstrategie ambitionierte Ziele, das Recycling und somit die Sekundärrohstoffnutzung zu stärken. Im Sinne einer Kreislaufwirtschaft und einer nachhaltigen Nutzung der Rohstoffe, müsste eine nahezu hundertprozentige Rückgewinnung der Rohstoffe das eigentliche, langfristige Ziel sein. Zudem müssten menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für alle Rohstoffe verbindlich eingeführt werden, da noch heute fast ein Drittel aller Menschenrechtsverletzungen im Wirtschaftsgeschehen mit der extraktiven Industrie in Verbindung stehen.

Michael Reckordt

Der Autor arbeitet bei PowerShift e. V. als Koordinator des AK Rohstoffe, einem bundesweiten Zusammenschluss von Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen.

1 Vgl. Reckordt (2014): Verantwortungsloser Rohstoffbezug – Rohstoffpolitik im Interesse der Industrie; In: Forum Umwelt und Entwicklung: Rundbrief III/ 2014.

2 BMWi (2010): Rohstoffstrategie der Bundesregierung - Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen.

3 Vgl. Curtis (2010): Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht.

4 BDI (2015): Anforderungen an eine ganzheitliche und nachhaltige Rohstoffpolitik – BDI-Grundsatzpapier zur Rohstoffpolitik im 21. Jahrhundert.

5 Ebd.

6 Ebd.

7 BDI (2014): Recycling in Rohstoffpartnerschaften – Chancen und Herausforderungen.

© onnola/flickr.com (by-sa 2.0)

Viele Möglichkeiten des Recycelns

RECYCLING IST GUT, VERMEIDUNG IST BESSER

Die aktuelle abfallpolitische Debatte geht am notwendigen Ressourcenschutz vorbei

Zurzeit streiten politische EntscheidungsträgerInnen über die Details des neuen Elektrogerätegesetzes und über Organisationsverantwortungen im Rahmen eines Wertstoffgesetzes. Die Themen Umweltschutz und Ressourceneffizienz spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle. Es bedarf eines politischen Umdenkens im deutschen Abfallrecht.

In Deutschland finden sich Tag für Tag zahllose Beispiele dafür, dass mit dem deutschen Abfallrecht aus Sicht des Umweltschutzes etwas nicht stimmt: Ein Lebensmittelhersteller wirbt mit der Recyclingfähigkeit seiner Kaffeekapseln aus Aluminium und vergisst dabei zu erwähnen, dass die Alternative des Filtertütenkaffees große Mengen an unnötigem Verpackungsmaterial einsparen würde. Ein Mobilfunkanbieter wiederum lockt seine Kunden mit dem Satz „Jedes Jahr ein neues Handy“. Er wird damit wohl nicht dazu beitragen, den jährlichen Handyschrottberg von geschätzten 5.000 Tonnen in Deutschland auf Dauer zu verkleinern. Für Unternehmen in der selbst ernannten „Bundesrepublik der Recyclingweltmeister“ fällt es also wirtschaftlich auch heute nicht ins Gewicht, ob Produkte ressourcenschonend verpackt oder als Wegwerfwaren konzipiert werden.

Gleichzeitig ist die Gesetzeslage für private VerbraucherInnen kaum nachzuvollziehen. Ein Beispiel: Kauft ein Kunde sich einen Anzug inklusive Plastikkleiderbügel, kommt letzterer in die gelbe Tonne. Hat der Kunde den gleichen Plastikkleiderbügel aber als eigenständiges Produkt erworben, müsste er rein rechtlich in der Restmülltonne landen. Wirft der umweltbewusste Verbraucher den Bügel dennoch in die gelbe Tonne, weil es sich ja auch um Plastik handelt, spricht man vom intelligenten Fehlwurf, der zwar für die Umwelt gut, aber leider gesetzeswidrig ist.

Die genannten Beispiele zeigen klar, dass es in Deutschland an einem abfallrechtlichen Ordnungsrahmen fehlt, der wirtschaftliche Anreize für die Vermeidung von Abfällen setzt, verbraucherfreundlich ist und allen Akteuren klare Vorgaben für umweltfreundliches Handeln ohne Ausnahmen auferlegt. Vom Vorrang des Umwelt- und Ressourcenschutzes, der in den Präambeln der Gesetze eigentlich als Leitfaden dient, ist oftmals nichts zu spüren. Zwar stellte der 2013 geschlossene Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD fest, dass „die Kreislaufwirtschaft zu einem effizienten Instrument einer nachhaltigen Stoffstromwirtschaft“ entwickelt werden solle. Seither sind den Worten aber kaum Taten gefolgt oder die ersten Ansätze können weder als effizient noch als nachhaltig bezeichnet werden. Dies wird aktuell bei der Novelle des Elektrogerätegesetzes (ElektroG) und den Plänen zu einem Wertstoffgesetz ersichtlich.

Das neue ElektroG negiert die europäische Abfallhierarchie

Mit einiger Verspätung wird die deutsche Bundesregierung in diesem Jahr die europäische Richtlinie für Elekt-

roaltgeräte (kurz: WEEE) durch das ElektroG in nationales Recht umsetzen. Während es begrüßenswert ist, dass Erfassungsmengen und Recyclingquoten gesteigert werden sollen, schafft das Gesetz keine Anreize, Elektrogeräte langlebiger zu gestalten und das ressourcenschonende Reparatur- und Wiederverwendungsgeschäft zu beleben. Das Bundeskabinett hat sich nicht für stärkere Ökodesignvorgaben eingesetzt, welche die Reparierbarkeit von Geräten und die Austauschbarkeit von Akkus zur HerstellerInnenpflicht gemacht hätten. Die von Umweltministerin Barbara Hendricks angepriesene Rücknahmeverpflichtung des Handels ist zudem ein Lehrstück, wie verbraucherInnenunfreundlich die Sammlung von Elektrogeräten gestaltet werden kann. Will der Kunde beispielsweise ein altes Gerät abgeben, ohne ein neues zu kaufen, kann er dies nur bei Händlern mit mehr als 400 qm Verkaufsfläche für Elektro- und Elektronikgeräte tun. Außerdem darf sein Gerät eine Kantenlänge von 25 cm nicht übersteigen. Ob sich der Kunde die Mühe macht, seinen Fön zu messen und sich dann auf HändlerInnensuche zu begeben, kann man bezweifeln. So wird das Gesetz nicht verhindern, dass zahlreiche Kleingeräte weiterhin in der Restmülltonne landen und für den stofflichen Kreislauf verloren gehen.

Besonders ärgerlich sind die Regelungen bei der so genannten Vorbereitung zur Wiederverwendung. Trennt sich ein Verbraucher von seinem Fernseher, der eigentlich noch gut funktioniert und gibt er ihn an der dafür vorgesehenen kommunalen Sammelstelle ab, besteht fast keine Möglichkeit mehr das Gerät vom Abfallstrom zu separieren und es einer Wiederverwendung zukommen zu lassen. Ist das Gerät erst einmal in den Container geworfen, ist es aber für die Wiederverwendung oder Reparatur ungeeignet. Obwohl die europäische Richtlinie klar vorschreibt, Regelungen für den Zugang von Wiederverwendungsbetrieben auf den Sammelstellen einzuführen, vertagte die Regierung das Thema durch eine Verordnungsermächtigung auf eine unbestimmte Zukunft.

In der jetzigen Form handelt es sich beim ElektroG nicht um ein effizientes Instrument für eine nachhaltige Stoffstromwirtschaft, weil es verbraucherInnenunfreundlich ist, keine Anforderungen an die HerstellerInnenverantwortung für langlebige Produkte stellt und weil es Geschäftsmodelle für Wiederverwendungsbetriebe erheblich erschwert. Die beiden ersten Punkte der Abfallhierarchie, nämlich die Abfallvermeidung und die (Vorbereitung zur) Wiederverwendung werden mit der aktuellen Gesetzesnovelle negiert.

Viel Lärm um das kommende Wertstoffgesetz

Auch die derzeitige Debatte rund um das angekündigte Wertstoffgesetz, das unter anderem die oben erwähnten intelligenten Fehlwürfe legalisieren soll, dreht sich nicht vorrangig darum, wie das Gesetz zu einem besseren Ressourcenschutz beitragen kann. Barbara Hendricks ist mittlerweile die dritte Umweltministerin, die ein Wertstoffgesetz verspricht. Aber die Zeichen stehen mehr als schlecht, dass es in dieser Legislaturperiode noch Wirklichkeit wird. Gestritten wird nicht über höhere Erfassungsmengen der Wertstoffe oder bessere Recyclingquoten, sondern darum ob eine zukünftige Wertstofftonne vom kommunalen Betrieb oder der privaten Entsorgungsfirma abgeholt werden soll.

Die Blockadehaltung bei den beiden Regierungsparteien führt dazu, dass sich der Reformstau im Abfallrecht weiter verlängert. Und das, obwohl sich SPD und CDU einig darin sind, dass die seit 15 Jahren stagnierenden Recyclingquoten für Verpackungsmüll nach oben geschraubt werden müssen und damit ein rechtssicherer Rahmen für Neuinvestitionen in bessere Recyclingtechnologien und mittelbar auch für ökologischere Verpackungs- und Produktentwicklungen entstehen muss. Relativ einig sind sich die Parteien auch darin, dass die ProduzentInnenverantwortung erweitert werden muss. Bisher sind nur die HerstellerInnen von Verpackungsmaterial zur Rücknahme und Entsorgung ihrer Produkte verpflichtet, was sie seit den 90er Jahren in Zusammenarbeit mit den Dualen Systemen, also den DienstleisterInnen für die Verwertungspflichten im Rahmen der deutschen Verpackungsverordnung, auch tun. Wenn mit einem Wertstoffgesetz nun dafür gesorgt wird, dass auch die HerstellerInnen von Zahnbürsten, Sandkastenspielzeug und Blumentöpfen aus Kunststoff in der Produktverantwortung sind und diese Waren zusammen mit den Verpackungen in die zukünftige Wertstofftonne geworfen werden dürfen, ist das ein wichtiger Schritt. Er reicht aber nicht aus.

Denn die Ziele der Abfallvermeidung und der Wiederverwendung werden nicht konsequent angegangen und die Qualität des Recyclings bleibt ein Nischenthema. Die Erweiterung der Produktverantwortung würde zwar dafür sorgen, dass mehr Wertstoffmengen dem Recycling zugeführt werden können. Solange allerdings im freien Spiel des Marktwettbewerbs die Vergütung für Entsorgungsdienstleistungen immer weiter sinkt, die Hersteller von Verpackungen und Produkten also immer weniger für den Müll zahlen müssen, den sie produzieren, sind sie nicht daran interessiert, Abfälle zu reduzieren oder ihre Waren in einem hochwertigen Kreislauf zu führen.

Produkt- und Abfallpolitik müssen endlich zusammengedacht werden

Was wir brauchen sind Ansätze, die Produkt- und Abfallpolitik zusammendenken, Vermeidungslösungen an die erste Position stellen und über Qualitäten sprechen. Im Rahmen des Wertstoffgesetzes sollte ein System von Lizenzentgelten oder Gebühren für die Entsorgung etabliert werden, das HerstellerInnen von leicht zu recycelnden Verpackungen und Nicht-Verpackungen weniger belastet als ProduzentInnen von schwer recycelbaren Mischmaterialien. Außerdem müssten HerstellerInnen, die recyceltes Material in der Produktion einsetzen, ebenso entlastet werden. Ein solches System würde zu einem Umdenken führen, da die Marktpreise die Umweltkosten besser widerspiegeln würden. Durch ein solches, ökologisch ausdifferenziertes System werden die nötigen Weichen für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft gesetzt. Besinnt sich die Politik auf wirklich effiziente Steuerungsinstrumente im zukünftigen Abfallrecht, werden die ProduzentInnen ihre Geschäftsmodelle überdenken müssen, weil sie sich dann sowohl aus Umwelt- aber auch aus wirtschaftlicher Sicht nicht mehr lohnen.

Sascha Roth

Der Autor ist Referent für Umweltpolitik beim NABU-Bundesverband und zuständig für Abfallpolitik und Kreislaufwirtschaft.

© Lyza/flickr.com (by-sa 2.0)

Konsumtempel Supermarkt

JENSEITS DER VERSCHWENDUNG

Ressourcennutzung in Europa

Die Europäische Kommission hatte ein umfangreiches Gesetzespaket zur Kreislaufwirtschaft versprochen, das die Abfallmenge in Europa reduzieren und mehr Recycling schaffen sollte. Jedoch scheint die Grundausrichtung der neuen Kommission, die ihr Amt im November 2014 antrat, weit entfernt von den grundlegenden Veränderungen, die nötig wären, um die Ressourcen der Welt verantwortungsvoll zu nutzen.

Obwohl die vorhandene Europäische Abfallgesetzgebung theoretisch die Mitgliedsstaaten zu Abfallvermeidung, Wiederverwertung und Recycling veranlassen sollte, zeigt sich in der Realität, dass überall in Europa über 50 % der Siedlungsabfälle noch immer verbrannt oder auf Deponien abgeladen werden.[1] Das für 2015 vorgeschlagene Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission, veröffentlicht im Dezember 2014, machte deutlich, dass das Kreislaufwirtschaftspaket[2], welches eigentlich den Recyclinggrad erhöhen und die Vorschriften hinsichtlich Verbrennung und Deponierung verschärfen sollte, im Papierkorb landen wird. Und dies, obwohl das Paket im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat unterstützt wird. Einer Analyse der Kommission zufolge wären durch das Paket bis 2030 europaweit mehr als 180.000 Arbeitsplätze geschaffen und 62 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalent an Treibhausgasen vermieden worden. Zudem könnten durch die vollständige Durchsetzung der bereits existierenden EU-Abfallgesetze geschätzte 72 Milliarden Euro pro Jahr eingespart werden.

Zuerst versprach der Vize-Präsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans, im Herbst 2015 einen neuen, ehrgeizigeren Vorschlag vorzulegen. Dabei ist es absolut entscheidend, dass die Juncker-Kommission dafür verantwortlich gehalten wird, dass das neue Paket anspruchsvoller ist und den Menschen sowie dem Planeten zugutekommt, anstatt Unternehmen mit festen Interessen an einer Erhaltung des Status quo. Es bleibt allerdings die Frage: Wird sich das neue Paket nur mit einigen Schwachpunkten des gegenwärtigen Systems befassen oder wird es Europas Umgang mit Ressourcen tatsächlich verbessern?

Kann Abfallgesetzgebung Rahmenbedingungen verändern?

Müll zu reduzieren und eine Kreislaufwirtschaft herzustellen sind wichtige Schritte, aber eine bessere Verwendung der Ressourcen verlangt eine umfassendere Herangehensweise. Selbst wenn wir ein bestimmtes Material zu 100 % recyceln würden, führt die in Europa vorherrschende Norm eines hohen und noch wachsenden Konsums dazu, dass die Nachfrage nach frischen Rohstoffen als Input für unsere Wirtschaft hoch bleibt.

Europa ist noch immer einer der meistkonsumierenden Kontinente auf der Welt, mit einem materiellen Fußabdruck[3] von 21 Tonnen pro Kopf und Jahr, also 8 Tonnen mehr als gefördert werden. Länder wie Indien haben dagegen einen Durchschnitt von 3,7 Tonnen pro Kopf. Mit Europa sind Australien und Nordamerika die drei Gebiete der Welt mit dem höchsten Konsum, mit Fußabdrücken von 48 beziehungsweise 29

Tonnen pro Kopf im Jahr 2007.[4] Die zwanzig Länder mit dem höchsten Konsum, zu denen viele europäische gehören, sind für 75´% aller weltweit verbrauchten Materialien verantwortlich. Dem können die 100 Länder mit dem niedrigsten absoluten Rohstoffverbrauch entgegengestellt werden, auf die zusammen nur rund 1,5 % des weltweiten Materialverbrauchs entfallen.[5]

Herausforderung Kreislaufwirtschaft

Obendrein sind Rohstoffpreise extrem unbeständig, nachdem sie seit Beginn des Jahrhunderts um 147 % angestiegen waren[6], sanken sie im vergangenen Jahr drastisch. Rohstoffe stellen den höchsten Kostenfaktor für europäische Produktionsbetriebe dar, nämlich 40 % der Gesamtausgaben, zu vergleichen mit 20 % Personalausgaben und 10 % für Energie. Die weltweite Zunahme der Mittelklassen steigert Nachfrage und Wettbewerb um die begrenzte Menge an natürlichen Ressourcen der Welt.

Eine Entwicklung hin zu einer Kreislaufwirtschaft ist ein sehr wichtiger Schritt, um diesen Herausforderungen zu begegnen, aber Kreisläufe ändern nichts an der Tatsache, dass wir kollektiv über die Verhältnisse unseres Planeten leben. Dies hat sowohl für den Planeten als auch für die Menschen irreversible Konsequenzen, da die Beanspruchung unseres Ökosystems dessen Fähigkeit zur Selbsterhaltung übersteigt. Verlust von Biodiversität, Bodenerosion und Klimawandel sind Teile dieses Bildes. Seit Jahrhunderten waren die EuropäerInnen unter den größten KonsumentInnen, sie haben überdurchschnittlich dazu beigetragen, dass die gesamte Menschheit die Grenzen des Planeten überschreitet. Daher ist es sowohl absolut notwendig als auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass die EU eine gute Lebensqualität bei geringerem Konsum zur Norm erhebt.

Kann die EU liefern?

Die EU muss ihr Ressourcenmanagement kontrollieren. Sie darf nicht weiterhin versuchen, ein kaputtes System zu flicken, indem sie nur das Müllmanagement behandelt. Sie muss eine umfassende Ressourcennutzungsstrategie einführen, die über das Thema Müll hinausgeht. Jedoch haben seit dem Amtsantritt der neuen Kommission die von ihrer Vorgängerin geplanten Weiterentwicklungen der europäischen Ressourcenpolitik an Priorität verloren oder sind gar fallengelassen worden. Darunter auch das Kreislaufwirtschaftspaket und das Kommuniqué Land als Ressource. Letzteres sollte sich mit dem Landschaftsverbrauch in Europa befassen. Die Europäische Kommission ignoriert damit sogar die Vereinbarungen, die im 7. Aktionsprogramm für die Umwelt, in der Roadmap für Ressourceneffizienz und im Manifest der Europäischen Plattform für Ressourceneffizienz getroffen wurden, diesen Politikbereich weiterzuentwickeln, beginnend mit der Messung des europäischen Ressourcenverbrauchs durch verbrauchsbasierte Indikatoren für Boden, Wasser, Rohstoffe und Treibhausgase. Andere gute Vorschläge, etwa die Verwendung dieser Indikatoren in Folgewirkungsanalysen für alle neuen Europainitiativen oder die Ergänzung eines Indikators für den Rohstoffverbrauch in der europäischen Semesterübung wurden ebenfalls nicht beachtet.

Wert von Rohstoffen muss Relevanz erhalten

Europäische EntscheidungsträgerInnen müssen den Wert von Rohstoffen in einer Welt begrenzter Vorräte verstehen. Eine Verbesserung des Müllmanagements ist ein wichtiger Schritt, aber keiner, der allein den notwendigen, grundlegenden Wandel der Art unseres Ressourcenverbrauchs herbeiführen kann. Die Kommission muss damit aufhören, Europas Wirtschaft, Arbeitsplätze, Umwelt und das Wohlergehen seiner BürgerInnen dadurch zu riskieren, dass sie sich von einem so entscheidenden Politikbereich abwendet. Sie muss den Fokus der gegenwärtigen Debatte von einer nur auf Müll bezogenen Diskussion verschieben hin zu einer Diskussion, die die natürlichen Ressourcen von der Ebene des Konsums her bearbeitet.

Ariadna Rodrigo

Die Autorin arbeitet als Aktivistin für Ressourcennutzung bei Friends of the Earth Europe.

Aus dem Englischen von Susanne Öhlmann und Raphael Ferres

© Stuart Chalmers/flickr.com (by-nc 2.0)

Europäische Kommission

1 Eurostat http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/8-25032014-AP/EN/8-25032014-AP-EN.PDF.

2 European Commission, Circular Economy Package, http://ec.europa.eu/environment/circular-economy/.

3 Der materielle Fußabdruck beschreibt die lebenszyklusweite Ressourcenintensität von Maßnahmen, Gütern, Infrastrukturen und Dienstleistungen. Er spiegelt den gesamten Verbrauch von Material wider, um eine bestimmte Leistung zu erzeugen, einschließlich der Energie, die dazu nötig ist, einschließlich auch der Umweltqualität der eingesetzten Energie selbst. Siehe http://www.umweltbrief.de/neu/html/umweltbrief_04_2014.

4 Tukker, A; Bulavskaya, T; Giljum, S, et all, The Global Resource Footprint of Nations: carbon, water, land and materials embodied in trade and final consumption. http://creea.eu/index.php/documents2/cat_view/16-creea-booklet.

5 Dittrich, M.; Gilium, S; Lutter, S: Green economies around the world? 2012 http://seri.at/wp-content/uploads/2012/06/green_economies_around_the_world.pdf.

6 McKinsey Global Institute, Resource Revolution: Meeting the world's energy, materials, food, and water needs, 2011 http://www.mckinsey.com/insights/energy_resources_materials/resource_revolution.

MEHRWEG IST DER BESSERE WEG

Coca-Cola setzt auf Einweg und gefährdet damit Umwelt und Arbeitsplätze

Deutschland hat das weltweit größte Mehrwegsystem mit mehr als 3.000 überwiegend regionalen Brauereien, Mineralbrunnen und Fruchtsaftkelterern. Im nachgelagerten Getränkeeinzel- und Fachgroßhandel mit über 10.000 Betrieben sind mehr als 95.000 ArbeitnehmerInnen mit dem Verkauf und der Logistik von Mehrwegflaschen beschäftigt. Sie leisten einen Beitrag zur Getränkevielfalt und zeigen, dass Umweltschutz, Qualität und Arbeitsplätze in der Region zusammenpassen. Ein Umstieg von Mehrweg auf Einweg gefährdet nicht nur tausende von grünen Arbeitsplätzen, sondern schadet mit zunehmendem Ressourcenverbrauch der Umwelt und dem Klima.

Es ist alarmierend, dass Coca-Cola als Marktgigant im Getränkebereich beschlossen hat, umweltfreundliche Mehrwegflaschen abzuschaffen. Im Januar hat der Deutschlandkonzern verkündet, die 0,5 Liter und 1,5 Liter PET-Mehrwegflasche im Laufe des Jahres 2015 aus dem Verkehr zu ziehen. Stattdessen werden die Softdrinks in Einweg-Plastikflaschen und Getränkedosen zum Verkauf angeboten – auf Kosten der Umwelt. Nach Berechnungen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) sinkt die Mehrwegquote von Coca-Cola mit der Umstellung von 56 % auf nur noch 42 %. Auch die 1,0 Liter Mehrwegflasche soll nach Informationen der DUH in zwei bis drei Jahren unökologischen Einwegverpackungen weichen. Im Regal stünden dann nur noch Einwegplastikflaschen oder Getränkedosen. Dies führt nicht nur zu mehr Abfällen und widerspricht der europäischen Abfallhierarchie, wonach Abfallvermeidung an erster Stelle steht, sondern es rückt das in der Verpackungsverordnung festgeschriebene Ziel von 80 % ökologisch vorteilhaften Verpackungen in weite Ferne.

Coca-Cola Vorstandschef Ulrik Nehammer warb Ende Januar auf einer vermeintlich internen Branchentagung „für einen Ausweg aus Mehrweg“. Der amerikanische Brausekonzern versucht offensiv weitere Getränkeabfüller zum Mehrwegausstieg zu bewegen. Dies verwundert nicht. Coca-Cola kämpft seit Jahrzehnten weltweit gegen Umwelt- und Abfallvermeidungsgesetze und ist in den letzten Jahren in verschiedenen anderen europäischen Ländern aus dem Mehrwegsystem ausgestiegen, zuletzt in Österreich und Norwegen. Jetzt hat es der Getränkekonzern aus Atlanta auf das deutsche Mehrwegsystem abgesehen.

Abschaffung des Mehrwegsystems bedeutet Abschaffung von Jobs

Lässt die Politik dies tatenlos geschehen, hätte dies eine verheerende Signalwirkung für den mehrwegorientierten Teil der deutschen Getränkebranche. Sollte Coca-Cola mit seinem Versuch „Mehrweg zu überwinden“ erfolgreich sein, steht das weltweit größte Mehrwegsystem mit 150.000 grünen Arbeitsplätzen in den Bereichen Abfüllung, Logistik, Transport und Handel zur Disposition. Das Beschäftigungsverhältnis von Mehrweg- und Einwegbetrieben liegt bei circa 5:1.

Umweltschutz steht nur auf dem Papier

Coca-Cola geht es mit seiner Entscheidung um eine weitere Gewinnmaximierung zu Lasten der Umwelt. Sie widerspricht auch den Aussagen des Unternehmens in Werbekampagnen oder in Nachhaltigkeitsberichten. Jede Wiederbefüllung einer Mehrwegflasche ersetzt die energie- und ressourcenintensive Herstellung einer neuen Getränkeverpackung. Wer auf Mehrweg setzt, leistest zudem einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz. Pro Liter Mineralwasser in Mehrwegflaschen aus Glas werden 55 Gramm weniger CO_2 verursacht als für die gleiche Menge Mineralwasser in Einweg-Plastikflaschen. Durch die ausschließliche Verwendung von Mehrwegflaschen im Vergleich zu Einweg-Plastikflaschen könnten in Deutschland jährlich 1,25 Millionen Tonnen CO_2 eingespart werden.
Einwegflaschen, Getränkedosen und -kartons sind ein Symbol für eine ressourcenverschwendende Wegwerfkultur, die der Vergangenheit angehören sollte. Genau dafür tritt Coca-Cola mit seiner nun öffentlich gewordenen Einweg-Unternehmensstrategie ein.

Verantwortung der Politik

Die früheren BundesumweltministerInnen haben in den vergangenen 28 Jahren mehrere ähnlich umweltfeindliche Angriffe von Coca-Cola auf das deutsche Mehrwegsystem erfolgreich abgewehrt. Nun liegt es an Umweltministerin Barbara Hendricks das deutsche Mehrwegsystem zu schützen und der Entscheidung des Coca-Cola Konzerns entschieden entgegenzusteuern. Und zwar zum einen durch die Einführung einer gesetzlichen Regelung zur klaren Kennzeichnung von Einweg und Mehrweg. Damit können VerbraucherInnen auf den ersten Blick erkennen, was sie kaufen. Zum anderen durch die Verabschiedung einer sogenannten „Lenkungsabgabe“ auf Einweg-Getränkeverpackungen in Höhe von 20 Cent, zusätzlich zum Pfand. Wenn jetzt keine Mehrwegfördernden Maßnahmen umgesetzt werden, dann wird es in naher Zukunft kein Mehrwegsystem mehr geben, das geschützt werden kann.

Jürgen Resch

Der Autor ist Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH).

© Daniela Hartmann/flickr.com (by-nc-sa 2.0)

Beruwela, Sri Lanka während der Monsunzeit

PLASTIK – WENIGER IST MEER

Der Plastik-Boom und seine Folgen

Inzwischen gehört zu einem ausgedehnten Strandspaziergang anscheinend nicht nur das Kreischen der Möwen und der Wind, sondern auch das Plastik zu unseren Füßen. Jährlich gelangen etwa 10 Millionen Tonnen Müll in die Meere. Ein Großteil davon besteht aus Plastik. Die Plastikabfälle kommen von Land, sowie auch von See und treiben Jahre bis Jahrhunderte an der Wasseroberfläche und in der Wassersäule. Von der gesamten Müllmenge im Meer landen nur 15% wieder an unseren Küsten, 15% bleiben in der Wassersäule und schätzungsweise 70% akkumulieren sich auf dem Meeresboden. Im Anbetracht dieser Zahlen und hinsichtlich der Müllmengen am Strand, ist die Vorstellungen der Müllmengen im Meer erschreckend. Dass auch an den deutschen Küsten viel Müll angespült wird, ist am besten im Winter zu sehen, wenn keine Strandreinigungen stattfinden. Die Kosten für die Strandreinigungen tragen in der Regel die Insel- und Küstengemeinden. Unbewirtschaftete Strandabschnitte werden nur durch ehrenamtliche Aktionen von Müll befreit oder gar nicht.

Der überwiegend aus Erdöl hergestellte Kunststoff ist so selbstverständlich in unserem Leben, dass wir meist nicht darüber nachdenken, wo wir ihn überall benutzen. Rund 35% des in Deutschland eingesetzten Kunststoffs geht in den Verpackungsbereich, 24% in den Baubereich, 10% in die Automobilbranche und 6% in die Elektro-/Elektronikindustrie[1]. Kein Wunder – Produkte und Verpackungen aus Plastik sind langlebig, billig und leicht. Doch die extreme Haltbarkeit ist am Ende der Fluch: Denn landen Plastikteile nicht in der gelben Tonne, sondern auf der Straße und im Meer, braucht es mehrere hundert Jahre, bis sich das Material in winzigste Teilchen zersetzt hat. Und dennoch bleiben sie in der Umwelt und richten Schaden an.

Unsere Spuren im Meer

Die Abfälle gelangen über die Küstenregionen, Flüsse, durch Überschwemmungen oder direkt auf See in die Meere. Hier verteilen die Strömungen den Müll dann weiter. Jede Ware, die in Kunststoffen verpackt ist, birgt die Gefahr, dass das Verpackungsmaterial in die Umwelt gelangt. Der seeseitige Müllanteil gelangt von Schiffen, Fischerbooten sowie aus Aquakulturen, Offshore Öl- und Gas-Plattformen ins Meer. Plastikpellets können beim Containerverlust auf See oder beim Verladen in die Meeresumwelt gelangen. Es ist zwar nach internationalen Regularien (IMO, Internationale Maritime Organisation) verboten, Abfälle über Bord zu werfen, allerdings können einige Fundstücke bei Strandräumungsaktionen eindeutig auf die Schifffahrt zurückgeführt werden. Die vielen Netzteile, die an Küsten der Nordsee gefunden werden, dürften auf einen erheblichen Anteil des Plastikmülls aus der Fischerei hindeuten. Bis die Netze am Strand gefunden werden, sind sie schon meist über längere Zeiträume als sogenannte »Geisternetze« durchs Wasser getrieben.

Veheddert, verletzt, verhungert

Aber auch größere Abfälle aus Plastik haben dramatische, sichtbare Folgen.

Weltweit sterben jährlich eine Millionen Vögel und 100.000 Meeressäuger durch Strangulation in abgerissenen Fischereinetzen, an plastikgefüllten Mägen oder abgetrennten Gliedmaßen. Die Tiere verheddern sich darin oder verwechseln die im Meer schwimmenden Plastikteile mit Nahrung. Somit können Seevögel mit plastikgefüllten Mägen verhungern.

Die Mikroplastik-Partikel werden von den Meeresorganismen mit der Nahrung aufgenommen, wobei auch Kleinstlebewesen betroffen sind. Partikulärer Kunststoff kann Schleimhautverletzungen bei Tieren hervorrufen und dazu führen, dass diese bei vollem Magen verhungern. Auch die Aufnahme in umliegende Gewebe ist bekannt. Infolgedessen besteht die Gefahr, dass sich das Mikroplastik mit seinen Schadstoffen über das Nahrungsnetz anreichert. Um wieder saubere Meer zu erhalten, benötigen wir Maßnahmen.

Staatliche Abfallvermeidung
Zum einen müssen HerstellerInnen auch für die Verpackungen ihrer Produkte in die Verantwortung gezogen werden. Dies beinhaltet die Förderung eines nachhaltigen Produktdesigns und die Schaffung von Anreizen für die Wiederbenutzung und das Recycling von Plastik.

Auf der Basis des Kreislaufwirtschaftsgesetzes muss die Produktverantwortung auch dazu führen, dass Produkte von vornherein langlebiger konzipiert werden. Unter Umweltschutzgesichtspunkten kann nicht hingenommen werden, dass Produkte kurz nach dem Ende der Gewährleistungsfrist von zwei Jahren ohne Eigenverschulden der Kundschaft unbrauchbar werden und nicht mehr repariert werden können.

Zum anderen müssen staatliche Stellen (Bund, Länder und Kommunen) Abfallvermeidungsprogramme aufstellen, in denen sie konkrete Ziele (z.B. die Förderung von Mehrwegverpackungen) und Maßnahmen zu benennen haben. Dazu gehören ebenfalls die Verankerung des Themas Meeresmüll in Lehrzielen, -plänen und -material sowie bundesweite Müllsammelaktionen. Außerdem muss es einen besonderen Fokus auf Plastiktüten geben. Diese dürfen nicht mehr kostenfrei ausgegeben werden, nur noch gegen angemessen hohe Gebühren. Die Einführung von Pfand- und Rückgabesystemen ist zu prüfen. Gleichzeitig muss für die Nutzung von Mehrwegtaschen und anderen umweltverträglichen Alternativen in der Öffentlichkeit geworben werden.

Verbot von Mikroplastik in Kosmetika
Eine freiwillige Vereinbarung mit den HerstellerInnen ist keine Sicherheit, dass Mikroplastik in der Zukunft nicht wieder eingeführt wird. Der Markt ist ständig im Wandel und neue Produkte werden kreiert. Um sicher zu stellen, dass Mikroplastik nicht wieder Eingang in Kosmetika findet, bedarf es eines Verbotes auf EU-Ebene. Die Bundesregierung muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

Verbot von Klärschlammausbringung
Bundesweit werden 30 % des Klärschlamms auf Felder ausgebracht. Klärwerke, die in der Lage sind Mikroplastik aus den Abwässern zu filtern, dürfen das Mikroplastik nicht durch eine Ausbringung des Klärschlamms wieder in die Umwelt eintragen. Da davon ausgegangen werden muss, dass alle kommunalen Abwässer Mikroplastik enthalten, sollte auch grundsätzlich die Klärschlammausbringung verboten werden.

Vermeidung des Verlustes von Fischernetzen
Der Eintrag von Fischernetzen in die Meere, sei es vorsätzlich oder bedingt durch Unfälle und den operativen Einsatz, muss weitestgehend reduziert werden. Potentielle Maßnahmen sind die Kennzeichnung und Besenderung der Netze, um Sanktionen und Bergungsoperationen zu ermöglichen oder Mechanismen zur Abgabe gebrauchter Netze in den Häfen. Gleichzeitig muss die Forschung und Entwicklung alternativer Materialien und Methoden intensiviert werden, um z.B. schädliche Auswirkungen des planmäßigen Verschleißes von Scheuernetzen (engl. Dolly Ropes) in der grundberührenden Fischerei zu unterbinden. Der Einsatz von abbaubaren Materialien für Netze muss geprüft und gegebenfalls eingeführt werden.

Müll auf See
Die Müllentsorgung auf See wird im Mülltagebuch dokumentiert. Dabei ist eine legale Entsorgungsmöglichkeit die Verbrennung an Bord, die allerdings nicht kontrollierbar ist. Daher muss, um eine illegale Müllentsorgung auf See kontrollieren zu können, die Verbrennung von Müll auf See verboten werden. Nur so kann das Mülltagebuch eine effektive Überprüfung der Müllentsorgung bieten. Dazu müssen auch eine effektivere Strafverfolgung und höhere Strafen bei illegaler Abfallentsorgung auf See möglich sein.

Müllreinigung am Strand
Die Kommunen der Küstenbundesländer reinigen während der Saison die touristisch genutzten Strände und Küstenabschnitte. Allerdings ist die Reinigung der nicht touristisch genutzten Gebiete nicht sichergestellt, sondern dem Einsatz von Ehrenamtlichen, meist Umweltorganisationen überlassen. Besonders auf den Nordseeinseln sind das große Flächen, die somit nur unzulänglich gereinigt werden. Programme der Bundesländer sollten diese ehrenamtlichen Aktivitäten koordinieren und sicherstellen, dass alle Gebiete berücksichtigt werden. Wo keine Ehrenamtlichen aktiv sind, müssen staatliche Stellen die Reinigung übernehmen.

Die Problematik der Vermüllung der Meere ist inzwischen in der Gesellschaft angekommen. JedeR hat schon mal ein Müll-Foto gesehen oder selber am Strand Müll gefunden. Kunststoff ist in unserem Alltag allgewärtig. Um es allerdings wieder als Rohstoff auf der Basis von Öl zu begreifen und nicht als Müll, braucht es einen Strauß von Maßnahmen. Hier müssen Industrie, Politik aber auch die BürgerInnen aktiv werden. Im Rahmen der Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie sind die EU Staaten sogar verpflichtet, Maßnahmen gegen die Vermüllung der Meere umzusetzen. Der BUND[2] wird darauf drängen, dass die politischen Ankündigungen auch wirklich umgesetzt werden.

Nadja Ziebarth

Die Autorin ist BUND-Meeresschutzexpertin.

1 Plastic Europe, Geschäftsbericht 2014.

2 www.bund.net/msrl.

© Adam Cohn/flickr.com (by-nc-nd 2.0)

Das Schiffeverschrotten ist oft Handarbeit – Shipbreaking in Chittagong, Bangladesch

SCHMUTZIG UND GEFÄHRLICH, ABER PROFITABEL

Das Geschäft mit Schrottschiffen an Südasiens Stränden

Jedes Jahr müssen über 1.000 große Handelsschiffe – Containerschiffe, Frachter, Öltanker, Fähren und Kreuzfahrtschiffe – verschrottet werden. Die meisten dieser Schrottschiffe landen auf den Abwrackstränden in Südasien, Indien, Bangladesch und Pakistan. Der Handel mit Schrottschiffen ist ein Milliardengeschäft, von dem auch die Reedereien in Europa, insbesondere in den Seefahrtsnationen Deutschland und Griechenland, profitieren. Von einer umweltfreundlichen Kreislaufwirtschaft ist die Seefahrt noch weit entfernt – auch wenn sicheres und sauberes Recycling möglich und verfügbar ist.

Schiffsverschrottung oder „Shipbreaking", wie die Industrie meist genannt wird, ist ein unglaublicher Vorgang. Mit bloßen Händen und barfuß zerlegen die ArbeiterInnen die größten mobilen Strukturen, welche die Menschheit hervorgebracht hat. Wie in weiteren gefährlichen Industrien in Bangladesch und anderen ärmeren Teilen der Welt, zahlen die wahren Kosten hierfür nicht die internationalen Konzerne und ihre KonsumentInnen, sondern die ArbeiterInnen und die Bevölkerung vor Ort. Die „Kosten" sind Arbeitskrankheiten wie Asbestose und Krebs, tödliche Unfälle, Verkrüppelungen, Einsatz von Kindern für hochgefährliche Arbeiten, verseuchtes Meerwasser und kontaminierte Sedimente und Millionen von Tonnen Giftmüll, die sich über die Jahre ansammeln. Aber auch Bedrohung der lokalen Fischpopulationen, Vertreibung der heimischen Fischer und Zerstörung des Mangrovenwalds, der die Küste vor Erosion und den regelmäßigen Zyklonen schützt. Länder wie Bangladesch brauchen Arbeitsplätze, aber solche, die den Teufelskreis von Armut und Ausbeutung durchbrechen – und ihn nicht ewig fortführen. Bisher entscheiden sich die Reedereien meist die wahren Kosten für sicheres und sauberes Recycling in Entwicklungsländer auszulagern, in denen kaum Kosten für Umweltschutz, Giftmüllentsorgung oder Arbeitsschutz anfallen.

Seit mehr als zehn Jahren setzen sich die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die Internationale Seeschifffahrtsgesellschaft (IMO) mit den Arbeits- und Umweltbedingungen auseinander – geändert hat sich wenig. Gründe dafür sind der Unwillen der Regierungen in Südostasien strenge Sicherheits- und Umweltstandards durchzusetzen, das fehlende Bewusstsein der Reeder aus Europa, Nordamerika und Ostasien, Verantwortung für das sichere und saubere Recycling ihrer Schiffe zu übernehmen sowie die Möglichkeit für alle Profiteure, bestehendes internationales, europäisches und nationales Recht zu umgehen.

Ein lukratives Geschäft

Im Zuge zunehmender Umweltschutzauflagen in den Industrieländern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wanderte die Verschrot-

tung erst nach Südostasien und dann nach Bangladesch, Indien und Pakistan. Mit dem Anstieg der Stahlpreise wurde die Verschrottung zu einer rentablen Einnahmequelle für Reeder: Die Schiffsverschrotter zahlen für ein Containerschiff Beträge weit über 10 Millionen US-Dollar – je nach Größe. Den qualitativ hochwertigen Stahl verkaufen die Verschrotter auf dem Binnenmarkt weiter.

Die deutschen Reeder zählten in den letzten Jahren zu den schlimmsten Preisdrückern von Schrottschiffen in Südasien. In den meisten Fällen läuft der Handel über sogenannte Cash Buyer. Als Mittelsmänner kaufen sie den Reedern in Europe und Ostasien alte Schiffe ab, um sie in deren Auftrag an die Verschrotter weiterzuverkaufen. So umgehen die Reedereien rechtliche und finanzielle Risiken.

Eine kleine Gruppe verantwortlicher Reeder – viele von ihnen stammen aus Norwegen, Dänemark und den Niederlanden, aber auch die deutsche Reederei Hapag Lloyd – haben mittlerweile umgedacht. Sie lassen ihre Schiffe unter strenger Kontrolle in modernen Schiffsrecyclingsanlagen in China, in der EU oder in der Türkei verschrotten. Dies zeigt, dass Alternativen bereits vorhanden sind. Der dänische Containerschiffgigant Maersk verfolgt sogar Absichten, auch im Schiffbau das cradle-to-cradle Prinzip umzusetzen und das Recycling beim Bau bereits mitzudenken.

Gefahren der Schiffsverschrottung

Sowohl in Bangladesch, Indien als auch Pakistan werden die Schiffe direkt auf den Stränden zerlegt – die Methode wird als Strandung bezeichnet. Diese ist besonders gefährlich für die ArbeiterInnen, da das Zerteilen der Schiffe auf den Stränden – in Bangladesch sogar auf schlammigem Untergrund – den Einsatz von ausreichend schwerem Gerät zum Heben und Abtransportieren der tonnenschweren Stahlplatten erschwert. Außerdem sind die Schiffe im Gezeitenbereich und auf dem Strand bei Unfällen für Rettungsfahrzeuge nicht zu erreichen. Die Strandungsmethode wäre in Europa undenkbar.

Hinzu kommt, dass auf den Stränden nicht verhindert werden kann, dass Abfälle ins Meer oder die Sedimente gelangen – darunter Ölrückstände und Abwässer. Auch die fachgerechte Sammlung und Entsorgung besonders gefährlicher Abfälle wie Asbest, Schwermetalle oder Polychlorierter Biphenyle ist auf den Stränden kaum möglich. Schrottschiffe sind für Entwicklungsländer eine der größten Quellen für Giftmüll.

Schmutzig, schwer und gefährlich

Die International Metal Workers Federation berichtete 2007, die Lebenserwartung der ArbeiterInnen im indischen Alang liege bei 40–50 Jahren, also bis zu 25 Jahre unter dem nationalen Durchschnitt. Solche Arbeitsplätze werden von der ILO als „3D jobs" bezeichnet: „dirty, difficult and dangerous", auf Deutsch: schmutzig, schwer und gefährlich.

Die ArbeiterInnen sind TagelöhnerInnen, die von Sub-Unternehmen angeheuert werden – ohne Arbeitsvertrag fallen sie meist durch die Registrierung für Sozialabgaben und Rentenansprüche. Die Internationale Liga für Menschenrechte (FIDH) schätzte 2008, dass Kinder unter 15 Jahren in den Werften in Bangladesch bis zu 20 % der Arbeiterschaft ausmachen, obwohl Kinder laut Gesetz keine besonders schweren oder gefährlichen Arbeiten verrichten dürfen. Leider werden Kinder und Jugendliche durch diese Arbeit auch immer wieder verletzt oder sogar getötet.

Es existieren keine offiziellen Statistiken zu tödlichen und schweren Unfällen und die Werftbesitzer hüllen sich in Schweigen. Die Zahlen zu Arbeitsunfähigkeit sowie langfristigen Folgeerkrankungen sind ebenso unbekannt. Jedoch haben die Mitgliedsorganisationen der Shipbreaking Platform in Bangladesch im Jahr 2013 mindestens 23 tödliche Unfälle dokumentiert, 2014 mindestens 16. Das sind hohe Zahlen für eine Industrie mit nur einigen tausend ArbeiterInnen auf einem Strandabschnitt von 10 Kilometern.

Veränderung endlich in Sicht

Nachdem Schiffsverschrottung in Bangladesch über Jahrzehnte einfach stattfand – ohne wirkliche Kontrolle der Regierung – hat letztere die Branche im Jahr 2011 als Industrie anerkannt und spezifische Vorschriften erlassen. Dies führte dazu, dass der Import von Schrottschiffen für einige Zeit ganz zum Erliegen kam, da sich keine der Werften an die Vorschriften gehalten hatte. Diese Erfolge sind vor allem BELA, einer bangladeschischen NGO, die auf Umweltrecht spezialisiert ist, und ihrer Direktorin Rizwana Hasan zu verdanken.

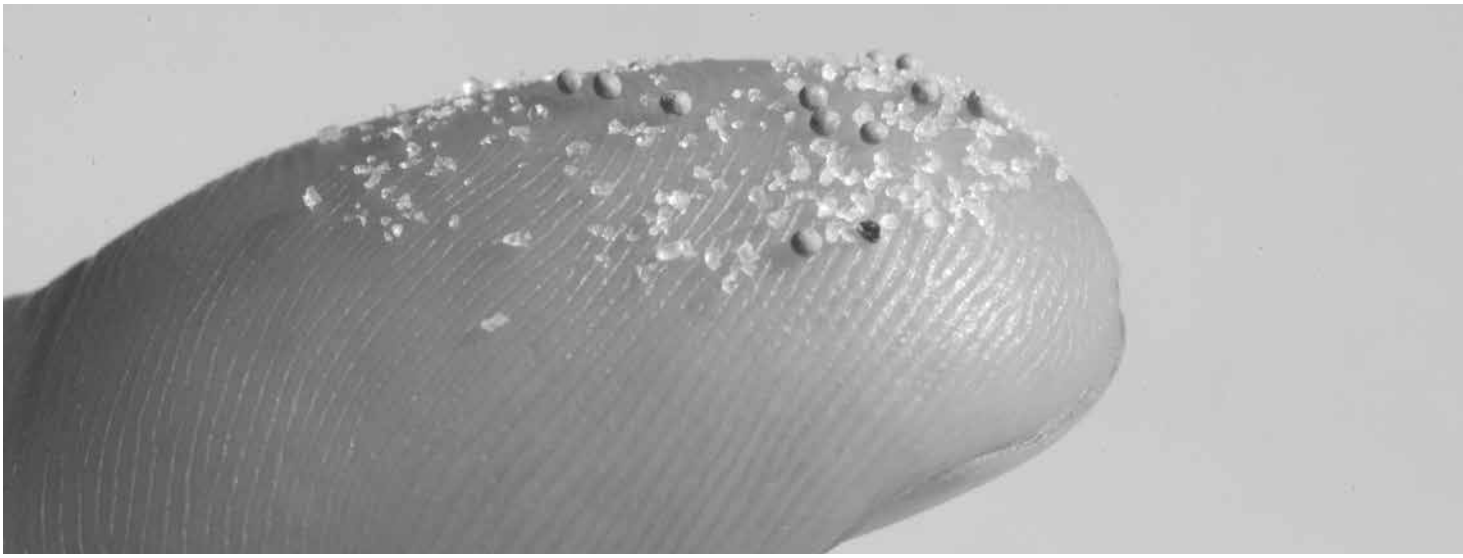
Im letzten Jahr ließ die Forstbehörde in Chittagong zwei Werften räumen. 2009 waren mehrere illegal auf Waldgebiet errichtet worden. Der Grüngürtel entlang der Küste war zuvor als Schutz vor Wirbelstürmen und Überschwemmungen mühevoll mit internationalen Geldern aufgeforstet worden. Dieser Etappensieg zeigt der Industrie, dass sie keinen Bestand haben wird, wenn sie sich nicht an Recht und Gesetz hält. Die Shipbreaking Platform und ihre Mitglieder fordern, dass Bangladesch nicht Schrottplatz der globalen Wirtschaft bleibt, sondern die Schiffsverschrottungs-Branche Mindeststandards umsetzt, um eine nachhaltige Entwicklung zum Wohle aller zu ermöglichen.

Auch in Indien hat der Druck von außen und innen, durch Gerichtsverfahren, Medienberichte und Reedereien, die höhere Standards fordern, Folgen hinterlassen. Einige Anlagen investieren nun in bessere Infrastruktur und die Behörden haben die Verbringung von Giftmüll besser reguliert. Allerdings ist der Weg noch weit zu sicherem und sauberem Recycling.

Ende 2013 hat die Europäische Union eine Verordnung zum Schiffrecycling erlassen. Die Europäische Kommission wird nun die Bewerbungen von Schiffrecyclern aus aller Welt prüfen und die Firmen auditieren. Anlagen, welche europäische Umweltschutz- und Arbeitsschutznormen erfüllen können, werden von der Kommission anerkannt. In Zukunft werden die europäischen Reeder an dieser Liste nicht mehr vorbei kommen und von ihren Recyclern höhere Standards einfordern müssen. Die globale Schiffrecyclingindustrie wird sich erst dann ändern, wenn ihre Kunden – die großen Reedereien aus Europa und Ostasien – ihren Kurs ändern.

Patrizia Heidegger

Die Autorin ist Geschäftsführerin der NGO Shipbreaking Platform in Brüssel.



© S. Glinka/BUND

Mikroplastik

MIKROPLASTIK

Kleine Teilchen, große Wirkung

Das Meer ist heute einer Vielzahl von Bedrohungen ausgesetzt, eine davon ist die Verschmutzung durch Plastikmüll. An unseren Küsten und Flüssen und in unseren Meeren finden wir massenhaft Kunststoff in den unterschiedlichsten Formen, Farben und Größen. Weniger offensichtlich – aber nicht weniger häufig – sind mikroskopisch kleine Plastikpartikel: Mikroplastik. Je kleiner die Plastikpartikel sind, desto höher ist die Anzahl der betroffenen Tiere, die sie mit der Nahrung aufnehmen.

Plastik findet Anwendung in einer Vielzahl von Produkten, nicht nur weil es kostengünstig und vielseitig einsetzbar ist, sondern auch aufgrund seiner Beständigkeit gegen Umwelteinflüsse. Polyethylen (PE) und Polypropylen (PP) stellen dabei die am weitesten verbreiteten Kunststoffe dar. Sie sind nicht nur Bestandteil von Tragetaschen und Isoliermaterialien, sondern auch als Mikropartikel in einer Vielzahl anderer Produkte enthalten. Zum einen werden diese als Füllstoffe und Bindemittel in Kosmetika verwendet, zum anderen als Schleifmittel in Zahnpasten und Peelings. Synthetische Fasern wie Nylon sind Hauptbestandteil vieler Kleidungsstücke und werden als Mikrofaserteilchen mit jedem Waschgang freigesetzt.

Endstation Meer

Als Mikroplastik werden Partikel bezeichnet, die kleiner als 5 mm sind. Sie blieben aufgrund ihrer geringen Größe lange unbeachtet. Man unterscheidet zwischen primärem und sekundärem Mikroplastik. Zum primären Mikroplastik gehören Basispellets, das Grundmaterial für die Plastikproduktion, Fasern aus Kleidung und Kunststoffe aus Kosmetika und Hygieneprodukten. Die Kosmetikindustrie verwendet Mikroplastik als Schleifmittel, Filmbildner oder Füllstoff, aber auch in flüssiger Form zum Beispiel als Bindemittel. Sekundäres Mikroplastik hingegen entsteht bei dem Zerfall größerer Kunststoffteile im Verwitterungsprozess, durch Wellenbewegung und Sonneneinstrahlung. Das immer kleiner werdende Plastik bleibt so über Jahrhunderte im Meer und wird mit den Strömungen verbreitet.

Mikroplastik findet sich in allen Tiefen des Meeres. Die Verteilung ist abhängig von Größe, Gewicht, der Besiedlung durch Algen und andere Mikroorganismen sowie dem Grad der Zersetzung durch biologische Aktivität. Schweres Mikroplastik kann bis zu den Lebewesen in und auf dem Meeresboden absinken. Inzwischen wurde Mikroplastik in Muscheln gefunden, die die Mikropartikel aus dem Wasser filtern. Leichtes Mikroplastik befindet sich zum Großteil an der Meeresoberfläche. Hier wird es von Kleinstlebewesen (Zooplankton) aufgenommen, die eine wichtige Nahrungsquelle für Fische darstellen. Von Fischen ernähren sich wiederum Meeressäuger, Vögel und Menschen.

Kleine Gifttransporter

Plastik wirkt aufgrund seiner Oberflächeneigenschaften wie ein Magnet auf Umweltgifte. Diese befinden sich im Wasser und reichern sich auf der Oberfläche des Mikroplastiks an. So lassen sich an den Partikeln hundertmal höhere Konzentrationen als im Meerwasser messen.

Die Mikroplastikpartikel werden dann samt den Giften von Tieren aufgenommen. In Folge der Fettlöslichkeit der Schadstoffe kommt es zu einer Anreicherung im Fettgewebe. Problematisch sind auch die häufig in Kunststoffen enthaltenen Weichmacher, die ähnlich wie Hormone wirken.

BUND-Mikroplastik-Einkaufsratgeber

Im BUND-Mikroplastik-Einkaufsratgeber befinden sich Produkte, deren Inhaltsstoffe einen oder meh-

rere dieser Kunststoffe enthalten. In welcher Form der Kunststoff vorliegt, ist abhängig von seiner Funktion. In Zahnpasten, Duschgels und Peelings handelt es sich meist um „körnigen" Mikroplastik, da dort die Abriebfunktion genutzt wird. Es gibt aber auch flüssigen Kunststoff in vielen Produkten. Für die KonsumentInnen ist es oft schwer zu erkennen, ob ein Produkt Mikroplastik enthält. Die Inhaltsstoffe sind zwar ordnungsgemäß angegeben, aber wer versteht schon die Begriffe?

Auf den steigenden Druck der Öffentlichkeit hin haben bereits verschiedene HerstellerInnen von Kosmetika angekündigt, Mikroplastik aus ihren Produkten zu nehmen und alternative Stoffe, wie beispielsweise Mineralien oder Nussschalen einzusetzen. Die Versprechen der HerstellerInnen, bis wann sie umstellen wollen, sind jeweils unterschiedlich. Allerdings zeigt sich jetzt schon, dass die HerstellerInnen durch eigene Definitionen die VerbraucherInnen täuschen wollen. So hat beispielsweise Yves Rocher angekündigt, in Zukunft auf Polyethylen in seinen Produkten zu verzichten. Das Unternehmen versprach „mit Beginn des Jahres 2015 nur noch Produkte auf Basis natürlicher Peelingpartikel auf den Markt zu bringen. Produkte, die heute noch Mikroplastik in fester Form enthalten, werden wir ab März vom deutschen, dem österreichischen und dem Schweizer Markt nehmen. (...) Ab 2016 werden diese Produkte weltweit durch überarbeitete Produktformeln, die ausschließlich 100 % natürliche Peelingpartikel enthalten, ersetzt".[1] Yves Rocher wirbt mit dem Slogan „Die Nr. 1 in Pflanzen-Kosmetik". Die Formulierung „Mikroplastik in fester Form" zeigt bereits, was der Hersteller vorhat. In den neuen Produkten werden sehr wohl noch Kunststoffe eingesetzt, aber durch eine Eigendefinition von Feststoffen wird das vertuscht. Das bedeutet, „körnige" Kunststoffe werden nicht mehr verwendet, aber nach Prüfung des BUND sind sehr wohl weiterhin Kunststoffe in den „neuen" Produkten enthalten. Auch andere HerstellerInnen versuchen so die VerbraucherInnen, die keinen Kunststoff in den Produkten wollen, in die Irre zu führen.

Mikroplastik in Abwässern

Bis heute sind weder die exakten Mikroplastik-Konzentrationen in den verschiedenen Ökosystemen noch deren genaue Quellen bekannt. Eintragswege für primäres Mikroplastik sind eingeleitete Abwässer aus Kommunen und Industrie. Durch den weit verbreiteten Einsatz von Plastik in Haushalt, Kleidung und Kosmetika werden häusliche Abwässer als potentielle Quelle für Mikroplastik angesehen, da es über die Flüsse die Meere erreichen kann. Um diese Fragen beantworten zu können, wurden geklärtes Abwasser, Klärschlamm und abgeschiedene Leichtstoffe in 12 Kläranlagen des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes in Niedersachsen (OOWV) beprobt und untersucht[2].

Die Vorkommnisse von Mikroplastik waren sehr unterschiedlich. Laut OOWV-Studie ergab sich eine hochgerechnete Gesamtmenge von 1,04 – 24,129 Mikroplastikpartikeln pro Kilogramm Trockenmasse Klärschlamm und 1,2 – 5,7 Milliarden Mikroplastikpartikel, die pro Jahr und Kläranlage anfallen. Diese und auch andere Studien zeigen, dass Mikroplastik in den Abwässern enthalten ist und nicht komplett von den Klärwerken gefiltert werden kann. So konnte Leslie in ihrer Studie[3] im Jahr 2013 zwischen 9 und 91 Mikroplastikpartikel in holländischen Klärwerksabläufen nachweisen. In Nürnberg wird dieses Ergebnis ebenfalls bestätigt.[4]

Problem erkannt – Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie

Mikroplastikformen werden in fast allen marinen und binnen Habitaten nachgewiesen und sind sehr wahrscheinlich mit hohen Gefahren für die Ökosysteme verbunden. Aus diesem Grund ist Mikroplastik explizit als Indikator in die europäische Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) aufgenommen worden. Mit der MSRL hat die EU einen rechtsverbindlichen Rahmen geschaffen, um Schutz und Nutzung der europäischen Meere in Einklang zu bringen. Ziel der MSRL ist das Erreichen des guten Umweltzustands der europäischen Meere bis zum Jahr 2020 und dessen Erhalt darüber hinaus. Durch das Bewerten einzelner Indikatoren soll der Zustand der Meere eingestuft und Verbesserungsmaßnahmen zum Erreichen des guten Umweltzustandes erarbeitet werden. Im Zeitplan der MSRL mussten die Mitgliedstaaten bis 2012 eine Anfangsbewertung zur Erfassung des aktuellen Umweltzustands der Meeresgewässer erstellen sowie einen solchen guten Umweltzustand beschreiben und die Umweltziele festlegen. Leider hat die Anfangsbewertung der Bundesregierung und der Nordbundesländer 2012 ergeben, dass die deutschen Meeresgebiete der Nord- und Ostsee in keinem guten Umweltzustand sind und darüber hinaus zunehmenden Belastungen ausgesetzt sein werden. Für die deutschen Ostseegebiete erreicht keines der nach der MSRL zu berücksichtigenden Merkmale eine Bewertung im guten oder sehr guten Bereich. Für die deutschen Nordseegebiete konnte lediglich die Situation der Robben nahe eines guten Umweltzustandes eingestuft werden. Diese Ergebnisse sind sehr besorgniserregend.

Als Kernstück der MSRL müssen bis Ende 2015 Maßnahmenprogramme erstellt werden, die das Erreichen oder die Aufrechterhaltung des guten Umweltzustands der Meeresgewässer sicherstellen. Die Programme der Regierung liegen zurzeit im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Kommentierung vor.[5] Aus Sicht der Umweltverbände gibt es viele Kritikpunkte an dem Programm, allerdings werden zumindest Maßnahmen zur Reduzierung des Mikroplastikeintrages angestrebt. Es ist nur zu hoffen, dass sie auch wirklich umgesetzt werden.

Marijana Toben und Nadja Ziebarth

Marijana Toben ist Mikroplastikexpertin und Nadja Ziebarth, Meeresschutzexpertin beim BUND.

Mehr Informationen unter:
http://www.bund.net/msrl

1 http://www.yves-rocher.de/control/main.

2 Abschlussbericht „Mikroplastik in ausgewählten Kläranlagen des Oldenburgisch- Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV) in Niedersachsen Probenanalyse mittels Mikro-FTIR Spektroskopie", Oktober 2014.

3 Review of Microplastics in Cosmetics; H.A. Leslie, PhD, 2014.

4 Mikroplastik aus Kunststoff – Plastik in Abwasser und Gewässer, Burkard Hagspiel, 2014.

5 www.meeresschutz.info.

DER KAMPF GEGEN PAPIERVERSCHWENDUNG

Vermeiden ist noch besser als Recyceln

Der Einsatz von Recyclingpapier gilt als eines der Paradebeispiele für erfolgreiche Kreislaufwirtschaft. Denn mit 75 % wird der Großteil des Papiers eingesammelt und damit zum wichtigsten Rohstoff für die Papierproduktion. Da allerdings viel frisches Papier gekauft und viel Altpapier exportiert wird, verwenden die Deutschen mit 57 % noch zu wenig Recyclingpapier. Vor allem bei Büropapieren (14 %) und Hygienepapieren wären große Verbesserungen nötig. Vorbildlich sind einige (teilnehmende) Bundesbehörden, die mit 97 % fast ausschließlich Recyclingpapier nutzen, sowie die Kommunen mit 82 %. Auch umweltbewusste Firmen verringern ihren Frischfaser-Papierverbrauch und tragen damit dazu bei, Holz und andere Ressourcen zu sparen.

Doch allen Fortschritten der Kreislaufwirtschaft zum Trotz bleibt das Hauptproblem ungelöst: Der Papierverbrauch in Deutschland hat sich seit 1950 mehr als verzwölffacht. JedeR BundesbürgerIn verwendet durchschnittlich 250 kg Papier pro Jahr. Dies entspricht etwa der Papiermenge eines Harry Potter-Bandes pro Tag. Zwar schont der Einsatz von Recyclingpapier viele Ressourcen wie Holz, Wasser und Energie. Doch alle anderen Umweltbelastungen beim Druck, der Aufwand für Transport und Entsorgung fallen auch bei Altpapier an. Zudem müssen Fasern, die bereits mehrfach verwendet wurden, von Zeit zu Zeit durch lange, reißfestere und damit frische Fasern ersetzt werden.

Der hohe Verbrauch an Zellstoff und Papier in Deutschland trägt erheblich zum Druck auf die immer begehrtere Ressource Holz und damit die fortschreitende Waldzerstörung bei. Der globale Papierkreislauf muss als Ganzes betrachtet werden: Denn der Sog durch hohe Nachfrage in einer Region führt zur Verlagerung und Verschärfung der Ressourcenentnahme in anderen Gegenden der Erde. Während in Skandinavien eine naturferne Forstwirtschaft dominiert, in der vor lauter Kahlschlägen kaum noch alte Waldbestände überlebt haben, erfolgen in Kanada und Russland Kahlschläge zum Teil auch in Urwäldern. Indonesien erfährt nach wie vor die höchsten Waldverluste und verliert wesentliche Teile seiner wertvollen Primärwälder, auch wegen der Zellstoffproduktion und der Anlage von Schnellwuchsplantagen. In Südamerika werden durch die Expansion der Plantagen zur Gewinnung von Zellstoff landwirtschaftliche Flächen umgewandelt und die Bevölkerung verdrängt.

Nach wie vor landet weltweit jeder fünfte Baum, der gefällt wird, in der Papierproduktion. Bei dieser Angabe wurden auch die – nur abschätzbaren – Mengen an Holzeinschlag für den Eigenbedarf wie Brenn- oder Bauholz berücksichtigt. Betrachtet man hingegen nur das industriell genutzte Holz, so wandern nach Aussage der UN-Welternährungsorganisation (FAO) ungefähr 40 % in Papierprodukte.

Reduktion des Gesamtverbrauches? Fehlanzeige!

Die Debatte um das Papier dreht sich seit Jahren im Wesentlichen darum, ob man seine E-Mails ausdrucken soll oder wer noch selbst Zeitung liest. Viel diskutiert wird über die „Coffe-to-go" Einwegbecher, Getränkekartons und die Brötchentüten beim Bäcker, für die 0,2 Millionen Tonnen Papier eingesetzt werden. Doch dass dies leider nur Nebenthemen sind, zeigt sich an der riesigen Menge von Verpackungspapieren und Kartonagen, von denen in Deutschland jährlich 8,8 Millionen Tonnen verbraucht werden. Der zweite große Verbrauchsposten sind die grafischen Papiere mit 8,6 Millionen Tonnen, darunter 4 Millionen Tonnen Zeitungen und Zeitschriften, sowie rund 2,6 Millionen Tonnen Werbematerial.

Verschwendung trotz Knappheit

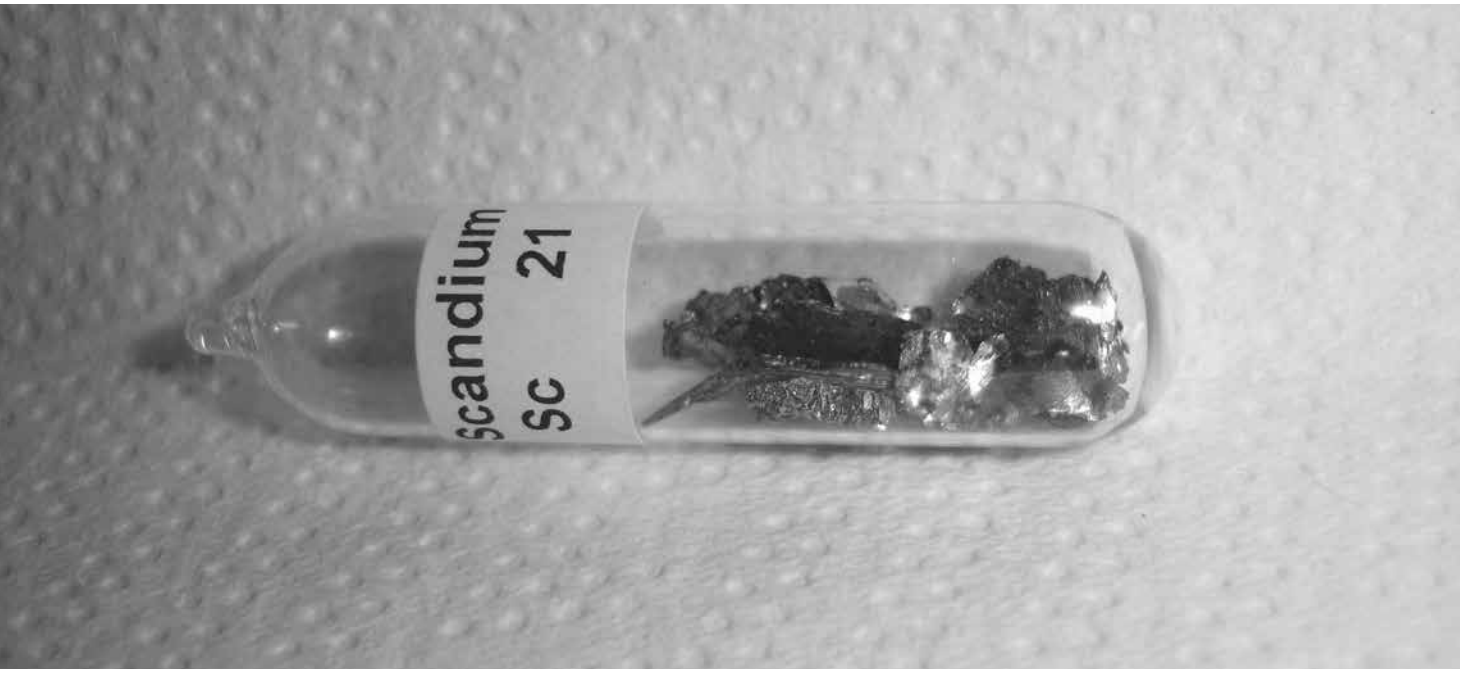
Angesichts der zunehmenden Knappheit an nachwachsenden Rohstoffen, die ja für viele Einsatzbereiche benötigt werden, ist beim Papierverbrauch keine Trendwende in Sicht. Keiner der Akteure, die gegen die Unterschutzstellung von Waldgebieten argumentieren, engagiert sich für den naheliegenden Ansatz, den Verbrauch kurzlebiger Holzprodukte zu senken. Das knappe Holz könnte besser für langlebige Produkte verwendet werden (Holzbau) oder im Wald bleiben (Naturschutz, Bodenschutz).

Auch die Umweltverbände haben bislang nur mäßige Erfolge bei der Reduktion des Gesamtverbrauches erzielt. Anscheinend ist die Aufforderung Papier drastisch einzusparen eine recht unbequeme Botschaft an SpenderInnen und Mitglieder. Reduktionspotential gibt es auch bei Hygienepapieren, die mit geringen Ausnahmen nur noch aus guten Recyclingfasern hergestellt werden dürften, da sie ja aus dem Kreislauf ausscheiden. Ein anderes Beispiel ist die unerwünschte Werbung, die ein Paradebeispiel von Verschwendung darstellt. Das Ärgernis der zumeist unerwünschten Werbung im Briefkasten ist mit 1,3 Millionen Tonnen eine relevante Größe. Dabei sollte es selbstverständlich sein, dass man nicht mit Werbemüll belästigt und belastet wird. Solche Aktionen würden sicher einige Kilo des Jahresverbrauches einsparen und den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zeigen, dass Einsparungen sinnvoll und praktikabel sind.

László Maráz

Der Autor ist Koordinator der Dialogplattform Wald beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Mehr Informationen unter:
Der Kritische Papierbericht: *http://www.foep.info/dokumente/upload/6c397_kritischer_papierbericht_2013_neu.pdf;*
Initiative Pro Recyclingpapier: *http://papiernetz.de/*



© Rui Costa/flickr.com (by-nc 2.0)

Scandium – Hauptanwendung in Hochleistungs- Quecksilberdampflampen, beispielsweise zur Stadionbeleuchtung

RECYCLING IST NUR DER DRITTBESTE WEG

Über den Umgang mit Seltenen Erden

Seltene Erden – vor 10 Jahren wussten wenige, dass es diese Metalle gibt. Seit sie 2010 aber schwer zu bekommen waren, stieg ihr Bekanntheitsgrad enorm an. Seltene Erden sind eine Gruppe von Metallen, beziehungsweise chemischen Elementen wie Neodym und Scandium, die jedoch nicht so selten sind wie es ihr Name suggeriert. Ihr Abbau ist sehr aufwendig und geht mit extremen Umweltschäden einher. Es entstehen giftige Substanzen, radioaktive Abfälle und Einträge ins Grundwasser.

Negative auswirkungen auf Lebensbedingungen bleiben beim Abbau von Seltenen Erden nicht aus. Aus diesem Grund haben sich einige Länder aus dem Abbau zurückgezogen, trotz eigener Vorkommen-[1]. Unter anderem durch diesen Rückzug hat China eine große Marktmacht erlangt, welche ausschlaggebend dafür war, dass Deutschland und die EU in den Jahren 2010 und 2011 ihre Rohstoffstrategie[2] weiterentwickelt haben. 95 % der Seltenen Erden kommen aus China und werden vor allem genutzt für Photovoltaikmodule, LED-Lampen, Smartphones, Laptops und Tablets. Sollte Recycling nun die Lösung sein, um die Nutzung der Seltenen Erden zu ermöglichen, Umweltschäden vorzubeugen und gleichzeitig von China unabhängiger zu werden? Nein, es ist nur der drittbeste Weg.

Ressourcenkonsum reduzieren und Nutzung maximieren

Angesichts der vielen Menschenrechtsverletzungen und teils irreversiblen Umweltschäden, die im Kontext der Extraktion von Seltenen Erden entstehen, darf mit den Ressourcen nicht verschwenderisch umgegangen werden und der Rohstoffabbau muss minimal gehalten werden. Um eine maximale Nutzung der Seltenen Erden sowie auch der anderen verbauten Metalle zu gewährleisten, müssen Produkte, die diese beinhalten lange genutzt, repariert und wiederverwendet werden. So sieht es auch die deutsche Abfallhierarchie vor. Von unseren Alltagsgegenständen enthalten insbesondere Smartphones, Laptops und Tablets diese Rohstoffe. Leider gibt es viele Unternehmen, die eine kurze Nutzungsdauer von Produkten gezielt vorantreiben. Eingebaute Verschleißteile, Softwareinkompatibilität mit älterer Hardware sind zu nennen. Aggressives Marketing von Mobilfunkherstellern – etwa von Vodafone oder der Telekomtochter Congstar – suggeriert, dass wir jährlich unser Handy wechseln sollen. Viele Geschäftsmodelle basieren gerade auf diesem schnellen Wechsel.

Die deutsche Politik fördert nicht etwa die langfristige Nutzung, teilweise wird sie sogar entgegen der Vorschriften der EU behindert. Aktuell wird dies im Kontext des Elektronikaltgerätegesetzes (ElektroG) deutlich. So will die deutsche Regierung nicht zulassen, dass im Normalfall noch funktionierende Geräte an den Abfallsammelstellen für eine erneute Nutzung separiert werden.[3] Leider nimmt sie auch nicht die Chance

wahr, mit diesem Gesetz vorzuschreiben, dass Akkus zerstörungsfrei ausgetauscht werden können. Dadurch wird ein Problem versschärft, das Wiederverwendungsbetriebe schon heute haben – der Zugang zu Altgeräten, die aufbereitet werden könnten, wird weiter behindert. Auf intelligente Weise könnten aus kaputten Geräten jedoch auch Ersatzteile gewonnen werden, die für Reparaturbetriebe große Mangelware sind. Stattdessen sinkt die Zahl der Reparaturbetriebe. Nachhaltige Politik müsste der Verschwendung von Rohstoffen entgegenwirken, anstatt sie zu fördern. Der Zugang zu Ersatzteilen zu angemessenen Preisen ist hierfür eine Voraussetzung, die die Politik auf verschiedenste Weise ermöglichen muss.

Recyceln statt Schürfen

Laut der in Deutschland geltenden Abfallhierarchie ist Recycling von Produkten die drittbeste Lösung nach der Abfallvermeidung, welche durch Reparatur von Geräten stattfinden könnte, und nach der Wiederverwendung von Produkten. Trotzdem brauchen wir auch große Anstrengungen für diese drittbeste Lösung, denn gegenüber einer Primärrohstofförderung ist Recycling vorzuziehen. In einem durchschnittlichen Smartphone befinden sich beispielsweise laut einer Studie des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen etwa 6,3g Kobalt, 0,03g Gold und 0,05g der Seltenen Erde Neodym. Auf Grund dieser geringen Mengen erscheint das Ressourcenschonungspotential zunächst gering. Allerdings ist der Metallgehalt in einem Smartphone um ein Vielfaches größer als im Erz in dem es vorkommt. 11 Kilogramm Smartphones enthalten die gleiche Menge Gold wie eine Tonne Golderz. Bei Seltenen Erden ist dieses Verhältnis noch frappierender. Eine ambitionierte Förderung dieses Bereiches ist dementsprechend unabdingbar, denn vieles – von der Sammlung, bis zu den Recyclingprozessen – ist noch verbesserbar.

Hindernisse für Recycling

Nur ca. ein Drittel des europäischen Elektroschrottes wird fachgerecht recycelt. Bei Seltenen Erden ist die Recyclingquote besonders gering. Doch auch bei Gold und Kupfer werden die technisch möglichen Recyclingraten von bis zu 95 % bei weitem nicht erreicht. Dies hat verschiedene Ursachen. Beim Recycling von Mobiltelefonen ist ein essentieller Faktor, dass es kein gut funktionierendes Sammelsystem gibt. Viele Geräte verstauben entweder in den Schubladen der VerbraucherInnen oder landen im Restmüll. Viel Elektroschrott wird zudem illegal ausgeschifft. Leider wird dieses Problem mit dem aktuellen ElektroG2-Entwurf auch nicht behoben. Zum einen können VerbraucherInnen nach diesem Gesetz nicht in allen Elektronikverkaufsstellen ihre Altgeräte zurückgeben, sondern nur in Geschäften mit einer Verkaufsfläche von 400 m^2, was die Sammelquoten voraussichtlich nicht deutlich erhöhen wird. Hinzukommt – und das ist noch schwerwiegender – dass Produkte immer häufiger so gebaut werden, dass sie schwer auseinander genommen werden können. So macht etwa die Miniaturisierung und Verklebung von Akkus ein Recycling immer schwerer. Drittens kommen die Metalle in Verbindungen vor, was es dann schwer macht, sortenreine Materialströme zu erreichen.

Poltische Prozesse hin zu einer Kreislaufwirtschaft

Aktuell gibt es einige politische Prozesse, die genutzt werden können, um eine nachhaltigere Ressourcennutzung und eine Kreislaufwirtschaft zu fördern. Das ElektroG2 ist noch im parlamentarischen Prozess. Das Parlament kann hier noch nachbessern und Wiederverwendung stärken. Ein Wertstoffgesetz kann weitere Weichen stellen. Auch die Ökodesignrichtlinie auf europäischer Ebene bietet ein erhebliches Potential. So könnten hier Produktanforderungen verankert werden, die zu einer besseren Reparierbarkeit und einer längeren Lebensdauer von Produkten beitragen. Große Bedeutung könnte auch der Kreislaufwirtschaft-Aktionsplan auf EU-Ebene erlangen.[4] Aktuell laufen bis zum 20. August 2015 Konsultationen hierzu, in die sich jedeR einbringen kann.[5] Hier sollten insbesondere Anforderungen an die Produktkonzeption eine wichtige Rolle spielen. Deutschland sollte sich für einen ambitionierten Plan stark machen.

Externalisierung von Umweltschäden und Missachtung von Menschenrechten müssen gestoppt werden

Solange aber die EU und Deutschland, wie in ihren Rohstoffstrategien festgehalten, aggressiv gegen Exportbeschränkungen vorgehen, solange sie Rohstoff- oder Handelsabkommen dafür nutzen, um an Rohstoffe zu kommen, ohne dabei verbindlich Menschenrechts- und Umweltstandards festzuschreiben, wälzen sie Umweltschäden und Menschenrechtsverstöße auf andere ab. Wenn eine immer riskantere Förderung von Rohstoffen – etwa im Tiefseebergbau – vermieden werden soll, dann müssen eine Senkung des Rohstoffverbrauchs sowie eine Recyclingstrategie oberste Prioritäten sein. Nicht aber Bürgschaften für sehr problematische Förderung von Rohstoffen.

Johanna Sydow

Die Autorin arbeitet als Referentin für Ressourcenpolitik und IT-Branche beim Germanwatch e. V.

1 Auch im im sächsischen Storkwitz wurden inzwischen Vorkommen nachgewiesen.

2 Auf Nachfrage der deutschen Industrie verabschiedete die deutsche Bundesregierung 2010 eine Rohstoffstrategie mit der sie den Zugang zu Rohstoffen für die deutsche Industrie sicher stellen wollte. Insbesondere die Bekämpfung von Handelshemmnissen, die für Entwicklungsländer eine wichtige Entwicklungschance bedeuten können und die fehlenden Mechanismen zur Wahrung der Menschenrechte werden von der Zivilgesellschaft stark kritisiert. Auch auf Europäischer Ebene wurde eine im Jahr 2008 entstandene Strategie 2011 (Raw Materials Initiative) noch einmal überarbeitet. Auch diese Strategie stellt den Zugang zu Rohstoffen vor die Wahrung von Menschenrechten und Lebensgrundlagen. Maßnahmen zu Sekundärrohstoffen, Ressourceneffizienz und Recycling fallen wage und weit weniger ambitioniert aus.

3 Spanien hingegen hat bei der Umsetzung des gleichen EU-Gesetzes eine Wiederverwendungsquote eingeführt.

4 Nachdem die Kommission nach ihrem Amtsantritt ein bestehendes Konzept zu Kreislaufwirtschaft zurückgezogen hat, hat sie versprochen im Herbst einen neuen Plan vorzulegen.

5 http://ec.europa.eu/environment/circular-economy/index_en.htm.

DER FLUG DES IKARUS

Initiativen für einen bewussten Umgang mit den irdischen Ressourcen

Vieles von dem, was die Menschen sich nie vorstellen konnten oder wollten, ist längst Gegenwart geworden. Steil bergauf geht die Kurve des menschlichen Fortschritts, in ungeahnte Höhen. Nun ist die Geschichte von Ikarus bekannt, der beim Fliegen mit Flügeln aus Wachs der Sonne zu nahe kam. Der Rest ist die traurige Metapher von einem, der zu viel wollte und die eigenen Grenzen gnadenlos überschätzte. Ein Wirtschaftssystem, das auf exorbitantem Verbrauch und horrender Verschwendung basiert, ist auf einer endlichen Erde nicht machbar, aber der verbrennenden Sonne – um in der Metapher zu bleiben – sind wir schon erschreckend nah gekommen. Um diese Gefahr wissend, tun sich zum Glück immer mehr bemerkenswerte Alternativen auf.

Ein beispiel für den Flug von Ikarus: Technische Lösungen, wie man die Unmengen des sich in unseren Ozeanen befindenden Plastiks wieder heraus bekommt, sind nicht in Sicht. Neben verheerenden Langzeitfolgen für das Öko-System Meer und seine Bewohner, landen die Kunststoffe als Mikroplastik über den Umweg (Speise-)Fisch auch auf unseren Tellern.

Leben ohne Kunststoff

Kein Wunder also, dass das Bewusstsein dafür wächst, weniger Plastikmüll zu produzieren und der Wunsch nach einem „Weniger“ von immer mehr Menschen durchaus fordernd formuliert wird. Plastikbeutel sind dafür ein gutes Beispiel. Diese werden zwar an deutschen Supermarktkassen immer noch zu oft ausgegeben (etwa 60 pro Person pro Jahr). Die Tendenz ist jedoch sinkend. In einigen Kommunen gibt es durch progressive Vorstöße bereits Verbote oder die Tüten sind nur gegen ein kleines Entgelt zu bekommen. Auch die EU verfolgt nun Bestrebungen in diese Richtung. So ist der Griff zur Baumwolltasche mittlerweile weit verbreitet und die Jutebeutel an den Armen von Menschen aller Altersklassen zu finden.

Beim Einkaufen selbst fällt dennoch nach wie vor massenweise Müll an. Immer kleinere Mengen Nahrungsmittel werden immer aufwendiger verpackt. In einigen Städten lässt sich dagegen ein neuer Trend erkennen: Verpackungsfreie Supermärkte! Die Ware – von Obst und Gemüse, Süßigkeiten, Hygieneartikeln, Nudeln und Mehl bis hin zu Gewürzen und Tees – befindet sich in großen verchromten Behältern. Wer kaufen möchte, bringt seine eigenen Gefäße mit. So wird der Verpackungsaufwand auf ein Minimum reduziert. Die Läden, die Namen wie „Original Unverpackt“ oder „Ohne“ tragen, verringern zudem die Anzahl an Lebensmitteln, die später in der Mülltonne landen würden. Denn die KäuferInnen können sich exakt die Menge abfüllen, die sie benötigen.

Eine tolle Idee, denn wie schwer ein grundsätzlicher Verzicht auf Verpackung im Alltag sein kann, zeigt das 2009 erschienene filmische Experiment „Recipes for Disaster“ von John Webster. Eine Familie aus Finnland versucht hier ein Jahr lang auf alle Erdölprodukte zu verzichten, also auch auf Kunststoffe auf Erdölbasis. Selbstgemachte Zahnpasta, Biosprit fürs Auto, solarbetriebene Generatoren und mit Ökostrom betriebene Radiatoren zum Heizen stellen große Herausforderungen dar. In diesem speziellen Fall führten die Mühen jedoch dazu, dass etwa die Hälfte der üblicherweise angefallenen Emissionen eingespart werden konnte.

Tauschen ohne Geld

Aber auch wer sich nicht gleich zu solch einem kompletten Wandel in der Lage sieht, kann natürlich trotzdem dazu beitragen, dem Turbokapitalismus ein Schnippchen zu schlagen. Bei Kleidertausch-Partys finden Kleidungsstücke, die nur noch in den hintersten Ecken des eigenen Schrankes ihr Dasein fristen, eineN neueN BesitzerIn. Dabei muss noch nicht einmal ein Geldschein in die Hand genommen werden.

Auf der gleichen Idee basieren die vielen Sharing-Communities im Internet, bei denen man sich technische Geräte oder den Service für bestimmte Fähigkeiten bei anderen borgen kann. Socken stricken gegen Bohrmaschine oder Rasen mähen gegen die Installation eines WLAN-Anschlusses – das Solidaritätsprinzip wird hier auf eine neue Stufe gehoben. Ebenso in den überall aus den Boden sprießenden Reparier-Cafés. Hier helfen Menschen, die gerne tüfteln, Dinge von anderen zu reparieren. So müssen diese nicht weggeworfen und Neues gekauft werden. Das spart Geld, stärkt die Gemeinschaft und führt zu gemeinsamen Erfolgserlebnissen.

Ansätze und Ideen gibt es also eine ganze Menge. Darunter viele sehr gute. Dezentral organisiert von engagierten BürgerInnen, denen das Ende von Ikarus bekannt ist. Wenn die Flügel aus Wachs nicht schmelzen sollen, muss man sich lokal, regional und global in solidarischen Gemeinschaften darum bemühen, die Grenzen der Welt nicht überzustrapazieren. Mit kreativen und visionären Ideen, Lebensfreude, Verantwortung und Vernunft kann dann der Flug des Ikarus gelingen.

Friederike Menz und Manuel Tacke

Friederike Menz leitet an der Hochschule Ostwestfalen-Lippe das Programm Studienpioniere und engagiert sich in der AG kulturelle Bildung für Nachhaltige Entwicklung der UN-Dekade. Manuel Tacke ist Naturschützer und Kulturwissenschaftler. Derzeit studiert er in Greifswald den Master Nachhaltigkeits-Geographie. Beide schreiben für den konsumkritischen Blog impulsderzeiten.de.

© Number 10/flickr.com (by-nc-nd 2.0)

Staatschefs von G7

G7-GIPFEL 2015

Was bleibt?

Was hat der G7-Gipfel im bayerischen Schloss Elmau gebracht? Wie bedeutend G7-Gipfel realpolitisch eigentlich sind, ob sie mehr sind als nur eine sündhaft teure Show und ob sie messbare Auswirkungen auf den Lauf der Weltpolitik sowie der Innenpolitik der G7-Länder selbst haben – darüber gehen die Meinungen weit auseinander.

Auch unter Nichtregierungsorganisationen und globalisierungskritischen Bewegungen hat die Zahl derer zugenommen, die gegen diese Gipfel nicht mehr protestieren, sondern sie in erster Linie ignorieren. Andere wiederum nehmen sie sehr ernst, schließlich sind diese Gipfel potenziell eine ausgezeichnete Gelegenheit, im Schlepptau der offiziellen Inszenierung selbst auch in die Medien zu kommen. Vom Protestcamp, dem Alternativgipfel und den Demonstrationen bis zur professionellen Präsenz im Medienzentrum hat auch die Welt der NGOs und der Globalisierungskritiker für ihre Verhältnisse genauso wie die Regierungen enorme Ressourcen aufgewendet, um ihre eigenen G7-Akzente zu setzen.

Weltbewegende G7-Beschlüsse?

Ob all das gerechtfertigt war oder nicht, lässt sich in letzter Konsequenz nur anhand der Frage beantworten: Was hat es am Lauf der Welt real geändert? Das wiederum lässt sich halbwegs zuverlässig nicht schon nach wenigen Tagen oder Wochen beantworten. Aber auch G7-Gipfeldeklarationen vergangener Jahre entziehen sich solchen vermeintlich einfachen Fragen meist sehr geschickt, enthalten sie doch nur in den seltensten Fällen klare Beschlüsse. Meist ist die Terminologie solcher Deklarationen gespickt mit Begriffen wie „wir streben an“, „wir unterstützen“ und so weiter. Es ist daher auch Jahre später kaum möglich zu sagen, was so ein Gipfel real gebracht hat: So schwammig die Formulierungen, so subjektiv die Einschätzungen über ihre reale Wirkung. Elmau bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme.

Nur selten kann man so offensichtliche und eklatante Fehlschläge nachweisen wie bei den Gipfelbeschlüssen des letzten G8 in Nordirland 2013: „We will make a real difference by doing the following: 1. Tax authorities across the world should automatically share information to fight the scourge of tax evasion. 2. Countries should change rules that let companies shift their profits across borders to avoid taxes, and multinationals should report to tax authorities what tax they pay where. 3. Companies should know who really owns them and tax collectors and law enforcers should be able to obtain this information easily.“[1]

Das ist fast schon nicht mehr als Fehlschlag zu bezeichnen, sondern als bewusste Irreführung der Öffentlichkeit, weil in der Realität das Gegenteil stattfand – Stichwort Luxleaks. Just am letzten Tag von Elmau leitete die EU-Kommission Ermittlungen gegen die G7-Länder Deutschland, Frankreich und Italien wegen unfairer Steuervorteile für Konzerne ein, gegen Großbritannien ermittelt sie schon länger. Weder den G7-Gipfelteilnehmer selbst noch den Medien fiel der eklatante Kontrast zu den starken Worten von 2013 auf.

Man kann also starke Worte einer G7-Deklaration isoliert betrachten und als Ankündigung eines Politikwechsels werten. Man kann sie aber auch mit der Realität vergleichen und auch diesmal bezweifeln, dass den

starken Worten wirkliche Taten folgen werden. Die NGO-Bewertungen des Elmauer Gipfels fielen dementsprechend alles andere als einheitlich aus.

NGO-Einschätzungen über den Erfolg der G7-Schwerpunktthemen

TTIP stoppen, war eine der häufigsten Forderungen auf den Demonstrationen in München und Garmisch sowie dem Alternativgipfel – die vielen, die sich davon motivieren ließen an den Protesten teilzunehmen, konnten die Gipfeldeklaration nur als Schlag ins Gesicht empfinden. Die TTIP-Verhandlungen sollen beschleunigt werden, wurde da offiziell verlautbart – obwohl alle Beteiligten wissen, dass das praktisch ausgeschlossen ist und auch alle internen TTIP-Bewertungen der EU nicht mehr von einem Abschluss der Verhandlungen in Obamas Regierungszeit ausgehen. Als trotziges Pfeifen im Walde angesichts eines zunehmend ins Torkeln geratenen TTIP-Projekts mag man das interpretieren, oder als völlig arrogante Trotzhaltung gegenüber renitentem Wahlvolk – unrealistisch ist diese Absichtserklärung allemal. Bemerkenswert ist vor allem das Bekenntnis der G7-Chefs zum Kanada-EU-Abkommen CETA: Man freue sich auf sein baldiges Inkrafttreten – während Vizekanzler Gabriel seit Monaten verspricht, die im CETA vorgesehenen Investoren-Staat-Schiedsgerichte noch reformieren zu wollen.

Bei dem deutschen Schwerpunktthema der globalen Wertschöpfungsketten kam kaum etwas Greifbares heraus. NGOs hatten vor dem Gipfel zum Lackmustest erklärt, ob es irgendeine Ankündigung verbindlicher Maßnahmen geben werde, globale Lieferketten sozialer, nachhaltiger oder zumindest transparenter zu machen. Man muss konstatieren: Es gab keinerlei Ankündigung konkreter Maßnahmen, wie man die skandalösen Zustände etwa im Textilsektor ändern will. Nichts als Appelle an Unternehmen und Verbraucher, das Problem doch bitte anzugehen, und die Unterstützung bestehender freiwilliger Initiativen. Kein Wort davon, Gewerkschaften in Ländern wie Bangladesch zu unterstützen. Auch künftig können multinationale Konzerne selbst entscheiden, ob sie sich an Menschenrechte und grundlegende Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards halten oder nicht. Dafür hätte es wahrlich keines G7-Gipfels bedurft.

Lobgesang auf den Klimaschutz – Zurecht?

Wer sich jenseits der weltwirtschaftlichen Themen die restlichen Beschlüsse ansieht, kann zu freundlicheren Gipfelbewertungen kommen. Vor allem Greenpeace und Germanwatch taten dies – nämlich beim Klima. „Elmau hat geliefert. Die Vision einer globalen Energiewende hin zu 100 % Erneuerbaren hat heute deutlich Konturen gewonnen. Mit ihren Beschlüssen stimmen die G7 endgültig den Abgesang auf die Kohle an“, so Tobias Münchmeyer von Greenpeace. Auch Germanwatch wertet die Gipfelerklärung als „überraschend starkes Ergebnis. Die G7 hat heute das Ende des fossilen Zeitalters auf die globale Agenda gesetzt. Alle G7-Staaten verpflichten sich zu einer Energiewende. Dieser Gipfel sendet ein starkes Signal für ein erfolgreiches Klimaabkommen Ende des Jahres in Paris“, so Geschäftsführer Christoph Bals.

Andere Umweltorganisationen wollten sich diesen freundlichen Bewertungen nicht anschließen. Für den BUND-Vorsitzenden Hubert Weiger blieb das Gipfelkommuniqué „weit hinter den Erfordernissen zurück“. Die auch diesmal wiederholte Ankündigung, die Erderwärmung unter zwei Grad halten zu wollen, widerspreche dem tatsächlichen Handeln der G-7-Staaten. Fakt ist jedenfalls, dass die Umsetzung solcher Langfrist-Ankündigungen wohl in erster Linie Sache der Nachfolger der aktuellen G7-Chefs ist, die sich daran nicht gebunden fühlen müssen.

Meere, Gesundheit und Hungerbekämpfung als Themen der G7

Wenig beachtet wurde das Schwerpunktthema Meeresschutz. Der angekündigte Aktionsplan gegen die Vermüllung der Meere wurde von den Umweltverbänden prinzipiell begrüßt, auch wenn abzuwarten bleibt, was drin stehen wird. Ob die Worte der Gipfelerklärung „ungewohnt kämpferische Worte“ sind, wie Greenpeace analysiert, sei dahingestellt – der WWF ist etwas vorsichtiger: „Damit es vorangeht, müssen daher ab jetzt Taten eine deutlichere Sprache sprechen als die heutigen Ankündigungen.“

Auch Gesundheit war ein wichtiges Gipfelthema. Konkrete Maßnahmen zur Senkung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung gab es nicht. „In der Massentierhaltung in Deutschland werden, wie in vielen G-7-Staaten, mehr als doppelt so viele Antibiotika wie in der Humanmedizin eingesetzt. In den USA sind Antibiotika in der Tiermast sogar prophylaktisch und zur Wachstumsbeschleunigung erlaubt. Um die Verbraucher vor Antibiotikaresistenzen zu schützen, müssten die Regierungen den Einsatz von Antibiotika in Tierhaltungen streng reglementieren“, mahnte BUND-Chef Weiger. Genau das fordern NGOs und Agraropposition schon seit Langem.

Hunger-und Krankheitsbekämpfung spielt in der Abschlusserklärung auch eine wichtige Rolle. World Vision bewertet die Ergebnisse jedoch als insgesamt nicht so ambitioniert wie erhofft: „Die Gipfelchefs haben die Chance verpasst, die eigentlichen Grundursachen für die schlechte Situation der ärmsten Kinder in dieser Welt zu ändern.“ Brot für die Welt beklagt die vielen „Hintertürchen“ in der Gipfelerklärung, in der größere Anstrengungen im Kampf gegen den Hunger versprochen werden.

So bleibt eine Gipfeldeklaration zurück, bei der sich letztlich jede und jeder das herauspicken kann, was ihm oder ihr selbst am wichtigsten ist und je nachdem zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Ernsthafte Fortschritte zu mehr Nachhaltigkeit und zu mehr sozialer Gerechtigkeit dürften sich jedenfalls nicht mit einem „business as usual“ in der Weltwirtschaft erreichen lassen – und gerade in der Wirtschafts- und Handelspolitik haben sich die G7 demonstrativ zu einem „business as usual“ bekannt. Das dürfte sich 2016 nicht ändern: Japans Regierungschef Shinzō Abe ist in der aktuellen Zusammensetzung der G7 mit Abstand der konservativste und ist bisher nur durch ausgesprochen rückwärtsgewandte Ideen aufgefallen. Es fällt mehr als schwer, sich ausgerechnet von ihm vorwärtsweisende Akzente der nächsten G7-Präsidentschaft zu erwarten.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung.

1 Lough Erne Declaration (2013): https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/207543/180613_LOUGH_ERNE_DECLARATION.pdf.

ABSICHTEN MIT WEITBLICK – ZU KURZ GREIFENDE MASSNAHMEN

Die G7 und die Lieferkettenverantwortung

Berichte über Fabrikeinstürze in Bangladesch, Selbstmorde bei IT-Zulieferern in Ostasien und Vertreibungen im Zuge großer Infrastrukturprojekte haben zumindest einen positiven Effekt gehabt: Sowohl Unternehmen als auch Regierungen ist bewusst geworden, dass sie die Zustände in den globalen Produktionsstätten unserer Konsumgüter nicht länger ignorieren können. Auch die G7 haben sich mit dem Thema befasst. Doch ihre Möglichkeiten, Weichen für die grundlegende Verbesserung der Produktionsbedingungen in globalen Wertschöpfungsketten zu stellen, haben sie nicht ausgeschöpft.[1]

Zusammen generieren die G7-Staaten ein Drittel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Eine große Anzahl der in den G7-Ländern angesiedelten Unternehmen ist global tätig und beschäftigt eine Vielzahl von Zulieferfabriken. Viele dieser Unternehmen profitieren von den Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzungen in ihren globalen Wertschöpfungsketten und sind mitverantwortlich für diese Missstände. Ihre Einkaufspolitik ist Mitursache für Niedriglöhne und unangemessene Arbeitszeiten. Und während Firmen beispielsweise über Investitionsschutzabkommen international immer mehr Rechte gewährt werden, wird eine staatliche Regulierung zum Schutz von Menschen und Umwelt nicht im gleichen Maße vorangetrieben. Die Möglichkeiten für Betroffene von Unternehmensunrecht aus dem Ausland, ihre Rechte auch in den G7-Staaten einzuklagen, sind begrenzt.

Die Bundesregierung hat das Thema „Standards in Handels- und Lieferketten“ auf die Agenda der G7-Staaten gesetzt und dort auch das vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller ins Leben gerufene Bündnis für nachhaltige Textilien propagiert. Doch wozu haben die Regierungschefs sich konkret verpflichtet?

Bekenntnis ohne Verpflichtung

In ihrem Abschlussdokument bekennen die G7 sich klar zu ihrer Verantwortung für die Förderung von ArbeitnehmerInnenrechten, guten Arbeitsbedingungen und dem Umweltschutz in den globalen Lieferketten. Dass sie sich dabei auf die Übereinkünfte der UN, OECD und Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beziehen und ihre Unterstützung für die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte erklären, ist sehr erfreulich und mehr als erwartet werden konnte. Bedauerlicherweise jedoch bleibt es bei dem Bekenntnis zu gemeinsamer Verantwortung und einem Appell an die Privatwirtschaft, ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachzukommen. Zudem kündigen die G7 an, die Transparenz zu erhöhen, das Erkennen und die Prävention von Risiken zu fördern und Beschwerdemechanismen zu stärken. Darüber hinaus wollen sie gute Beispiele unterstützen und in Partnerländern den Aufbau nachhaltiger Lieferketten fördern. Sie verpassen jedoch die große Chance, die verbindliche Festlegung von Sorgfaltspflichten und praktikablen Rechtszugang für Betroffene in den Heimatstaaten der Konzerne zu vereinbaren sowie die eigene Handelspolitik auf den Prüfstand zu stellen. Verwunderlich ist dies allerdings nicht, denn schon im Vorfeld hat die Bundesregierung betont, dass das Prinzip der Freiwilligkeit für sie bei allen Aktivitäten Vorrang hat. Dass dieses allein nicht ausreicht, um das strukturelle Problem der Verletzung von sozialen und ökologischen Mindeststandards in globalen Wertschöpfungsketten zu lösen, hat sich in den vergangenen Jahren bereits gezeigt. Nur durch verbindliche Regelungen kann gewährleistet werden, dass Unternehmen, die eine Vorreiterrolle in diesem Bereich einnehmen, keine Wettbewerbsnachteile durch ihr Engagement erleiden. Die Bundesregierung hätte den G7-Gipfel nutzen können, für einen solchen gesetzlichen Rahmen zu werben, um sicherzustellen, dass Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen durch Unternehmen weltweit Einhalt geboten wird.

Transparenz darf sich nicht auf die Empfehlung von Siegeln beschränken

Auch bei Transparenz und Rechenschaftslegung in Lieferketten bleiben die Maßnahmen vage und unzureichend. Die Ermutigung und Unterstützung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und die Begrüßung von Initiativen, die den Vergleich von Umwelt- und Sozialsiegeln ermöglichen, ist löblich, kann jedoch keine Transparenz über soziale und ökologische Risiken und negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt in der Lieferkette garantieren. Auch hier braucht es verbindliche Regeln sowie eine inhaltliche Überprüfung der veröffentlichten Informationen, die die EU-Staaten zum Beispiel durch eine umfassende Umsetzung der kürzlich beschlossenen EU-Richtlinie zur Offenlegung nichtfinanzieller Informationen einführen könnten. Kanada, die USA und Japan könnten sich dem mit ähnlichen Gesetzen anschließen. Die G7 hätten die in etlichen Ländern, darunter USA und EU, bereits existierenden Vorschriften zur Transparenz über Lieferbeziehungen in bestimmten Sektoren vorantreiben und sich beispielsweise auch darauf einigen können, dass die Ergebnisse von Fabrikprüfungen und geplante Gegenmaßnahmen veröffentlicht und allen, insbesondere den Beschäftigten, ihren Interessenvertretungen und den VerbraucherInnen, zugänglich gemacht werden sollen.

Präventive Maßnahmen umfassend denken

Der Ansatz, präventive Maßnahmen zu ergreifen, ist sehr zu begrüßen. Mit einem „Vision-Zero-Fonds" bei der ILO Empfänger zu unterstützen, die sich zur Umsetzung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards verpflichten, ist ein positiver Schritt. Dieser kann jedoch nicht garantieren, dass Mindeststandards in globalen Lieferketten sichergestellt werden. Die Verständigung auf die Einführung gesetzlich verbindlicher Sorgfaltspflichten in den G7-Staaten wäre dagegen sehr viel effektiver. Denn real bestehende Haftungsrisiken für Unternehmen wirken sich positiv auf deren Bereitschaft aus, mit gebührender Sorgfalt globale Geschäfte zu tätigen. Solche gesetzlichen Sorgfaltspflichten würden dem Wettlauf nach unten endlich Grenzen setzen und es würde ein globales „level playing field" entstehen. Selbst einige UnternehmensvertreterInnen sehen hierin einen Vorteil und in Ländern wie Frankreich und der Schweiz existieren bereits Initiativen in diese Richtung.

Beschwerdemechanismen unabhängig machen

Als weitere Maßnahmen kündigen die G7 die Verbesserung der Beschwerdemechanismen nach den OECD Leitsätzen für multinationale Unternehmen und die Stärkung des bestehenden freiwilligen Peer Review Systems an. Das ist ermutigend, allerdings muss gleichzeitig die Unabhängigkeit und Effektivität der Kontaktstellen massiv vorangetrieben werden. Zudem erkennen die G7 nun die Bedeutung von Multistakeholder-Initiativen, das heißt den Einbezug von ArbeitnehmerInnenvertretungen und Betroffenen, an und wollen sie – ebenso wie Bemühungen von Partnerländern bei der Schaffung verantwortungsvoller Lieferketten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit – fördern. Dies sollte jedoch von vorneherein nicht auf den Textilsektor beschränkt sein. In anderen Branchen kommt es zu ebenso gravierenden Menschenrechtsverletzungen, die dringender Abhilfe bedürfen.

Angekündigte Schritte greifen zu kurz

Durch die Thematisierung verantwortungsvoller Lieferketten haben die G7 ein deutliches Signal gesetzt, dass ihnen der Handlungsbedarf in diesem Bereich bewusst ist. Die angekündigten Schritte sind zu begrüßen, greifen jedoch für eine weitreichende Veränderung der Produktionsbedingungen in den Ländern des globalen Südens zu kurz. Lediglich eine verbindliche Unternehmensverantwortung würde alle Unternehmen in gleichem Maße zur Einhaltung ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht animieren. Angesichts der großen Wirtschaftsmacht der G7 wäre ein vorbildhaftes Voranschreiten dieser Staaten ein effektives Mittel, diesen Standards zur weltweiten Durchsetzung zu verhelfen. Darüber hinaus besitzen die G7-Staaten zahlreiche weitere Möglichkeiten, auf eine Verbesserung der Produktionsbedingungen hinzuwirken. Insbesondere sollten sie ihre Handelspolitik konsequent an den Menschenrechten ausrichten. Hierzu gehört, vor der Unterzeichnung von Handelsabkommen deren mögliche Auswirkungen auf die Menschenrechte zu untersuchen und die bisher üblichen Menschenrechtsklauseln zu reformieren. Dadurch würde künftig eine Aussetzung und Revision von Vertragsbestimmungen möglich, wenn diese sich als Gefährdung von Menschen- und Arbeitsrechten erwiesen haben. Auch Außenwirtschaftsförderung und öffentliche Beschaffung sind staatliche Mittel, menschenrechtskonformes Unternehmensverhalten einzufordern. In den entsprechenden Kapiteln der G7-Abschlusserklärung findet sich hierzu aber nichts. Mit der gegenwärtigen Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte hat die Bundesregierung eine zweite Chance, effektive Maßnahmen festzulegen. Es bleibt zu hoffen, dass sie in diesem Prozess stärker auf die Vorschläge der Zivilgesellschaft eingeht und sich endlich von dem Dogma der Freiwilligkeit löst.

Heike Drillisch

Die Autorin ist Koordinatorin des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung.

1 Der Artikel basiert auf einer gemeinsamen Stellungnahme des CorA-Netzwerks mit dem Forum Menschenrechte zum G7-Thema „Standards in Handels- und Lieferketten" (s. www.cora-netz.de).

© Andrea Moroni/flickr.com (by-nc-nd 2.0)

Arbeiterin in einer Textilfabrik

DIE GLOBALISIERUNGSKRITIK IST TOT, LANG LEBE DIE GLOBALISIERUNGSKRITIK

Der G7-Gegengipfel diskutiert über eine alternative Weltordnung

Kurz bevor sich die Staatschefs aus sieben großen Industrienationen (G7) im abgelegenen Schloss Elmau verschanzten, um gemeinsam über Weltpolitik zu diskutieren, veranstalteten zahlreiche NGOs, soziale Bewegungen und eine politische Stiftung einen G7-Gegengipfel. Gemeinsam diskutierten die TeilnehmerInnen über Alternativen für eine solidarische, friedliche und ökologische Welt. Der direkte Vergleich mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 liegt nahe. Wie wichtig ist die G7 noch für die Bewegung? Auf welche Themen konzentriert sich die Auseinandersetzung dieses Mal? Und welche Rolle spielt Globalisierungskritik eigentlich noch in unserem politischen Alltag?

Im Jahr 2007 als der letzte G8-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft (damals noch mit Russland) in Heiligendamm stattfand, pilgerten zehntausende DemonstrantInnen nach Mecklenburg-Vorpommern, um ihrem Unmut gegen die G8 Ausdruck zu verleihen. Bei der G8-Demonstration dabei zu sein war für viele eine ebenso große Selbstverständlichkeit, wie zum Castor ins Wendland zu fahren. Kritikpunkt Nummer eins im Jahr 2007: Wie können sich diese acht Personen herausnehmen, Weltpolitik Jahr für Jahr unter sich ausmachen zu wollen? Zentrales Thema Nummer zwei: Die fortschreitende, alles verschlingende Globalisierung.

Die entwicklungspolitische Organisation INKOTA beispielsweise schrieb damals: „Die Politik der G8 steht für eine neoliberale Globalisierung auf Kosten von Umwelt und Entwicklung zum Nachteil der Mehrheit der Menschen in Nord und Süd. Aber es geht auch anders. Wir sind überzeugt, dass eine gerechte Globalisierung möglich ist.“[1] Die Grüne Jugend kritisierte die G8 als undemokratisches, nicht legitimiertes, ausschließendes und intransparentes Gremium und erklärte: „Gegen diesen Auswuchs der Globalisierung werden wir Widerstand leisten!“[2] Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein sprach von „Globalisierung als Fluchtursache“.[3] Die Bundesregierung wiederum zeigte sich bürgerInnennah. Man verstehe, dass die fortschreitende Globalisierung bei vielen Menschen auch Ängste wecke: „Wir wollen der Globalisierung ein menschliches Gesicht geben.“[4]

2015 – Haben die G7 an Einfluss verloren?

Wieder ist Deutschland Gastgeberland der G7. Und wieder mobilisiert ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen die G7. Ein Alternativgipfel findet statt, zwei Demos bringen die Menschen auf die Straße (München) und an den Ort des Geschehens (Garmisch-Partenkirchen). Und dennoch, dieses Mal ist es irgendwie anders. Im Kern sind die Forderungen im Jahr 2015 ähnlich, trotzdem ist die Bewegung im Vorfeld deutlich schwerer für den G7-Gipfel zu interessieren. Zwar kamen 1.000 Menschen zum Gegengipfel und 40.000 gingen in München auf die Straße, eine große Mobilisierung mit Konzerten, riesigen Demo-Camps sowie Gipfel-Blockaden wie 2007 fiel aber deutlich geringer aus. Haben wir also gewonnen? Sind die G7 so unwichtig geworden, dass sich eine umfassende Mobilisierung gegen sie nicht mehr lohnt? Oder haben wir verloren, weil wir uns so sehr an die Globalisierung gewöhnt haben, dass wir sie nicht mehr infrage stellen und deswegen auch nicht mehr gegen sie protestieren?

Einerseits hat sich die Rolle der G7 natürlich verändert. Weltpolitische Entscheidungen werden längst nicht mehr bei Kamingesprächen im Verborgenen gefällt und auch die Gipfelentscheidungen bleiben oft oberflächlich und unkonkret. Die neoliberale Politik- und Wirtschaftsordnung ist längst kein Alleinstellungsmerkmal der G7 mehr, sondern mittlerweile so gut wie weltweit etabliert. Und ob Staaten dort noch immer die Oberhand haben, ist längst nicht mehr sicher. Jean Ziegler, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, nannte die G7-Staatschefs abwechselnd „Ausführungsgehilfen“, „Befehlsempfänger“ oder „Handlanger“ und zeigte damit deutlich, welche Rolle er ihnen in der globalen Machtstruktur zuordnet. „Wenn jemand glaubt, dass in Elmau souveräne, unabhängige Staatschefs zusammenkommen, dann irrt er sich. Die Macht sitzt in Konzernetagen“, so Ziegler mit klaren Worten. „Nach Weltbankberichten haben letztes Jahr die fünf größten transkontinentalen Konzerne aller Sektoren zusammengenommen über 52,8 % des Weltbruttosozialproduktes kontrolliert.“

G7 – Wohlstandsschaffung für sieben

Andererseits: Mit der Macht der Konzerne schwindet nicht automatisch die Rolle der G7. Nehmen wir den Agrarsektor. Hier konnten die G7 ihre Exporte in Entwicklungs- und Schwellenländer seit 2001 um 126% auf nunmehr 119 Milliarden Euro steigern. Agrarkonzerne aus den G7-Ländern haben im Bereich Saatgut und Pestizide eine annähernde Monopolstellung erlangt.[5] Oder das Beispiel Klima. Oxfam warnt davor, dass ohne Kehrtwende allein die Emissionen aus Kohlekraftwerken der G7-Staaten am Ende des Jahrhunderts für Klimaschäden und Anpassungskosten in Höhe von 450 Milliarden US-Dollar pro Jahr verantwortlich sein werden.[6]

Auf den Punkt gebracht: Das Wirtschafts- und Politiksystem, welches die G7 in die Welt hineintragen, schadet der Mehrheit der Menschen und der Ganzheit des Planeten. Jayati Ghosh, Ökonomie-Professorin aus Indien und Exekutivsekretärin der International Development Associates fasste

die Lage der Welt mit eindringlichen Worten zusammen: Ungleichheiten seien auf ein extremes Level angestiegen, Tendenz weiter steigend. Aus den Finanzkrisen der letzten Jahre hätten die Staatschefs nichts gelernt, der Finanzsektor sei im Gegenteil so stark wie nie. Dabei habe sich gezeigt, dass der uneingeschränkte Kapitalismus das Versprechen einer nachhaltigen Entwicklung nicht erfüllen könne. Im Gegenteil, die Idee unseres derzeitigen Kapitalismusmodells läge nun einmal im Verständnis, dass alle im Wettbewerb zueinander stünden, es sei somit gar nicht auf Zusammenarbeit ausgelegt. Schon jetzt erlebten wir auch bei uns und weltweit ein „massives ökologisches und soziales Dumping", so Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND.

Die Politik der G7 ist in erster Linie für die G7-Regierungen gut. So hatten sich die sieben Staatschefs beim Gipfel 2015 zwar ein ambitioniertes Programm auf die Tagesordnung geschrieben. Es sollte neben der Weltwirtschaft und Außenpolitik unter anderem auch um Standards in Lieferketten, die Stärkung von Frauen sowie Ressourceneffizienz gehen. Diese Bestrebungen zur Wohlstandsschaffung durch die Regierungschefs der G7 richten sich jedoch lediglich auf die eigenen Länder, das machten alle RednerInnen auf dem G7-Gegengipfel deutlich. Auch die angeblichen Gipfelerfolge tragen im Bestfall nur zur Untermauerung der Rolle der G7-Staaten bei. So beispielsweise auch der Klimaschutz, ein – auch von einigen NGOs – gelobtes Ergebniss des Gipfels. Dabei gehe es, wie Tina Keller von attac erklärte, den G7 gar nicht um konsequenten Klimaschutz oder den Schutz des Regenwaldes, sondern darum, selbst auf die Auswirkungen des Klimawandels vorbereitet zu sein.

Vom Abstrakten ins Konkrete: G7 und TTIP

Und schließlich umfasst die G7-Politik auch ganz konkrete Entscheidungen, die unser aller Leben beeinflussen werden. Insbesondere das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) gilt dabei als dessen Manifestation. Die Wut hierüber durchzog wie ein roter Faden den Gegengipfel und die Demonstration in München. TTIP als Verkörperung einer machtgetriebenen, ungerechten und zerstörerischen Politik gegen Bürgerinnen und Bürger. Christoph Bautz, Geschäftsführer vom Campact, dazu auf der G7-Demo: „Mit dem G7-Gipfel will Frau Merkel ihr Lieblingsprojekt wieder fit machen: TTIP, das Handelsabkommen mit den USA. Ihr ambitionierter Plan: Bis Ende des Jahres will sie TTIP in den Grundzügen fertig verhandelt sehen – und entscheidende Fortschritte auf dem G7-Gipfel erzielen. Liebe Frau Merkel, da hilft Ihnen der ganze Gipfel nichts, mit TTIP und CETA kommen Sie nicht durch!" Tobender Beifall unter den gut 40.000 TeilnehmerInnen der Demo.

G7 – Was macht die Bewegung?

Dass sich die Kritik an den G7 im Jahr 2015 nicht mehr am Stichwort Globalisierungskritik aufhängt, hat sicherlich viele Gründe. Einer davon ist vielleicht, dass der Einfluss dieser sieben Staaten auf die Welt nicht mehr so deutlich propagiert wird. Problematisch ist er aber noch immer. Möglicherweise hat aber die Kritik an einer Politik der G7 durch die Ablehnung von Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA (EU-Kanada) und TPP (USA und eine Reihe von Pazifikstaaten, unter anderem Japan) an Konkretisierung gewonnen. G7-Kritik, das ist mittlerweile mehr als die Ablehnung einer Hintertürenpolitik oder der Dominanz des Westens. Es ist die Forderung nach demokratischen Regierungen. Die Forderung nach Gerechtigkeit und Solidarität mit allen Menschen. Die Forderung nach einer gleichberechtigten Beteiligung von Frauen. Die Forderung nach Lebensqualität und der Bewahrung natürlicher Ressourcen. Die Forderung nach Mitbestimmung. Die Ablehnung uneingeschränkter Konzernmacht. Der Widerstand gegen die G7 mag somit vielleicht nicht mehr so viele Menschen mobilisieren. Der Widerstand gegen die Politik, für die sie stehen, aber allemal. Wir sehen uns im Oktober zur TTIP-Demo in Berlin![7]

Marie-Luise Abshagen

Die Autorin ist Referentin für die Post-2015-Agenda beim Forum Umwelt und Entwicklung und Redakteurin des Rundbriefs.

1 http://www.inkota.de/g8/.

2 http://gj-rlp.de/rocking-g8-den-heiligendamm-brechen/.

3 http://www.frsh.de/fileadmin/schlepper/schl_40-41/s40-41_9.pdf.

4 http://www.g-8.de/Content/DE/Artikel/2007/05/2007-05-24-merkel-regierungserklaerung-g8-heiligendamm.html.

5 Siehe hierzu auch Konzernmacht grenzenlos: Die G7 und die weltweite Ernährung, http://www.forumue.de/konzernmacht-grenzenlos-die-g7-und-die-weltweite-ernaehrung/.

6 http://www.oxfam.de/presse/150606-oxfam-g7-muessen-kohleausstieg-vorantreiben.

7 http://ttip-demo.de/home.

© campact/flickr.com (by-nc 2.0)

40.000 Menschen bei der G7-Demo in München

PARADOXIE GREEN CLIMATE FUND

Klimawandel abwenden und dabei in fossile Energieträger investieren?

Der green Climate Fund der Vereinten Nationen (GCF) wurde mit dem Ziel eingerichtet, einen bedeutenden Beitrag zu den weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels beizutragen. Dieser Fond soll nun allerdings auch dazu verwendet werden, Kohlekraftprojekte zu finanzieren – die größte Quelle der weltweiten Treibhausgasemissionen.

Der Green Climate Fund ist ein Instrument, das innerhalb des Rahmenabkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nation Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) verabschiedet wurde, um Entwicklungsländer auf ihrem Weg zur emissionsarmen und klimaresilienten Entwicklung zu unterstützen. Private sowie öffentliche Finanzierungsmittel werden dabei durch den Fond gelenkt. Die Industrieländer haben sich dazu verpflichtet, 100 Milliarden Dollar jährlich für die Finanzierung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen sowie zur Begrenzung des Klimawandels in Entwicklungsländern zu mobilisieren. Der GCF kann nun seine Arbeit aufnehmen, nachdem 50 % der benötigten Summe bei der Geberkonferenz in Berlin in November 2011 erreicht wurden. Der verabschiedete Betrag beläuft sich auf insgesamt 5,47 Milliarden Dollar.

Damit hat der GCF „Effektivität" erreicht und kann nun damit beginnen, Mittel für Klimaprogramme in Entwicklungsländern bereitzustellen. Entscheidungen darüber, welche Programme für Finanzierung ausgewählt werden, müssen noch vor den Klimaverhandlungen in Paris getroffen werden.

Bei der letzten Sitzung des GCF-Vorstands in Südkorea weigerte sich dieser, die Finanzierung von fossilen Brennstoffaktivitäten ausdrücklich zu verbieten. Während die Rolle des GCF bei der Förderung der vielversprechendsten Maßnahmen, um sowohl einen Paradigmenwechsel wie auch nachhaltige Entwicklung zu erreichen, unterstrichen wurde, gab der Vorstand gleichzeitig den Mitgliedstaaten grünes Licht für die Nutzung von GCF-Mitteln für die weitere Förderung ihrer Kohlekraftprojekte. Japan, China und Saudi-Arabien argumentieren zusammen gegen das Verbot mit der Begründung, dass hocheffiziente Kohlekraftwerke weniger umweltschädlich seien als ältere Kohlekraftwerke und sich dadurch als saubere Energiequellen qualifizierten. GCF-Geld würde demnach dazu verwendet, Kohlekraftwerke moderner und sauberer zu machen.

Japan ist bereits dahingehend öffentlich kritisiert worden, dass Klimafinanzierung für Investitionen in Kohlekraftwerke in Indonesien, Indien und Bangladesch eingesetzt wurde. Weltweit wird Kohle für rund 40 % der elektrischen Energieerzeugung verwendet und ist eine der Hauptursachen des Klimawandels. Kohlekraft beeinträchtigt dabei nicht nur das Klima, sondern hat auch negative soziale Auswirkungen, beispielsweise auf die Gesundheit durch toxische Verschmutzung.

Paradoxe Förderung vom Klimawandel

Die Finanzierung von Kohlekraftprojekten durch den GFC, der eingerichtet wurde, um klimafreundliche Investitionen in Entwicklungsländern voranzubringen, ist mehr als paradox. Der Einsatz einer Technologie, die Kohle effizienter verbrennt, ist kein Paradigmenwechsel und entspricht nicht dem Ziel, nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern zu fördern, da Kohlekraft tiefgreifende, schädliche Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit hat. Ein Paradigmenwechsel wird dabei nur durch die Abwendung von fossilen Brennträgern erreicht werden können bei gleichzeitigen Investitionen in erneuerbare und kohlenstoffarme Technologien.

Eine Reihe von Organisationen, sozialen Bewegungen und Gemeinschaften haben sich dafür eingesetzt, dass der GCF nicht in den Klimawandel investiert. Gedrängt wurde dabei auf die Einführung einer Ausschlussliste, welche die Unterstützung für fossile Brennstoffe explizit verbietet – eine gängige Praxis unter den internationalen Finanzinstitutionen. Bis jetzt hat der GCF-Vorstand jedoch lediglich beschlossen, Mindestwerte für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen durch finanzielle Maßnahmen bis zum Jahr 2016 festzulegen. Eine Art „Bewertungsskala" für GCF Projekte wird bis dahin eingesetzt werden.

Kohlekraftwerke gehören nicht unter die Schirmherrschaft des GCF. Wenn der Fond seinem ursprünglichen Zweck gerecht werden will, dürfen Gelder nicht in Technologien investiert werden, die geringfügig weniger schmutzig als die schmutzigste Energiequelle sind. Finanzielle Mittel müssen vielmehr für die ökologisch und sozial vorteilhaftesten Optionen bereitgestellt werden. Der Verzicht auf die Finanzierung von Kohlekraft ist essentiell für die Integrität des GCF.

Urska Trunk

Die Autorin ist Policy Researcherin bei Carbon Market Watch.

© euranet_plus/flickr.com (by-sa 2.0)

Junckers Kommission setzt auf Jobs, Wachstum und Wettbewerb

NEUE EU-AGENDA ZUR „BESSEREN RECHTSETZUNG"

Intelligente Rechtsetzung statt Deregulierung?

Durch ihre neue Agenda zur „Besseren Rechtsetzung" will die EU-Kommission die Hürden für Veränderungen an Richtlinien und Verordnungen durch das EU-Parlament und den EU-Ministerrat erhöhen und die beiden Institutionen an ihre zehn Prioritäten für Jobs, Wachstum und Wettbewerb binden. Umwelt-, VerbraucherInnen- und Sozialverbände sehen darin eine Entdemokratisierung der EU und eine Bedrohung für Umwelt und Gesundheit.

Am 19. Mai hat die EU-Kommission ihre Vorschläge zur „Besseren Rechtssetzung" vorgestellt. Das Paket umfasst auch eine interinstitutionelle Vereinbarung, die vom Ministerrat und vom EU-Parlament bis zum Herbst verhandelt wird. Mit dieser Vereinbarung will die EU-Kommission den Ministerrat und das EU-Parlament auf eine gemeinsame Schwerpunktsetzung für mehr Jobs, Wachstum und Wettbewerb festlegen. Nach dem Willen der EU-Kommission sollen sich dadurch die Mitgliedstaaten und EU-Abgeordneten zu den zehn Prioritäten von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker verpflichten. Eine nachhaltige Entwicklung Europas, Umweltschutz oder die Gesundheit der EuropäerInnen gehören nicht zu diesen Prioritäten.

Zwar hat die EU-Kommission auf Druck des EU-Parlaments und der Umweltverbände die Verantwortlichkeit für nachhaltige Entwicklung nachträglich in den Arbeitsauftrag des obersten Vizepräsidenten der Kommission aufgenommen, die Prioritäten von Jean-Claude Juncker blieben aber unverändert. Diese präsentierte er dem Parlament am 15. Juli 2014, nur 18 Tage nachdem die Staats- und Regierungschefs ihn als Spitzenkandidaten der christlich-demokratischen, konservativen Europäischen Volkspartei als Kommissionspräsidenten bestätigt hatten. Auf die Schnelle entwickelte Juncker die Prioritäten im Dialog mit den politischen Gruppen des Europaparlaments. Sie waren aber nie Gegenstand demokratischer Verhandlungsprozesse. Auch ist es nicht Aufgabe der Kommission, die Prioritäten und politischen Leitlinien der EU festzulegen. Laut dem Lissabonvertrag ist der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs das oberste Gremium der EU. Er darf zwar keine rechtlich verbindlichen Beschlüsse fassen, besitzt aber ein Weisungsrecht.

Junckers zehn Prioritäten reduzieren den Begriff Umwelt auf Klima- und Energiepolitik – und deklassieren alle übrigen Umweltthemen als „kleine Dinge", um die sich die EU nicht vorrangig kümmern müsse. Gerade das Parlament und der Umweltministerrat haben in der letzten Legislaturperiode vehement für das siebte Umweltaktionsprogramm, das Arbeitsprogramm der EU im Umweltbereich, gestritten. Da dieses Programm für alle Institutionen verbindlich ist, muss die Kommission es zur Leitlinie ihrer Umweltpolitik machen. Deswegen dürfen Junckers politische Prioritäten in der jetzigen Form nicht als Grundlage der interinstitutionellen Vereinbarung dienen.

Deregulierung nach Wunsch der Wirtschaft

Auch wenn der erste Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans behauptet, dass das Paket der besseren Rechtsetzung und nicht der Deregulierung dienen soll, sprechen viele Indizien gegen diese Aussage. Denn Kommission, Rat und Parlament sollen laut der interinstitutionellen Vereinbarung gemeinsam darauf hinarbeiten, „auch bestehende Rechtsvorschriften zu aktualisieren und zu vereinfachen und unnötigen Regelungsaufwand für Unternehmen, Verwaltungen und BürgerInnen zu reduzieren." Die Kommission wählt – auf Grundlage der zehn Prioritäten von Juncker – die Rechtsvorschriften aus, die vereinfacht und verschlankt werden sollen. Auch wenn Rat und Parlament sich nicht zu der interinstitutionellen Vereinbarung verpflichten sollten, kann die Kommission dann als Filter für mehr Jobs, Wachstum und Wettbewerb fungieren. Alle bestehenden Gesetzgebungen, die der Wirtschaft in Europa – und nach dem Abschluss vom EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP auch der Wirtschaft in den USA – nicht passen, kann die Kommission dann aufschnüren und wirtschaftsfreundlich gestalten. Gefährdet sind insbesondere die Gesetzgebungen, die dem Umwelt- und VerbraucherInnenschutz, den Sozialstandards sowie dem Vorsorgeprinzip der EU dienen.

Machtverlust für das EU-Parlament

Die interinstitutionelle Vereinbarung führt zu einem Machtverlust des Europäischen Parlaments – der einzigen demokratisch legitimierten Institution der EU. Beispielsweise will die Kommission eine neue Folgenabschätzung einführen. Damit will sie verhindern, dass Rat und Parlament weitreichende Änderungsvorschläge – etwa für mehr Umwelt-, VerbraucherInnen- oder Sozialstandards – im Gesetzgebungsprozess machen, die der Agenda von Jobs, Wachstum und Wettbewerb entgegenstehen könnten.

Außerdem soll der geplante Ausschuss für Regulierungskontrolle noch vor dem Gesetzgebungsprozess weitreichende Mitsprache bei Folgenabschätzungen und bei der Begutachtung existierender Richtlinien haben. Die Machtfülle dieses sechsköpfigen Ausschusses, der keine demokratische Legitimation besitzt, bereitet nicht nur den deutschen Umweltverbänden Sorgen. Auch wenn der Ausschuss mit Personen besetzt werden soll, die keine Interessenskonflikte haben, darf es nicht sein, dass er über seine beratende Funktion hinaus zu Entscheidungen befähigt wird.

Neue Strukturen für Wirtschaftslobbyisten…

Das Kommissionspaket zur „Besseren Rechtsetzung" führt neben der öffentlichen Konsultation per Internet ein neues Verfahren zur Konsultation von InteressensvertreterInnen ein. Nachdem die Kommission ihren Vorschlag und die zugehörige Folgenabschätzung angenommen hat, erhalten diese Gelegenheit, innerhalb von acht Wochen dazu Stellung zu nehmen. Darüber hinaus will die Kommission eine neue Internetseite mit dem Titel „Lighten the Load – Have Your Say" einrichten. Dadurch soll jedeR InteressensvertreterIn – zusätzlich zu den Konsultationen – die Möglichkeit haben, ihre oder seine Meinung über bestehende Gesetzgebungen zu äußern: „Was sie stört, was sie zu aufwändig finden oder was ihrer Meinung nach verbessert werden muss." Die neue „REFIT-Plattform" soll die Vorschläge zur Verringerung des Regelungsaufwands sammeln, bewerten und sich zudem um „Vorschläge zur Verringerung der Verwaltungslast in Bereichen von besonderem Interesse bemühen". Das besondere Interesse ist folgerichtig durch Junckers Prioritäten von Jobs, Wachstum und Wettbewerb definiert. Da es in Brüssel zwanzigmal so viele IndustrielobbyistInnen wie UmweltlobbyistInnen gibt, ist das ein willkommenes Einfallstor für die Wirtschaft, an der Aufweichung bestehender Umweltgesetzgebungen und anderen „störenden" Gesetzesvorschriften zu arbeiten.

…unter dem Deckmantel von Transparenz

Diese neuen Mechanismen werden unter dem Deckmantel einer „verbesserten Transparenz" eingeführt. Sie ähneln den „bewährten Regelungsverfahren", wie sie von den USA in den TTIP-Verhandlungen vorgeschlagen wurden. Im vorauseilenden Gehorsam führt die Kommission nun ähnliche Verfahren ein, mit denen die Industrie ihre Gesetze selbst schreiben oder zumindest stark beeinflussen oder verzögern kann. Allerdings sind diese Mechanismen nicht Bestandteil der interinstitutionellen Vereinbarung, dem einzigen Dokument des Pakets zur „Besseren Rechtsetzung", das zwischen Rat, Kommission und Parlament verhandelt werden muss.

Darüber hinaus will die Kommission verhindern, dass Mitgliedstaaten Richtlinien ambitionierter in nationales Recht umsetzen und dadurch zusätzliche Kosten für die Wirtschaft entstehen könnten. Deshalb sind die Mitgliedstaaten zu einer direkten Umsetzung angehalten und müssen gegebenenfalls eine Folgenabschätzung über den Verwaltungsaufwand für Unternehmen, Verwaltungen und BürgerInnen durchführen und ihre Entscheidung begründen.

Vertrauenswürdige Zusammenarbeit sieht anders aus

Dass die neue EU-Kommission mit ihrem Verhalten die Grenzen der EU-Verträge testet, sehen nicht nur Umweltverbände kritisch. Bisher scheint die Kommission das Urteil C-409/13 des Gerichtshofs der EU (EuGH) zu den interinstitutionellen Beziehungen zu ignorieren. Das oberste Gericht der EU hatte am 14. April 2015 festgestellt, dass die Kommission nicht einfach einen Vorschlag zurückziehen darf, nur weil sich dessen Inhalt im weiteren Gesetzgebungsprozess durch Änderungen von Rat und Parlament zu weit von ihrem ursprünglichen Vorschlag entfernt hat. Dieses Vorgehen ist zwar laut dem Urteil möglich, die Kommission muss jedoch „im Sinne vertrauenswürdiger Zusammenarbeit" die Bedenken von Rat und Parlament, die zu den Änderungen geführt haben, berücksichtigen.

Rat und EU-Parlament dürfen nicht tatenlos zusehen, wie die Kommission ihre Machtkompetenzen ausweitet und ihre Deregulierungsagenda durchsetzt – auf Kosten des Vorsorgeprinzips, des Umwelt- und Gesundheitsschutzes und der Sozialstandards in Europa. Die EU-Politik darf nicht nur die Wirtschaft im Blick haben. Europäische Deregulierungsbemühungen auf Kosten der Belange der BürgerInnen werden den Europaskeptizismus verstärken.

Bjela Vossen

Die Autorin ist Leiterin der EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und Vizepräsidentin des Europäischen Umweltbüros (EEB).

© Gabriel/flickr.com (by 2.0)

Feuchtgebiete bilden die Existenzgrundlage von weltweit über 600 Millionen Menschen

DIE RAMSAR-KONVENTION

Wiederherstellung zerstörter Feuchtgebiete als globale Priorität

Die Ramsar-Konvention, das älteste der modernen Umweltabkommen, hat soeben seine 12. Vertragsstaatenkonferenz (COP12) vom 1.-9. Juni 2015 in Punta del Este, Uruguay abgehalten. Fazit: Im Umfeld eines wachsenden Drucks auf unsere natürlichen Ressourcen ist der wohlausgewogene Umgang mit unserem Trinkwasser und den Ökosystemen, welche uns das Trinkwasser liefern, das heißt die sogenannten Feuchtgebiete, besonders wichtig. Nach intensiven Verhandlungen verabschiedeten die TeilnehmerInnen aus 150 Ländern schließlich 16 Beschlüsse. Ausgerüstet mit einem neuen Strategieplan als Werkzeug und konkreter Beitrag zur Umsetzung der Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele der UN, konnten sie so in ihre Heimatländer zurückkehren. Damit kann eine neue und interessante Epoche der Umsetzung beginnen.

Kürzlich publizierte der wissenschaftliche Beirat der Ramsar-Konvention einen bedenklichen Bericht: „The State of the Worlds Wetlands". Darin wird aufzeigt, welche Ökosystemdienstleistungen uns Feuchtgebiete bieten – und leider auch, dass seit 1971 weltweit weitere 40 % der verbleibenden Feuchtgebiete zerstört worden sind. Das Datum hat seine Bedeutung. Denn vor 44 Jahren im Februar 1971 wurde in der iranischen Stadt Ramsar, am Rande der Kaspischen See (einem der größten Feuchtgebiete der Welt), ein neuartiges Umweltabkommen unterzeichnet, dem unterdessen 169 Staaten beigetreten sind, die sogenannte „Ramsar-Konvention". Die Vertragsstaaten des damals ersten Umweltübereinkommens erkennen die positiven Dienstleistungen der Wasserlandschaften für uns Menschen an. Darunter versteht die Konvention Flüsse, Bäche, Seen, Lagunen, Moore, Tümpel und Weiher. Auch menschgemachte Staubecken, Salzgärten, Fischteiche und bewässerte Landwirtschaftsflächen zählen dazu. Seit den 1960er Jahren fasst man diese außerordentlich produktiven Ökosysteme unter dem Sammelnamen „Feuchtgebiete" zusammen. Damals waren es Naturschützer und Vogeljäger, welche in den 1960er Jahren ein Umdenken einleiteten. Heute werden ihre Anliegen weitherum anerkannt: Feuchtgebiete, wie kaum andere natürliche oder naturnahe Lebensräume, sind unsere Quellen für eine nachhaltige Entwicklung. Im Wortsinn: Die Quellen unseres Trinkwassers und die Lebensräume, durch welche es bis in unsere Behausungen fließt, zumindest solange dieser Wasserkreislauf noch funktioniert.

Feuchtgebiete für unsere Zukunft

800 Abgeordnete aus 150 Ländern trafen sich zur COP12 der Ramsar-Konvention in Uruguay. Sie kommen alle drei Jahre zusammen, um die fortschreitende Zerstörung der Wasser-Ökosysteme und ihre schwerwiegenden und teuren Konsequenzen für die Menschheit zu besprechen und sich die nötigen Mittel zu geben, um dem entgegenzuwirken. Es war das erste Mal, dass eine Ramsar Vertragsstaatenkonferenz in Südamerika tagte. Thema: „Feuchtgebiete für unsere Zukunft", oder eigentlich für die Zukunft unserer Kinder und Enkel, wie es ein Konferenzteilnehmer etwas deutlicher ausdrückte. Rodolfo Nin Novoa, der Gastgeber und Außenminister Uruguays, begrüßte die TeilnehmerInnen mit einem Hinweis, wie wichtig diese Konferenz zur Vorbereitung der UN-Vollversammlung sei, welche später in diesem Jahr den

Entwicklungsfahrplan und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) bezeichnen wird.

In diesem Sinn war das Kernstück der Konferenz die Annahme des neuen Strategieplans 2016–2024 für den Erhalt und die wohlausgewogene Nutzung aller Feuchtgebiete, mittels lokaler und nationaler Eingriffe und internationaler Zusammenarbeit, als ein Beitrag zur weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Die Annahme des neuen Strategieplans war bis zum letzten Moment nicht garantiert. Nach intensiver, fast zweijähriger Vorarbeit durch eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Finnland und Frankreich wurde das strategische Dokument, Zielvorgaben und Indikatorenliste von den Vertragsstaaten noch einmal im kleinsten Detail unter die Lupe genommen und hinterfragt. Umso erleichteter waren aber die Delegierten, als sie sich am letzten Konferenztag, nach tagelangen Marathonsitzungen, doch noch auf eine Schlussfassung einigen konnten.

Der endgültige Beschluss legt den Vertragsstaaten einen detaillierten Fahrplan für die Koordination der Umsetzung des Strategiepapiers vor – in Zusammenarbeit mit der Biodiversitäts-Konvention und ihren Nationalen Strategie- und Aktionsplänen, mit dem Internationalen Biodiversitätsrat (IPBES) und zusammen mit den anderen Wasser-Konventionen (von Helsinki 1992 und New York 1997). Die Ramsar-Konvention hat sich über Jahre hinweg spezifische Werkzeuge erarbeitet. Davon kann sie jetzt profitieren und sie auch ihren PartnerInnen zur Verfügung stellen. Bei dieser Konferenz wurde auch eine Liste von Indikatoren zur Messung der Umsetzung des Strategieplans angenommen. Eine Liste, die während der kommenden Monate in Zusammenarbeit mit weiteren PartnerInnen, insbesondere auch mit der Internationalen Naturschutzunion (IUCN), noch weiter verbessert werden wird.

Die KonferenzteilnehmerInnen, die sich am Rande des Mündungsgebiets des La Plata trafen (für dessen Einzugsgebiet die Anrainerstaaten in einem besonderen Ramsar-Programm zusammenarbeiten), haben nun guten Grund anzunehmen, dass sich die große „Ramsar-Familie“ auf den Einsatz zahlreicher Akteure in aller Welt stützen kann, welche der fortschreitenden Zerstörung der Feuchtgebiete entgegentreten und auf ihre wohlausgewogene Nutzung hinarbeiten können. Ramsar profitiert von der aktiven Unterstützung der Programme einer Gruppe von offiziellen außerstaatlichen internationalen Partnerorganisationen. Und mit 2.200 formell ausgeschiedenen Ramsargebieten in aller Welt kümmert sich die Konvention um das größte Netzwerk geschützter Gebiete auf der Welt. Dabei kann sie sich auf solide Erfahrungen stützen, wie man nachhaltige Nutzung unter realen Umständen erarbeiten und durchführen kann. Keine leichte Aufgabe, aber eine einmalige Voraussetzung, von welcher die Ramsar-Konvention als weltweites Umweltabkommen wie kaum ein anderes profitieren kann.

Doch zusätzliche Anstrengungen sind nötig

Denn der Druck auf unsere natürlichen Ressourcen steigt weiterhin an, wie der eingangs zitierte Bericht über Feuchtgebiete deutlich zeigt. Die Vertragsstaaten machten sich daher weitere Gedanken über die nötigen Mittel für effiziente Gegenmaßnahmen. In diesem Zusammenhang wurde zum Beispiel beschlossen, schrittweise die arabische Sprache als offizielle Arbeitssprache der Konvention einzuführen. Dies ist von besonderer Bedeutung im Hinblick auf die nächste Ramsar-Vertragsstaatenkonferenz, die 2018 in den Vereinigten Arabischen Emiraten stattfinden wird. Auf der arabischen Halbinsel erfüllen Feuchtgebiete innerhalb ausgedehnter Trockengebiete (Wüsten) besonders wichtige Aufgaben, was auch in einem gemeinsamen Programm zwischen Ramsar und dem Übereinkommen zum Kampf gegen Wüstenbildung (UNCCD) angegangen wird.

Der Rahmen, wie unter Ramsar wissenschaftlich-technische Unterlagen, Ratschläge und Richtlinien erarbeitet werden, wurde nach einer eingehenden Analyse und Begutachtung erneuert und entsprechend neuerer Erkenntnisse verbessert. Für die kommenden Jahre bestehen nun hohe Erwartungen und Hoffnungen, denen der globale Expertenrat (STRP) und seine nationalen Kontaktpersonen durchaus gewachsen sind. Zusätzlich zu den aktiven fünfzehn regionalen Initiativen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, haben sich drei weitere Regionen angemeldet mit Plänen zur Zusammenarbeit im Amazonasbecken, in Zentralasien und der Indo-Burmesischen Region.

Bemerkenswerte Resolution

Im Hinblick auf die große Klimakonferenz Ende 2015 in Paris (COP21) und ihre Vorbereitungstagung, welche zeitgleich mit der Ramsar COP12 in Bonn stattfand, ist die Verabschiedung einer Resolution über Torfgebiete, Klimawandel und ihre wohlausgewogene Nutzung bemerkenswert. Nach langen und zähen Verhandlungen gelang es den Vertragsstaaten sich auf einen Text zu einigen, der die nötige Zusammenarbeit mit der UN-Rahmenkonvention zum Klimaschutz (UNFCCC) und den bedeutenden Beitrag, den Torfgebiete zur Kohlenstofffixierung leisten können, unterstreicht. Dies gilt sofern diese Torflagerstätten nicht ausgetrocknet und abgetorft werden, weiterhin Wasserressourcen zurückhalten und besonderen Lebewesen als Lebensraum dienen. Jedes Land wurde aufgefordert, mit Hilfe mindestens eines Ramsargebiets die entsprechenden physikalischen Zusammenhänge mit didaktischen Ausstellungen, Besucherzentren und Weiterbildungskursen der Bevölkerung vor Augen zu führen. Denn Torfgebiete bedecken zwar nur 3 % der Landfläche auf der Erde, bewahren aber mehr Kohlenstoff als alle Wälder zusammen genommen. Die Umweltminister der Nordischen Länder haben in diesem Sinn eine gemeinsame Deklaration an die Ramsar Vertragsstaaten gesendet und ein spezifisches Grundsatzpapier rechtzeitig zur Ramsar COP12 veröffentlicht. Mit den weiteren verabschiedeten Resolutionen, zeigt diese Konferenz einmal mehr wie es den Staaten gelang, ihr Instrument an die Bedürfnisse der Zeit anzupassen.

Dr. Tobias Salathé

Der Autor ist ein Feuchtgebietsexperte, der seit 1999 als Europakoordinator am Sekretariat des Ramsar Übereinkommens arbeitet. Vorher war er im Mittelmeergebiet als Experte für die Europäische Kommission und als Programmkoordinator für BirdLife International tätig.

Mehr Einzelheiten online auf:
http://www.iisd.ca/ramsar./cop12/

WER SOLL DAS ALLES WIE BEZAHLEN?

UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung

Mit der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung vom 13. bis 16. Juli in Addis Abeba wird der Reigen der Konferenzen eröffnet, die über die Zukunft des Planeten entscheiden sollen. Die Frage, wie die Bemühungen um eine sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigere und gerechtere Welt bezahlt werden sollen, wird vorangestellt – noch vor die Verabschiedung der Sustainable Development Goals im September bei der UN-Generalversammlung in New York und vor die Klimakonferenz im Dezember in Paris. Doch bereits beim Thema Geld scheiden sich die Geister.

Schätzungen der Handels- und Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen (UNCTAD) zufolge, müssten jährlich 3,9 Billiarden US-Dollar investiert werden, damit die Entwicklungsländer zwischen 2015 und 2030 die wichtigsten Nachhaltigkeitsziele erreichen könnten – 2,5 Billionen US-Dollar indes fehlen. Richten, so heißt es oft, könne man das unter anderem durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Privatsektor.[1] Wirklich? Walter Gelens, Generalsekretär des Unternehmerverbandes „Private Investors for Africa" jedenfalls legt Wert auf Deutlichkeit. „Wir sind Partner für Entwicklung, aber keine Entwicklungspartner", so Gelens bei einem „Public Hearing" zum Thema Entwicklungsfinanzierung, zu dem das Europäische Wirtschafts- und Sozialkomitee (EESC) am 18. Mai in Brüssel geladen hatte. Will heißen: Dem Mann gehen die Anforderungen an den Privatsektor als Akteur in den neuerdings vielbeschworenen globalen Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung manchmal ein bisschen zu weit. „Wir können zwar unterstützen, aber wir sind letztlich da, um Geschäfte zu machen", so Gelens. Damit weiß der Unternehmervertreter sich in seltener Einigkeit mit Nichtregierungsorganisationen, die den allzu starken Fokus auf öffentlich-private Partnerschaften als Allheilmittel für nachhaltige Entwicklung skeptisch betrachten. Nur wenn die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor an klare Richtlinien, wie an Menschenrechtsstandards, Transparenz oder ILO-Arbeitsnormen gebunden ist, sei sie akzeptabel, so die Forderung. Auf keinen Fall dürfe sie dem Staat als Vorwand dienen, seine Rolle als verantwortlicher Akteur für Entwicklung zu vernachlässigen.

Einer zeigt auf den Anderen

Geht es um Geld für Entwicklung, so scheint es, zeigt jeder ein bisschen mit dem Finger auf den Anderen. Beispiel: Das alte Thema öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Aid, ODA). „Die EU drängt darauf, dass die Mitgliedsstaaten sich in Addis Abeba zum längst versprochenen Ziel bekennen, 0,7 % des Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe auszugeben", sagt EU-Entwicklungskommissar Neven Mimica. Doch entscheidend sei das nicht. „Wir brauchen gute Politiken", so Mimica, „dann brauchen wir auch weniger Geld. Umgekehrt können wir noch so viel Geld bereitstellen – das nützt alles nichts, wenn schlechte Politik gemacht wird."

Dagegen lassen VertreterInnen der Südländer keinen Zweifel daran, wie wichtig ihnen das Bekenntnis zur ODA-Quote ist, um in Addis am Verhandlungstisch zu bleiben. Unterstützt werden sie dabei etwa vom Verband der europäischen Nichtregierungsorganisationen, CONCORD oder der deutschen Kampagnenorganisation ONE, die fordern, dass das 0,7 %-Ziel spätestens 2020 erfüllt sein soll (ursprüngliches Zieljahr war 2015). Der EU-Ministerrat hatte Ende Mai das Jahr 2030 als Zieljahr gefordert. Die vom EU Kommissar genannten „guten Politiken" müssten auch von den Industrieländern selber kommen, fordern darüber hinaus EntwicklungsexpertInnen wie Debapriya Bhattacharya aus Bangladesch. „Heimische Ressourcen in den Entwicklungsländern zu mobilisieren, etwa vermehrte Steuereinahmen, ist allein nicht ausreichend", so Bhattacharya. „Wir brauchen eine Reform globaler Finanzsysteme. Auch die Banken dürfen nicht weiter unser Geld stehlen." Und natürlich müsse auch die EU in ihrem eigenen Haus aufräumen, wenn es darum geht, Steuer- und Kapitalflucht aus Entwicklungsländern zu vermeiden.

Lieber einheimische Unternehmen fördern

„Fraglich" findet der Europäische Wirtschafts- und Sozialfonds die Bedeutung Ausländischer Direktinvestitionen (FDI) für nachhaltige Entwicklung. So habe FDI in Entwicklungsländern in 2013 insgesamt 778 Milliarden US-Dollar betragen, doch nur 2 % davon gingen in die ärmsten Länder. Besser sei es daher, einheimische sowie kleine und mittelständische Unternehmen zu fördern und ihnen verbesserten Zugang zu Krediten zu verschaffen.

Letztlich allerdings nützen alle Geldquellen – ob nun klassischer oder „innovativer" Art – nichts, wenn sie nicht sinnvoll eingesetzt werden. Ein „geeignetes System zur Überwachung und Rechenschaftspflicht" mit Blick auf die Entwicklungsfinanzierung wird auch im Anfang Mai publizierten Europäischen Entwicklungsbericht 2015 gefordert. Wie das aussehen soll, darüber allerdings wird noch kräftig gebrütet. Es wird viel zu diskutieren geben, in Addis.

Monika Hoegen

Die Autorin ist entwicklungspolitische Fachjournalistin.

1 Siehe auch Rundbrief 1/2015, Marie-Luise Abshagen: Eine Agenda für wen? Risiken und Nebenwirkungen einer Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft in der Entwicklungspolitik, S. 25-26..

NEUE VORSCHLÄGE FÜR TTIP

Und sie bewegen sich doch nicht!

Das transatlantische Handelsabkommen TTIP ist derzeit in aller Munde. Die Debatte bewegt mittlerweile nicht nur Deutsche, sondern die Protestwelle gegen TTIP ist auch über den Rest von Europa geschwappt. Die selbstorganisierte europäische BürgerInneninitiative „Stop TTIP" hat mittlerweile 2,1 Millionen Unterschriften gesammelt und UnterstützerInnenorganisationen aus allen Mitgliedstaaten tragen die Kampagne mit. Derweil wappnet sich allerdings auch die Gegenseite zum Schlagabtausch. Wo zunächst Wohlstand und Wachstum als Hauptargument für TTIP vorgetragen wurden, soll das Abkommen jetzt die Chance für die Setzung von globalen Standards bergen. Auch das heiße Eisen der Investor-Staat-Klagerechte (ISDS) soll vermeintlich reformiert und somit entschärft werden. Es wimmelt nur so von Vorschlägen, die sich allerdings bei genauerem Hinsehen lediglich als Nebelkerzen entpuppen. Unterm Strich ist klar: Es bewegt sich also doch nichts.

Im April trafen sich die VerhandlerInnen zur neunten Runde in New York. Aber trotz intensiver Gespräche sind die Verhandlungen weit davon entfernt, gegen Ende diesen Jahres (wie es Kanzlerin Angela Merkel gerne hätte) oder Mitte nächsten Jahres abgeschlossen zu werden (wie es die Kommission als Zielvorgabe ankündigt). Wie Kabelberichte zeigen, unterbreiten beide Seiten Vorschläge, ohne wirklich voranzukommen. Beispielsweise lehnen die USA einen vollständigen Zollabbau für Textilien und Schuhe ab, was vor allem die ItalienerInnen ärgern dürfte. Führt doch die italienische Regierung dieses Argument in der öffentlichen Diskussion gerne ins Feld. Sie verspricht, dass der italienische Schuhexport in die USA mit TTIP geradezu explodieren würde. Immerhin signalisieren die USA, sie könnten bei Schuhen noch ein besseres Angebot machen – außer bei Turnschuhen, das seien „sensible Produkte". Das bedeutet nichts anderes, als dass der Markt für dieses Produkt nicht im vollen Umfang geöffnet werden muss und die Zölle nicht so stark gesenkt werden. Ein Glück, dass Italiens Schuh-Produktpalette nicht wirklich auf Turnschuhe spezialisiert ist. Des Weiteren wird über die verschiedensten Bereiche diskutiert und werden wahllos Angebote unterbreitet, die die Gegenseite dann abschmettert. Dabei geht es keineswegs nur um die in der Öffentlichkeit besonders umstrittenen Fragen wie ISDS (derzeit ausgenommen von den Verhandlungsrunden) oder Lebensmittelstandards.

ISDS im Zentrum der Kritik

Auf der öffentlichen Bühne wird derzeit wiederum mit aller Kraft versucht, das Projekt der größten Handelszone der Welt zu retten. Im Zentrum der öffentlichen Kritik steht nach wie vor das Investor-Staat-Klagerecht. Dieser Kritik versuchen die TTIP-BefürworterInnen der Politik mit kosmetischen Reformvorschlägen zu begegnen, die aber nicht den Kern der Problematik angehen: ISDS bleibt weiterhin eine parallele Rechtsstruktur, die eine Bevorzugung ausländischer Investoren durch den exklusiven Zugang zu diesem parallelen Rechtssystem vorsieht. Keiner der Reformvorschläge sieht ein Ende des einseitigen Systems vor, in dem nur Investoren Staaten verklagen können, nicht anderes herum. Dies ist eng verknüpft damit, dass die Investitionsschutzverträge stets nur Investorenrechte festschreiben, aber keine Pflichten einfordern. Weder die Kommission noch die europäischen Sozialdemokraten oder der Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel bewegen sich somit mit ihren Vorschlägen in eine Richtung, die eine Überwindung dieser Kernprobleme zur Folge hätte und eine zielführende Reform im Sinne der europäischen BürgerInnen einläuten könnte.

Vortäuschung von Wirtschaftswachstum

Auch der Schwenk des Wirtschaftsministers von der TTIP-Werbung der vielen Arbeitsplätze und des Wachstums hin zu globalen Standards mit TTIP ist wenig überraschend und doch irreführend. Die Zahlen, die bisher im Raum standen über die vermeintlichen positiven Effekte von TTIP mussten zu Beginn des Jahres revidiert werden und brachten nicht nur die Kommission sondern auch beispielsweise den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Verlegenheit. Es ist ja noch nicht mal möglich das Wirtschaftswachstum des nächsten Jahres korrekt zu prognostizieren, geschweige denn die Effekte von TTIP für die nächsten 10 Jahre. Ein neues Argument muss her. Also soll TTIP helfen, Standards für den Rest der Welt zu setzen. ExpertInnen wissen aber: Mechanismen der globalen Standardsetzung, beispielsweise Mindeststandards für Lebensmittelsicherheit im Agrarbereich, den Codex Alimentarius, gibt es längst. An ihnen gibt es bereits viel zu kritisieren und sie funktionieren oftmals nicht reibungslos, weil die USA sich in einigen globalen Gremien querstellen. TTIP wird uns dabei nicht weiterhelfen. Das Handelsabkommen ist lediglich Instrument einer umfassenden Deregulierung im Sinne der globalen Konzerne, nicht aber zur Völker- und KonsumentInnenverständigung gedacht.

Nelly Grotefendt

Die Autorin ist Referentin für internationale Handelspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

WÄLDER SCHONEN – VERBRAUCH SENKEN

Bericht vom 6. Workshop der Dialogplattform Wald

Zum vorerst letzten Workshop der Dialogplattform Wald kamen wieder zahlreiche Akteure aus unterschiedlichen Bereichen – diesmal nach Tangermünde an der Elbe. Die TeilnehmerInnen informierten sich darüber, wie eine Übernutzung von Wäldern vermieden werden könne und dem Problem der Rohstoffknappheit durch die Verringerung des Verbrauches zu begegnen wäre.[1]

Den START machten Vertreter der Forstwirtschaft in Sachsen Anhalt und vom Deutschen Forstwirtschaftsrat, die darlegten, wie im Rahmen einer nachhaltigen Waldnutzung Übernutzungen vermieden werden könne. Denn angesichts des Booms von Energieholz und sich häufender Einzelfälle von Kahlschlägen und intensivem Holzeinschlag herrscht die Sorge einer drohenden Übernutzung vor.

Wolfhardt Paul vom Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt stellte die Bewirtschaftung des Landeswaldes vor. Im waldarmen Bundesland würden viele Kiefernforste aber auch einige Eichenwälder bewirtschaftet. Auf stetig wachsende Holzvorräte werde Wert gelegt, gleichwohl führe die vom Land erwartete Gewinnabführung in Höhe von 3–4 Millionen Euro pro Jahr zu einer Knappheit unter anderem beim Personal. Eine weitere Folge sei die umfangreiche Mechanisierung, bei der trotz einiger Vorsichtsmaßnahmen Bodenschäden nicht auszuschließen seien. Dennoch bemühe man sich beim Waldumbau um die Förderung von artenreicheren Mischbeständen.

Nachhaltige Waldnutzung

Dr. Markus Ziegeler vom Deutschen Forstwirtschaftsrat (DFWR) stellte das Bemühen um eine sorgsame, nachhaltige Waldnutzung in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Ein Nutzen der Ressource Wald könne nicht nur das Erreichen von Rohstoff- oder Wertschöpfungszielen, sondern auch von Klimaschutz-, Erholungs- oder Naturschutzzielen sein. Dass Rohstoff- und Naturschutzziele miteinander konkurrieren, sei ebenso klar wie der Wunsch von Waldeigentümern, für die Erbringung von Waldfunktionen honoriert zu werden.

Peter Lohner vom Bundeslandwirtschaftsministerium betonte in seinem Vortrag, dass angesichts steigender Ansprüche darauf geachtet werden müsse, dass die Holzentnahme nicht beliebig gesteigert werden könne. Angesichts der bestehenden Knappheit müsse man auch über effizientere Verwendung und Einsparungen nachdenken. Ein gutes Beispiel hierfür sei die Kaskadennutzung von Holz, welches nach der stofflichen Verwendung recycelt und später immer noch energetisch verwendet werde.

Karl-Friedrich Weber vom BUND Niedersachsen bemängelte, dass sich die aktuelle Forstwirtschaft und der Umgang mit Holz viel zu wenig an den natürlichen Prozessen und Eigenheiten der Waldökosysteme orientierten. Zwar würde stets betont, wie wichtig der Schutz der biologischen Vielfalt sei. In der Praxis sei die Harmonie zwischen ökologischen und ökonomischen Zielen in der Waldwirtschaft aber eine Illusion, von der man sich allzu oft verabschieden müsse.

Einsparung von Holz und Papier

Das Thema Einsparung von Rohstoffen war Schwerpunkt des Vortrages von Evelyn Schönheit vom Forum Ökologie und Papier. Gerade beim Thema Papier bestünden riesige Einsparpotentiale. Hier könnten die durchaus realisierbaren Einsparziele etwa bei grafischen Papieren zu geringerem Holzverbrauch führen und damit mehrere Millionen m^3 Holz einsparen. Auch im Bereich Paletten gebe es großes Vermeidungspotential, denn der Großteil der über 90 Millionen Holzpaletten, die in Deutschland jährlich hergestellt werden, würde nur einmal verwendet.

Susanne Köppen vom IFEU Institut Heidelberg verdeutlichte, warum die stoffliche und möglichst langlebige Verwendung von Holz aus ökologischer Sicht absoluten Vorrang genießen sollte. Die Aufwendungen zur Herstellung der Produkte müssen dann weniger häufig erfolgen, wodurch sich die Vorteilhaftigkeit von Holz gegenüber anderen Werkstoffen weiter verbessere.

Besuch eines Zellstoffwerks

Zum Abschluss hatten die TeilnehmerInnen Gelegenheit, das große Zellstoffwerk der ZS Stendal bei Arneburg zu besichtigen. Alleine in diesem Werk werden jährlich etwa 3 Millionen Festmeter Holz zu Langfaserzellstoff verarbeitet. Wegen der Konkurrenz zum Energieholz müssen inzwischen nennenswerte Holzmengen aus größerer Entfernung importiert werden. Neben dem Zellstoff wird vor allem Strom aus dem Reststoff der Produktion erzeugt. Etwa die Hälfte kann ins öffentliche Netz eingespeist werden. Die ZS Stendal ist damit das größte Biomassekraftwerk Deutschlands.

Die anregenden Gespräche und die konstruktive Diskussion zwischen den verschiedenen Akteuren waren einmal mehr ein Beleg dafür, dass die Dialogplattform Wald einen wichtigen Beitrag dazu leistet, die Debatte um die beste Form der Wald- und Holznutzung in Deutschland voranzubringen.

László Maráz

Der Autor ist Koordinator der Dialogplattform Wald beim Forum Umwelt und Entwicklung.

1 Dieser Bericht gibt lediglich eine Auswahl von Eindrücken des Verfassers wieder.

© Martha de Jong-Lantink/flickr.com (by-nc-nd 2.0)

Wie sollen lokale Märkte mit hoch subventionierten Billigimporten aus der EU konkurrieren?

DIE EPA-VERHANDLUNGEN IN 2014 UND HEUTE

Eine Bestandsaufnahme

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs – Economic Partnership Agreement) bezeichnen die Freihandelsabkommen, welche die EU mit den 78 Ländern Afrikas, der Karibik und dem pazifischen Raum auf der Grundlage des Cotonou-Abkommens verhandelt. Zum Kernpunkt der EPAs gehören die Regeln und der Zeitplan für die Marktöffnung der AKP-Länder gegenüber Gütern aus der EU. Darüber hinaus sollen Verhandlungen zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors, der Investitions-, der Wettbewerbsregeln und des öffentlichen Beschaffungswesens durchgeführt werden. Die EPAs sollen angeblich die Kompatibilität mit den WTO-Regeln gewährleisten, welche durch die nicht reziproken Handelspräferenzen der Lomé-Abkommen (1975–2000) verletzt werden.

Im Jahr 2014 überschlugen sich die Ereignisse im Hinblick auf die EPA-Verhandlungen. Waren die Verhandlungen zwischen 2008 und 2013 noch blockiert[1], ging ab Mitte 2014 alles sehr schnell: Kamerun ratifizierte das bereits 2009 unterzeichnete Interimsabkommen mit der EU, das von der EU als Zentralafrika-EPA dargestellt wird und die drei EPA-Regionen Westafrika (ECOWAs+Mauretanien), Ostafrika (EAC) und Südliches Afrika (SADC) paraphierten nacheinander die umfassenden Abkommen über Warenhandel. In Westafrika sollen seit Dezember 2014 sogar elf der sechzehn Mitglieder dieser Region das EPA unterzeichnet haben. Bis jetzt hat sich keine der elf betroffenen Regierungen getraut, offiziell mitzuteilen, die EPAs unterzeichnet zu haben. Dies hat zur Folge, dass die Situation der gesamten Region unübersichtlich erscheint und die Vorbereitungen der Ratifizierung im EU-Parlament erschwert.

Die SADC- und EAC-EPAs gehen hingegen etwas langsamer. Die Endfassungen und Überprüfung der Texte stehen noch aus, bevor die Unterzeichnung vollzogen wird. Was Westafrika angeht, hat das EU-Parlament bekannt gegeben, dass der Ratifizierungsprozess im EU-Parlament nicht erfolgen kann, solange der Unterzeichnungsprozess nicht abgeschlossen ist.

EU-Kommission unter Druck

Seitdem die für den 31. Dezember 2007 für den Abschluss der EPA-Verhandlungen gesetzte Frist überschritten wurde, steht die EU-Kommission unter starkem Druck der Mitgliedsstaaten, die letztlich für die Verhandlungen zahlen. Es sollten so schnell wie möglich zufriedenstellende Ergebnisse vorgewiesen werden, auch wenn es ab 2012 unter den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten einzelne Stimmen zum Aussetzen der EPA-Verhandlungen aufgrund ihrer Belastung für die EU-Afrika-Beziehung gab. Als Alternative lag der Vorschlag der afrikanischen Union vor, eine afrikanische Freihandelszone zu errichten. Doch der Druck anderer EU-Länder zum Abschluss der EPAs war zu groß. Mit der Marktzugangsreform der EU-Kommission von 2012 der EU-Kommission, als Versuch die afrikanischen Länder zur Unterzeichnung zu bewegen, sahen sich die verschiedenen EPA-Regionen, genauer gesagt die Schlüsselländer[2] in diesen Regionen, gezwungen, ihr jeweils regionales Abkommen zu paraphieren, um ihren präferentiellen Marktzugang zur EU nicht zu gefährden. Dies wurde von der EU-Kommission als voller Erfolg verbucht. Nicht nur konnte sie Bewegung in die erstarrten Verhandlungen bringen, sondern auch einige strittige Punkte für sich bestreiten. So verspricht sie Kompensationen für den Verlust der staatlichen Ein-

nahmen, ohne aber eine formale Verpflichtung über das hinaus zu geben, was das Cotonou-Abkommen und der Europäische Entwicklungsfond (EDF) bereits als finanzielle Leistungen garantieren. Und auch im Bereich der Menschenrechte konnte sie einige Dispositionen der umstrittenen Nichterfüllungsklausel, welche die Umsetzung der demokratischen und Menschenrechtsstandards hätte gewährleisten sollen, durch das Regelwerk streuen, was einigen Fraktionen im EU-Parlament gefällt. Angesichts der Tatsache, dass diese Klausel von einer Mehrheit der interessierten Öffentlichkeit in Westafrika aus guten Gründen abgelehnt wurde, ist dies als Erfolg zu verbuchen.

Afrikanische EPA-Regionen geben sich selbstbewusst

Doch auch die Regierungen afrikanischer Länder haben es ihrerseits verstanden, die Punkte herauszustellen, welche aus ihrer Sicht als Erfolge gelten. Südafrika beispielsweise steht laut seinem Handelsminister Rob Davies besser da als unter dem Trade, Development and Cooperation Agreement (TDCA), das 2004 zwischen der EU und Südafrika geschlossen wurde. Insbesondere hinsichtlich der Exportsteuern, die nun erhöht werden dürfen, und der 32 Agrarprodukte, die Südafrika nun in die EU exportieren darf. Außerdem sollen die Mengen für zollfreien Wein erhöht werden. Südafrika erhofft sich daraus die Entstehung zusätzlicher Arbeitsplätze im Agrarbereich. Der namibische Handels- und Industrieminister Calle Schlettwein wiederum betonte die zufriedenstellenden Ergebnisse, unter anderem in Bezug auf die viel diskutierte Meistbegünstigungsklausel. Diese beinhalte nicht, wie von der EU erwünscht, dass alle ökonomischen Vorteile, die die SADC einer anderen wirtschaftlich starken Nation gewährt, automatisch auch für die EU gelten sollen. So habe sich die Region weitere Optionen für zukünftige Süd-Süd-Kooperationen bewahrt. Der Eindruck, dass diese Darstellungen gegenüber den eigenen Parlamenten und der Öffentlichkeit sehr selektiv sind verfestigt sich, wenn man mit Unterhändlern dieser Region spricht. Sie sehen die Ergebnisse weniger euphorisch als die Minister. Vor allem sind, sie sehr skeptisch im Blick auf die Umsetzung dieses Regelwerkes. Was die Minister beider Regierungen und anderer SADC-Länder gerne verschweigen, ist die Frage nach der Zukunft der SADC: Was wird aus der regionalen Integration in der SADC angesichts der durch die EPAs entstandenen Gefahren? Wird das Inkrafttreten des „SADC-EPAs“ nach der Definition der EU nicht das Ende aller Regionalintegrationsprozesse der „afrikanischen“ SADC bedeuten?

Ein Vergleich mit anderen afrikanischen Regionen bestätigt die Selektivität der Darstellung der Handelsminister aus Namibia und Südafrika. In Westafrika zum Beispiel gewinnt man den Eindruck, dass keine Regierung sich traut, die Unterzeichnung der EPAs offiziell zu kommunizieren, geschweige denn Gründe zu erwähnen, warum die EPAs plötzlich gut sein sollten. Der letzte, gerade geschiedene nigerianische Handelsminister Olusegun Aganga erklärte, es klinge vielversprechend, dass die EU der ECOWAS und Mauretanien 100 % Zugang zum EU-Markt gewähre, während die westafrikanische Region selbst mit ihren 300 Millionen KonsumentInnen zum jetzigen Zeitpunkt „nur“ eine graduelle Marktöffnung von 75 % über 20 Jahre umsetzen muss. In der Praxis sei dieses Abkommen jedoch nicht im Interesse der nigerianischen Wirtschaft, die nicht viel nach Europa zu exportieren hat. Die nigerianische Marktöffnung für die EU dagegen beeinträchtige die Entwicklung des eigenen industriellen Sektors, da dieser trotz seines großen Potenzials noch nicht konkurrenzfähig sei. Weitere Folgen seien der Verlust von Staatseinnahmen und Arbeitsplätzen. Dies gilt auch für Länder der Region, die dem Druck der EU nicht standhalten konnten.

Zivilgesellschaft soll kritisch bleiben

Noch schwerer als die Regierungen Westafrikas tun sich zivilgesellschaftliche Organisation, sowohl in den afrikanischen EPA-Regionen als auch in Europa, damit, den EPAs etwas Positives abzugewinnen. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich sehr stark für den Widerstand der afrikanischen Länder gegenüber der EU eingesetzt. Zum Teil ist die kritische Haltung der Regierungen bei vielen strittigen Themen auf sie und ihre Expertise zurückzuführen. Trotzdem fällt es vielen Organisationen nicht leicht, die eigenen Erfolge hervorzuheben. Vielmehr macht sich ein Gefühl der Niederlage breit, was in einer Art Demobilisierung Ausdruck findet. Zudem messen sich viele Akteure nach wie vor an dem ganz zu Beginn der Kampagne gegen die EPAs selbst formulierten Anspruch: Mit vereinten Kräften die EPAs verhindern. Für viele dieser Organisationen ging es nie darum, durch Konzessionen der EU-Kommission ein „besseres“ Abkommen zu erreichen, sondern durch das Scheitern der EPA-Verhandlungen ein neues Kapitel der Beziehungen zwischen Europa und Afrika einzuleiten, das das Ende der neokolonialen Durchdringung festschreibt. An dieser Grundorientierung gilt es angesichts der bevorstehenden Ratifizierungsprozesse festzuhalten.

Die EU-Kommission ist froh, nach zehn Jahren zäher Verhandlungen, nun aus ihrer Perspektive zufriedenstellende Ergebnisse präsentieren zu können, während sich die afrikanischen Regierungen schwer tun, die unter Druck zustande gekommenen regionalen Abkommen zu verteidigen. Für die Zivilgesellschaft in Afrika und in Europa gilt nun, sich auf ihre starken Momente während der Verhandlungen zu besinnen, um durch die Mobilisierung der VolksvertreterInnen eine Ratifizierung dieser Abkommen zu verhindern.

Dr. Boniface Mabanza

Der Autor ist Koordinator der Kirchlichen Arbeitstelle Südliches Afrika in der Werkstatt Ökonomie/Heidelberg.

1 Abgesehen vom ESA-Interimsabkommen, das 2013 von Simbabwe, Mauritius, den Seychellen und Madagaskar und ohne Sambia und Malawi unterzeichnet wurde.

2 Ghana und die Elfenbeinküste in Westafrika, Kenia in Ostafrika, Botswana und Namibia im Südlichen Afrika.

© Hans-Christoph Neidlein

Solarbetriebener Friseursalon im Bergdorf Laka im Südwesten Äthiopiens

SOLAR-FRISEUR KOMMT GUT AN

Solarstrom bringt Licht in Äthiopiens Dörfer und hilft Jobs und Einkommen zu schaffen

Vierzig Kilometer außerhalb von Arba Minch ist vorerst Schluss. Die Stollenreifen der Pick-ups drehen sich nur noch im Schlamm. Selbst kräftige Männerarme und untergelegte Holzbohlen können nicht mehr weiterhelfen. Sintflutartige Regenfälle haben die Straße in das Bergdorf Laka im Südwesten Äthiopiens über Nacht in einen reißenden Fluss verwandelt und einen Erdrutsch ausgelöst. Am frühen Morgen geht es dann zu Fuß weiter, gut 20 Kilometer die sattgrünen Hänge hinauf. Zwei Pferde tragen schwer an den Handwagen, Solarmodulen, Batterien und Kühlboxen.

Rechtzeitig vor der Dämmerung ist Laka erreicht: Mit Schilfgras bedeckte Rundhütten, Lehmhäuser und etliche Buden. Nachts gehen hier nur wenige Lichter an. Denn wie die meisten Dörfer in Äthiopien ist auch das rund tausend Einwohner zählende Laka nicht an das Elektrizitätsnetz angeschlossen. Die wenigen, die es sich leisten können, setzen bisher meist auf teure Dieselgeneratoren, um Strom zu erzeugen. Doch das beginnt sich nun zu ändern: Strom aus netzunabhängigen Solaranlagen mit integrierter Batterie, sogenannte Off-Grid-Photovoltaik, ist in den vergangenen Jahren auch in Äthiopien erschwinglicher geworden.

Solarstrom günstiger als Dieselgenerator

Netzunabhängiger Solarstrom sei mit rund 9,53 Birr (44 Eurocent) pro Kilowattstunde deutlich günstiger als Strom aus Dieselgeneratoren mit rund 30,7 Birr (1,41 Euro), sagt Engidaw Abel Hailu, der Manager des Solarkompetenzzentrums an der Arba-Minch-Universität. Die Preise für Solaranlagen mit einer Leistung von 60 Watt seien innerhalb eines Jahres von ca. 20.000 Birr (916 Euro) auf rund 12.000 Birr (550 Euro) gefallen. Das ist allerdings immer noch deutlich mehr, als viele Menschen in Äthiopien jährlich verdienen. Laut der Weltbank lag das jährliche durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im vergangenen Jahr bei 324 Euro.

Die in Handwagen integrierten solaren Off-Grid-Systeme, die die acht Elektrotechnikingenieure aus Arba Minch im Zentrum von Laka aufbauen, sind deshalb gezielt für kleine Gewerbe konzipiert: Einen Friseursalon, eine Ladestation für Mobiltelefone plus Verleih von LED-Solarlampen sowie eine Cafeteria mit Kühlbox und Fernsehen. „Sie sollen sich innerhalb einer überschaubaren Zeit refinanzieren und Einkommen schaffen“, erklärt Hailu. Das Interesse in Laka ist groß. Trauben von bunt gekleideten Einheimischen scharen sich um die etwas exotisch aussehenden „Solarwagen“.

Die lokalen JungunternehmerInnen, die zuvor von den Studierenden im Umgang mit der Solartechnik und in betriebswirtschaftlichen Grundlagen geschult worden sind, kommen mit dem Haareschneiden und -glätten, dem Ausschenken von gekühlten Getränken und dem Aufladen von Handys kaum nach. Die Universität

hat ihnen die mobilen Solarsysteme zur Verfügung gestellt. Innerhalb von zwei Jahren müssen sie abbezahlt werden, mit einer monatlichen Rate von 1000 Birr, insgesamt also 24.000 Birr (1099 Euro). „Unsere ersten Erfahrungen in Laka zeigen, dass das aufgrund der starken Nachfrage realistisch kalkuliert und möglich ist", erzählt Hailu bei der Rückkehr nach Arba Minch.

Dauerhaft Einkommen generieren

Die Initiative ist Teil des Projekts Applied Entrepreneurship Education Programme (AEEP), in dem die Universität von Arba Minch mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Neu-Ulm und dem Off-Grid-Systemanbieter Phaesun GmbH aus Memmingen zusammenarbeitet. „Wir wollen Kleinunternehmer mittels netzferner Solarsysteme dabei unterstützen, dauerhaft Einkommen zu generieren und so in ländlichen Regionen Kaufkraft zu schaffen", sagt Phaesun Geschäftsführer Tobias Zwirner zu den Motiven der Mitarbeit. Die mittelständische Memminger Firma, die schon seit längerem in Afrika tätig ist, hat das Konzept BOSS entwickelt. BOSS steht dabei für Business Opportunities with Solar Systems. Kofinanziert wird das Projekt durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Seit diesem Sommer entwickeln 50 Elektrotechnikstudierende in Arba Minch Geschäftsideen und -pläne zur Existenzgründung mit Off-Grid-Photovoltaiksystemen. Sie werden nun in Laka und anderen umliegenden Dörfern erprobt und sollen unter anderem über Franchise-Modelle neue Jobs in den ländlichen Regionen schaffen.

Mit einem Rural Electrification Fund (REF) fördert auch die äthiopische Regierung die dezentrale Stromerzeugung, „vor allem von netzunabhängigen Photovoltaikanlagen", wie Sahele Tamiru Fekede vom Energieministerium in Addis Abeba erklärt. Kredite mit einer Laufzeit von fünf bis sieben Jahren und einem Zinssatz von 7,5 % würden an öffentliche Einrichtungen, Mikrofinanzinstitutionen, Haushalte und kleine Gewerbetreibende vergeben. Der geforderte Eigenkapitalanteil für KleinunternehmerInnen liege bei 30 %, zudem müssten Sicherheiten hinterlegt werden. Als Treuhänder des Fonds fungiere die äthiopische Entwicklungsbank, die dafür 2012 von der Weltbank eine erste Tranche von 20 Millionen US-Dollar erhalten habe, so Fekede. Zehn Millionen US-Dollar seien bisher genehmigt, beziehungsweise ausbezahlt worden.

Laut Engidaw Abel Hailu sind mit Hilfe des Fonds bisher dezentrale Solaranlagen in 100 ländlichen Schulen, 200 Gesundheitsstationen und Krankenhäusern sowie 600 Haushalten gefördert worden. Private KleinunternehmerInnen seien allerdings noch weitgehend leer ausgegangen. „Sie tun sich oft auch bei Mikrokrediten schwer, die mit Zinssätzen zwischen 10 und 15 % vergeben werden", sagt Hailu. Denn neben einem Eigenanteil müsse meist auch ein Eigentumsnachweis von einem Grundstück und Haus erbracht oder zumindest eine registrierte Adresse nachgewiesen werden. Das könnten jedoch viele nicht.

Ambitionierte Ausbaupläne für Erneuerbare

Insgesamt sind bisher laut offiziellen Angaben Solarstromanlagen mit einer Leistung von rund 5,3 Megawatt in Äthiopien installiert, davon 13.200 netzunabhängige Systeme. Die Ausbaupläne für die kommenden Jahre sind ambitioniert. Bis zum Jahr 2020 sollen laut Ministeriumsvertreter Fekede vor allem netzgebundene Solarstromanlagen mit einer Leistung von mindestens 300 Megawatt installiert sein sowie Windkraftanlagen mit einer Leistung von mindestens 900 Megawatt.

Im Oktober vergangenen Jahres wurde im Nordosten des Landes, in Ashegoda, der mit 120 Megawatt größte Windpark Afrikas in Betrieb genommen. Wenn der zweite Bauabschnitt des Adama-Windparks südlich von Addis Abeba wie geplant bis Ende kommenden Jahres fertiggestellt ist, vervierfacht sich die dort installierte Windstromleistung von derzeit 51 auf 204 Megawatt. Rekordmarken sollen auch bei der Stromgewinnung aus Erdwärme gesetzt werden. Eine isländische Firma hat im Juli am ostafrikanischen Grabenbruch in Corbetti mit den Testbohrungen für ein Geothermie-Kraftwerk begonnen. Es soll bis zum Jahr 2030 fertiggestellt sein und 500 Megawatt Strom produzieren.

„Die tragende Säule bei der Deckung unseres stark wachsenden Strombedarfs wird jedoch weiter die Wasserkraft sein", sagt Fekede. Derzeit werden bis zu 90 % der Elektrizität mit Hilfe der Generatoren an Staudämmen gewonnen. Mehrere weitere Großprojekte, das spektakulärste davon der auf 6000 Megawatt Leistung ausgelegte Grand Renaissance Staudamm am Blauen Nil, werden derzeit geplant oder gebaut. Sie sind allerdings vor allem aufgrund ihrer negativen ökologischen Auswirkungen umstritten. Äthiopien möchte damit zum größten Stromexporteur am Horn von Afrika aufsteigen. Vor allem chinesische Unternehmen engagieren sich derzeit stark beim Ausbau der Energieinfrastruktur in dem 87 Millionen Einwohner zählenden Land.

Nur 6 % mit Stromnetzanschluss

Werden abgelegene Bergdörfer wie Laka also bald an das überregionale Stromnetz angeschlossen? Und haben sich damit autark arbeitende Solarstromanlagen überlebt? Nein, meint der Energieexperte Hailu. Bislang hätten nur 6 % der Äthiopier und Äthiopierinnen einen Stromanschluss, eine der niedrigsten Raten in Afrika südlich der Sahara. Die Weite des Landes und seine zerklüftete Topographie machten zudem „eine netzgebundene Elektrifizierung zu teuer", sagt er. Die äthiopische Regierung verfolge deshalb eine Doppelstrategie: Städte im ländlichen Raum sollen einen Netzanschluss erhalten, abgelegene Gebiete werden mit Off-Grid Systemen und dezentralen autarken Stromnetzen, sogenannten Mini-Grids, versorgt.

Für die Zukunft schweben Hailu zahlreiche Möglichkeiten vor, mit Hilfe von autarken Solarstromsystemen Jobs in äthiopischen Dörfern zu schaffen. Bauern und Bäuerinnen könnten sich etwa solarbetriebene Getreidemühlen zulegen, ihre eigenen Produkte weiterverarbeiten und diesen Service zudem anderen anbieten. Bislang müssten sie oft das Fünffache ihres ErzeugerInnenpreises zahlen, um ihr Getreide in einer Mühle mahlen zu lassen, die mit einem Dieselgenerator betrieben wird, erklärt er. Allerdings seien die Investitionskosten für ein Solarsystem, das Strom für eine Getreidemühle liefert, mit bis zu 128.000 Birr (5860 Euro) vergleichsweise hoch. Doch das kann Hailus Zuversicht nicht bremsen. „Wir wollen die Idee weiterentwickeln. Ich bin sicher, dass das ein erfolgreiches Geschäftsmodell wird", sagt er.

Hans-Christoph Neidlein

Der Autor ist freier Journalist.

© Christiane Hildebrandt

Widerstand gegen Kohle

KOHLE UND KLIMA

Das Jahr 2015 wird heiß!

Kohle ist der klimaschädlichste Energieträger – das wissen Klimabewegte schon seit Langem und auch die Politik hat das mittlerweile erkannt. Es bleibt jedoch die Frage, ob daraus die richtigen Schlüsse und notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Das Klimajahr 2015 wird zum Glaubwürdigkeitstest für die Bundesregierung und zum Prüfstein für die Klimabewegung.

Deutschland ist weltweit der größte Braunkohleproduzent und besitzt die schmutzigsten Kraftwerke Europas. Während der Ausstieg aus der Steinkohle bis zum Jahr 2018 beschlossen ist, setzen kohlereiche Bundesländer wie Brandenburg und Nordrhein-Westfalen weiterhin auf die Braunkohle, den noch ineffektiveren und dreckigeren der beiden Energieträger. Kohle ist jedoch nicht nur der klimaschädlichste fossile Brennstoff. Für ihre Gewinnung werden Dörfer zerstört und Menschen umgesiedelt – ob in Deutschland oder Kolumbien. Bisher ebenso wenig Beachtung finden die hohen gesundheitlichen Auswirkungen des Kohleabbaus auf die Menschen. Die Emissionen aus der Verbrennung von Kohle belasten unsere Gesundheit zunehmend durch Feinstaub und Quecksilber.

Die Geschichte der Braunkohle in Deutschland hat eine lange Tradition. Der Kohleabbau ist eng mit dem Gedanken an einen wirtschaftlichen Aufschwung verbunden. Insbesondere in den strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands gilt die Kohleindustrie als verlässlicher Arbeitgeber und Jobgarant für die Zukunft. Im Jahr 2013 produzierte Deutschland den meisten Kohlestrom seit der Wiedervereinigung und ließ die CO_2-Emissionen wieder steigen. Dieser klimaschädliche Trend ist mittlerweile zwar gestoppt, doch Braunkohlekraftwerke sind weiterhin die größten CO_2-Emittenten in Deutschland. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie ernst es die Bundesregierung mit ihren eigenen Klimazielen meint.

Kohleabbau und Klimaschutz gehen nicht zusammen

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den CO_2-Ausstoß in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 % gegenüber dem Jahr 1990 zu senken. Dafür ist allein in der Stromerzeugung eine Senkung der Emissionen auf 290 Millionen Tonnen Kohlendioxid jährlich notwendig. Bis 2050 sollen die klimaschädlichen Emissionen dann um 80 bis 95 % gemindert und eine Versorgung mit nahezu 100 % erneuerbaren Energien realisiert werden. Sollte die Bundesregierung keine geeigneten Maßnahmen zur CO_2-Minderung im Energiesektor ergreifen, wird dieses Ziel verfehlt. Denn längst ist klar: Wer Kohlendioxid einsparen will, muss raus aus der Kohle.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat nun reagiert und Pläne zur CO_2-Einparung im Energiesektor vorgelegt, nach denen die ältesten und emissionsintensivsten Kraftwerke einen so genannten „Klimabeitrag" leisten müssen. Widerstand gegen die Pläne kommt vor allem von den „Kohleländern" Brandenburg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen und von den Gewerkschaften, die vor hohen Arbeitsplatzverlusten warnen. Es ist jedoch nur noch eine Frage der Zeit, bis das Ende der Kohle eingeläutet wird und einen grundlegenden Wandel in der Energiewirtschaft nötig macht. Den betroffenen Menschen muss eine Perspektive jenseits der Kohle angeboten werden. Im Sektor der erneuerbaren Energien beispielsweise, arbeiten schon heute mehr Menschen als in der Kohleindustrie.

Wer jetzt nicht beginnt in den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien und die dafür benötigte Infrastruktur zu investieren, blockiert nicht nur die Energiewende, sondern verhindert auch einen notwendigen sozialverträglichen Strukturwandel in den Kohleregionen.

Die internationalen Klimaverhandlungen – Top oder Flop?

Die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung wird sich nicht nur national, sondern insbesondere auch internati-

onal daran messen lassen, wie ernst sie es mit ihren eigenen Klimazielen meint. Das Jahr 2015 bietet dafür einige Anlässe. Ende des Jahres wird in Paris über ein verbindliches internationales Klimaschutzabkommen als Nachfolge des Kyoto-Protokolls verhandelt, das 1997 erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für die Treibhausgasemissionen der Industrienationen festlegte. Auf der 21. Vertragsstaatenkonferenz (COP21) vom 30. November bis zum 11. Dezember beraten die 195 Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention erneut, wie der globale Temperaturanstieg auf unter 2 Grad Celsius begrenzt werden kann.

Auf dem Weg nach Paris wird es wichtige Zeitfenster geben, den Druck auf Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft zu erhöhen und ein konsequentes Umdenken in der Wirtschaftspolitik zu fordern. Nach dem G7-Gipfel in Bayern Anfang Juni, folgt im November der Gipfel der G20 in der Türkei, bei welchem die Gruppe der 20 großen Industrienationen zusammenkommen und über die Dringlichkeiten in der globalen Weltpolitik diskutieren wird. Im September wird in New York über einen Nachfolgerahmen für die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) beraten. Ziel ist die Verabschiedung einer Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung als Leitplanke für ein Leben in Wohlstand innerhalb der Grenzen unseres Planeten.

Es scheint, als sei die Dringlichkeit des Klimawandels ganz oben auf der weltpolitischen Agenda angekommen. Die Ergebnisse der Klimaverhandlungen sprechen jedoch eine andere Sprache. Viel zu schleppend kommt der internationale Klimaschutz voran und die Erwartungen der Zivilgesellschaft an die Verabschiedung eines globalen und vor allem völkerrechtlich verbindlichen Klimaschutzabkommens in Paris sind gering. Nach den ernüchternden Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte bleibt also die Frage, wie sich die Klimabewegung auf die diesjährigen Verhandlungen einstellt.

Die Klimabewegung stellt sich auf

Im Jahr 2009 waren die Erwartungen noch hoch. Damals wurde in Kopenhagen auf der COP15 über ein verbindliches Nachfolgeabkommen ab dem Jahr 2012 verhandelt. Die Klimakonferenz ging jedoch ohne nennenswerte Ergebnisse zu Ende und als Flop in die Geschichte ein und die noch junge Klimabewegung musste sich neu konstituieren.

Seit Kopenhagen stellt sich auch die berechtigte Frage, wie sinnvoll eine Mobilisierung zu den Klimaverhandlungen ist, wenn ihr Scheitern von vielen bereits jetzt prognostiziert wird. Auf diese Frage haben NGOs und GraswurzelaktivistInnen unterschiedliche Antworten. Bisher sieht es danach aus, als ob es auch in diesem Jahr eine breite Mobilisierung zu den Klimaverhandlungen in Paris geben wird. Deutschland mit seiner starken Zivilgesellschaft kommt als Nachbarland hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Während sich ein großer Teil der NGOs auf die Verhandlungen einstellt und als Teil der Zivilgesellschaft offiziell geladen ist, konzentrieren sich andere Teile der NGO-Szene und die Graswurzelbewegung darauf, den Protest auf die Straße zu tragen – in Paris und überall. Die Strategien und Aktionsformen sind dabei so vielfältig wie die Akteure. In Frankreich hat sich bereits jetzt ein großes und breites Bündnis formiert, das mit der Mobilisierung nach Paris begonnen hat. Die Strategie der Coalition Climate 21 ist es, die Breite der Zivilgesellschaft zu mobilisieren und dabei weltweit den lokalen und den globalen Protest miteinander zu verbinden.[1]

In Deutschland ist viel geplant

Die Klima-Allianz Deutschland wie auch andere Klimabewegte beteiligen sich aktiv an der Mobilisierung zu den Klimaverhandlungen und unterstützen die vielfältigen Aktionen in Deutschland und in Paris. Für den 26. September ist ein bundesweiter Klima-Aktionstag unter dem Motto „Klimaschutz: Vorangehen!“ als Teil eines „Global day of action“- eines globalen Aktionstages - geplant, an dem Menschen mit Demonstrationen, Protestaktionen und Infoveranstaltungen weltweit ihr Engagement für den Klimaschutz aufzeigen.[2] Der diesjährige Klima-Aktionstag findet in Kooperation mit dem Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit statt, der am 13. September in Flensburg startet und Anfang Dezember in Paris enden wird.[3] Auf dem Weg nach Paris finden zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen zu den Themen Klimaschutz und Klimagerechtigkeit statt. Dabei möchte der Pilgerweg spirituelle Besinnung mit politischem Engagement verbinden.

Auch die Kohle bekommt in diesem Jahr wieder kräftigen Gegenwind. Für August sind erneut Klimacamps im Rheinischen und im Lausitzer Kohlerevier geplant. Ziel dieser Camps ist es, den lokalen Widerstand mit der globalen Forderung nach Klimagerechtigkeit zu verknüpfen.[4] Zudem werden nach zwei erfolgreichen Menschenketten in den beiden großen Kohlerevieren im letzten und in diesem Jahr, erneut viele Menschen zusammenkommen und am 20. Juni in Proschim in der Lausitz gemeinsam ein gelbes Protest-X als Zeichen des Kohlewiderstandes bilden. Der Ort gehört zu den unmittelbar vom Kohletagebau bedrohten Dörfern und soll den Kohlebaggern weichen.[5]

Überall in Deutschland, Europa und der Welt formiert sich der Widerstand gegen den verschwenderischen Umgang mit unseren Ressourcen und die daraus resultierende zunehmende Erderwärmung mit ihren katastrophalen Folgen, insbesondere für die ärmsten Menschen. Das Jahr 2015 wird zeigen, wie viel Strahlkraft die Klimabewegung besitzt und ob sie es schafft, ihr Mobilisierungspotential für den Klimaschutz auch nach Paris aufrechtzuerhalten.

Christiane Hildebrandt

Die Autorin ist Referentin für Internationale Klimapolitik bei der Klima-Allianz Deutschland.

1 Weitere Informationen unter: http://coalitionclimat21.org.

2 Weitere Informationen ab Juli 2015 unter: www.klima-bewegen.de.

3 Weitere Informationen unter: www.klimapilgern.de.

4 Weitere Informationen unter: www.klimacamp-im-rheinland.de und www.lausitzcamp.info.

5 Weitere Informationen unter: www.lausitzer-widerstand.de.

KEIN FISCH NIRGENDS?

Eurosolar will heimische Lachse, Aale, Neunaugen und Co. auf dem Altar der Wasserkraft opfern

Die Nutzung der Wasserkraft in unseren Flüssen und Bächen stellt einen der großen ungelösten Konflikte im Umwelt- und Naturschutz dar: Nach dem Stand der Technik errichtete Wanderhilfen für Fische erweisen sich als völlig unzureichend und nahezu funktionslos – wie aktuell für das erst 2013 errichtete Weserkraft in Bremen dokumentiert wurde. Auf ihren Wanderungen flussabwärts werden Fische zu Millionen Opfer der Turbinen und Rechenanlagen. Und der Aufstau der Fließgewässer verursacht ihre dauerhafte Degradierung als Lebensräume und stört die dynamische Interaktion von Fluss, Ufer und Landschaft in unseren Auen. Wie soll es weitergehen?

Eurosolar deutschland, Vereinigung für erneuerbare Energien, strebt nach eigenen Angaben eine „Verzehnfachung der Wasserkraftanlagen" in Deutschland an und hat im April 2015 ein „Grundsatzpapier zur kleinen und mittleren Wasserkraft" vorgelegt. Die zum Teil empörend falschen Behauptungen des Papiers haben unter den im Deutschen Naturschutzring (DNR) zusammengeschlossenen Umwelt- und Naturschutzverbänden, beim Deutschen Angelfischerverband (DAFV), aber auch bei der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) und sogar beim Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) einige Irritation ausgelöst. Für die GRÜNE LIGA weist Tobias Schäfer die Forderungen des Eurosolar-Papiers scharf zurück.

Eurosolar fordert in seinem Papier unter anderem den Verzicht auf jegliche Schutzvorkehrungen für flussabwärts wandernde Fische sowie die Abschaffung geltender wasserrechtlicher Genehmigungen für neue Anlagen an bestehenden Staubauwerken. Im kruden Fazit des Eurosolar-Papiers lesen wir wörtlich: „Wasserkraft sollte Vorrang vor Naturschutz haben, weil Klimaschutz die Voraussetzung für Naturschutz ist. (...) Die Wasserkraft ist nicht nur unerschöpflich und im Einklang mit der Natur. Die Möglichkeiten der Wasserkraft sind noch nicht mal ansatzweise ausgeschöpft".

Mit einer solch einfältigen Position fiele man nicht nur in einem Fließgewässerökologie-Grundkurs glatt durch. Gewässer sind das ökologische Rückgrat unserer Landschaft. Sie sind dynamische, ständig im Wandel begriffene Lebensräume: Flüsse sind auf eben jene Energie angewiesen, die ihnen die Wasserkraftnutzung zu entziehen trachtet. In der gegenwärtig vorherrschenden Form hat die Wasserkraft das Artensterben und den Einbruch der Wanderfischpopulationen in unseren Gewässern in den letzten gut einhundert Jahren maßgeblich mitverursacht und sie behindert heute die Wiederansiedlung und Ausbreitung heimischer Arten massiv. Die unzähligen Querbauwerke sind – neben der Überdüngung – gegenwärtig der Hauptgrund, weshalb deutschlandweit nahezu kein Fluss oder Bach einen „guten ökologischen Zustand" erreicht. Dabei deckt die sogenannte „kleine Wasserkraft" in Deutschland mit 7.300 Anlagen lediglich 0,05 % (!) des Primärenergieverbrauchs.

Die von Eurosolar offen zur Schau gestellte blanke Unkenntnis elementarer landschaftsökologischer Zusammenhänge und das Fehlen von Grundwissen über die heimische Fischfauna lassen es geboten scheinen, auf einige falsche Behauptungen des Papiers kurz einzugehen.

Es wandern keine heimischen Fische flussabwärts?

Die allermeisten unserer heimischen Flussfische sind Wanderfische und strömungsliebend – da hilft es auch nichts, einfach das Gegenteil zu behaupten. Wie bei Zugvögeln finden Fortpflanzung, Aufwachsen und Überwinterung je nach Fischart an verschiedenen Orten statt, in unterschiedlichen Lebensräumen. Bei Langdistanz-Wanderern wie Lachsen und Meerforellen oder auch bei den Fluss- und Meerneunaugen liegen die Laichgebiete meist in den Oberläufen. Die heranwachsenden Tiere wandern allmählich in Richtung der Flussmündungen und schließlich ins Meer. Selbstverständlich wandern diese Fische also sowohl flussauf- und flussabwärts – andernfalls könnten sie ihren Lebenszyklus nicht vollenden. Die Verlustraten der abwandernden Jungfische liegen an Wasserkraftwerken aber mitunter bei über 90%! Eurosolar fordert nun, jegliche Verpflichtungen zum Schutz flussabwärts wandernder Fische zu verzichten. Genauso gut könnte man die Jagd auf Zugvögel künftig nur noch im Frühjahr verbieten und im Herbst freigeben.

© Winfried Klein

Totfunde geschlechtsreifer „Blankaale" einer einzigen Nacht in einer Wasserkraftanlage in Limburg an der Lahn

Wasserkraft verursacht keine Zerstörung im Ökosystem Fluss?
Die Wasserkraftnutzung verändert Fließgewässerökosysteme ganz erheblich, nicht selten bis zur Unkenntlichkeit. Nach EU-weit geltendem Recht ist bei grundsätzlich jeder Wasserkraftanlage – und generell bei jedem Querbauwerk – explizit zu prüfen, wie gravierend die Schädigung des Gewässerlebensraums jeweils ist. Im Ergebnis wurden sogenannte „erheblich veränderte" Gewässer ausgewiesen. Diese Einstufung ist im Rahmen der Flussgebietsbewirtschaftungsplanung alle sechs Jahre zu überprüfen – und revidierbar.

Lebensraum (Biotop) und Lebensgemeinschaft (Biozönose) stehen auch im Ökosystem Fluss in enger Wechselwirkung. Insbesondere Wanderfische spielen dabei eine zentrale Rolle für das Funktionieren dieser Beziehung. Kurz gesagt: Ist der Lebensraum dauerhaft kaputt, ist auch bald die gewässertypische Artenvielfalt futsch.

Ausgerechnet die 1960er Jahre als Orientierungszeitraum für einen guten Zustand unserer Gewässer vorzuschlagen, ist nicht weniger als zynisch. Damals waren unsere Flüsse in West und Ost auf dem Weg zum Tiefpunkt. Am Rhein wurde erst 1986 der katastrophale Chemieunfall in Basel zum Wendepunkt, an dem die Wiederansiedlung von Lachsen und anderen Wanderfischen zum Ziel erklärt wurde.

Lachse sind in Süd- und Mitteldeutschland nicht heimisch?
Bodenlos ist schließlich die Behauptung von Eurosolar, in Mittel- und Süddeutschland seien keine Lachse heimisch. Rhein und Elbe waren noch vor 100 Jahren die größten Lachsflüsse Europas: Im Rhein wurden noch in den 1910er Jahren jährlich um die 85.000 Lachse gefischt. Zur gleichen Zeit wurden in der bayerischen Donau noch Huchen (Donaulachse) gefangen, die 80 Pfund und mehr wogen. Während die Bestandssituation des Huchens in Deutschland laut Roter Liste „auf sehr niedrigem Niveau stabil" ist, wurde der Atlantische Lachs eines der prominentesten Opfer von Naturzerstörung und Gewässerverschmutzung und starb in unserer Heimat aus. Inzwischen wurde er mit großem Aufwand und mit intensiver wissenschaftlicher Begleitung wieder eingebürgert, ebenso wie der Maifisch im Rhein und die Störe in Elbe und Oder. Wenn Eurosolar in diesem Zusammenhang irreführend von „Zuchtfischen" spricht, ist dies schlicht eine Frechheit. Niemand würde von den in Deutschland ausgewilderten Luchsen, Wildkatzen oder Wanderfalken und deren Nachkommen behaupten, es handele sich um Zuchttiere.

Mehr Flusswildnis wagen und mehr Wanderfische wiederansiedeln!
Gewässer sind Spiegel der sie umgebenden Landschaft: In den Stofffrachten und Sedimenten, in ihrer Wasserführung, ihrer Temperatur und in ihrer Lebensraumstruktur bildet sich ab, wie wir mit Boden und Wasser in ihren Einzugsgebieten umgehen. Wo Wanderfische in unseren Flüssen fehlen, macht uns dies unmissverständlich deutlich, dass wir alles andere als nachhaltig wirtschaften.

Die Bilanz des Flussgebietsmanagements in Deutschland im Jahr 2015 zeigt: Viele unserer Flüsse und Bäche sind auf weiten Strecken verödet. Wir haben uns zwar daran gewöhnt, dass die heimischen Fische vielerorts fehlen oder viel zu selten sind. Aber wer hätte vor 25 Jahren gedacht, dass sich Deutschlands Wappenvogel, der Seeadler, genauso wie Otter, Elbebiber, Kranich und Fischadler wieder bis ins Stadtgebiet Berlins und weit nach Westdeutschland hinein ausbreiten würden? Wieso soll das bei Meerforelle und Lachs, bei Stör, Maifisch und Meerneunauge nicht gelingen?

In den USA werden gegenwärtig mehr Staudämme abgerissen als neugebaut, und eine breit aufgestellte Hydropower Reform Coalition arbeitet daran, an vielen Flüssen die Verheerungen einer einseitigen und überzogenen Wasserkraftnutzung zu kurieren. Wir müssen uns auf das Wesen unserer Flüsse zurückbesinnen – und an und in unseren Gewässern mehr Wildnis wagen.

Tobias Schäfer

Der Autor arbeitet als Gewässerschutz-Referent in der Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA in Berlin und ist Mitglied in der Water Working Group des Europäischen Umweltbüros (EEB) in Brüssel.

Erst einzahlen, dann abschalten
Kernforderungen zur dringend notwendigen ökologischen Reglementierung der Wasserkraft in Deutschland – Deutscher Angelfischerverband (DAFV) und GRÜNE LIGA

1. Wasserkraftanlagen sind nach geltendem europäischem Recht nur ausnahmsweise zulässig! Das europäische Gewässerschutzrecht formuliert strenge Auflagen für Eingriffe in Gewässer und ein generelles Verschlechterungsverbot, die europäischen Naturschutzregelungen untermauern dies. Bei Nichteinhaltung drohen Vertragsverletzungsverfahren.

2. Wasserkraftanlagen in Wanderkorridoren sollen auf der Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) von 2014 gemäß der „Fernsteuerbarkeit" in den Hauptwanderzeiten der Fische während der Nachtstunden vom Netz genommen werden! Mit dieser einfachen Maßnahme können die Betreiber zu geringen Kosten erreichen, dass Fischbrut und Fische aller Größen die Passage von Wasserkraftstandorten weitestgehend überleben – ein enormer Schritt in Richtung guter ökologischer Zustand!

3. Die Gewässerbenutzung durch Wasserkraftanlagen mit Abgaben belegen: Nach dem Verursacherprinzip sollten zügig Wassernutzungsentgelte beziehungsweise -abgaben für die Wasserkraftnutzung eingeführt werden! Derartige Abgaben leisten einen Beitrag zur Internalisierung der immensen Umwelt- und Ressourcenkosten, die die Wasserkraftnutzung verursacht – also der sozialen Kosten, die ansonsten die Allgemeinheit zu tragen hat. Das Wassergesetz in Sachsen liefert hierfür ein gutes Beispiel. Wassernutzungsabgaben entfalten eine lenkende Wirkung und können Renaturierungsmaßnahmen an und in Gewässern finanzieren helfen.

4. Das Umweltschadensgesetz muss endlich auf die ökologischen Schadwirkungen der Wasserkraft angewendet werden!

KONZERNMACHT GRENZENLOS

Die G7 und die weltweite Ernährung

Broschüre

Welternährung war in den letzten Jahren immer wieder einer der Schwerpunkte der Gipfelagenden der G8 bzw. G7 und auch die diesjährige deutsche G7-Präsidentschaft hat sich diesbezüglich einiges vorgenommen. So richtig die Themensetzung ist, aus Sicht der Zivilgesellschaft und vieler Bauern- und Bäuerinnenorganisationen in Deutschland, anderen G7-Ländern und vielen Entwicklungsländern richten die von den G7 beschlossenen Programme oft mehr Schaden als Nutzen an. Die vorliegende Publikation zeigt aus Sicht deutscher Nichtregierungsorganisationen, die zu diesem Thema arbeiten, was falsch läuft und was anders gemacht werden muss. Gemeinsamer Hauptkritikpunkt aller Autorinnen und Autoren der Publikation ist der starke Fokus auf die internationalen Agrarmultis als Akteure und die starke Orientierung an ihren Interessen. Wer den Hunger in der Welt erfolgreich bekämpfen will, kommt aber nicht an den lokalen Bauern und Bäuerinnen – und das sind in der Regel Familienbetriebe – und auch nicht an denjenigen, die Agrarprodukte verarbeiten und mit ihnen handeln, vorbei. Denn von den 805 Millionen Hungernden leben zwei Drittel in den ländlichen Räumen des globalen Südens. Aus Sicht dieser vielen Millionen Menschen, deren Existenzgrundlage in den Entwicklungs- und Schwellenländern von der Landwirtschaft abhängt, sind die immer stärker werdende Einflussnahme und Präsenz der multinationalen Agrar- und Lebensmittelindustrie sowie das Vordringen von Supermarktketten eher eine Bedrohung als eine Hilfe.

Download unter:
http://forumue.de/wp-content/uploads/2015/05/Konzernmacht_grenzenlos_Broschuere_A4_web.pdf

DIE SIEBEN SÄULEN EINER ZUKUNFTSFÄHIGEN, BÄUERLICHEN LANDWIRTSCHAFT UND SOUVERÄNEN ERNÄHRUNG IN NORD UND SÜD

Positionspapier

Mit der am 24.03.2015 offiziell startenden Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger (SEWOH) will das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) dazu beitragen, Hunger und Mangelernährung in der Welt zu überwinden. Die Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ernährung im Forum Umwelt und Entwicklung (AG L&E) skizziert in ihrem Positionspapier die sieben Säulen einer zukunftsfähigen Landwirtschaft und Ernährung in Nord und Süd. Sie fordert von BMZ und Bundesregierung, ihre Entwicklungs-, Ernährungs- und Handelspolitik danach auszurichten und kohärent zu gestalten, um den Hunger wirksam zu bekämpfen.

Download unter:
http://lenik.de/10866_forumumwelt/wp-content/uploads/2015/06/Positionspapier_Zukunftsfaehige_baeuerliche_Landwirtschaft_2015.pdf

TABAK: UNSOZIAL, UNFAIR, UMWELTSCHÄDLICH

Tabakproduktion und -konsum als Beispiel für die Vielschichtigkeit der SDGs

Studie

In diesem Herbst soll die Post-2015-Agenda auf der UN Generalversammlung beschlossen werden. Das globale Vorhaben, Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu formulieren, ist äußerst vielschichtig. Die neue, gemeinsame Broschüre von Brot für die Welt, Forum Umwelt und Entwicklung und Unfairtobacco.org zeigt, wie sehr die einzelnen vorgeschlagenen Ziele miteinander verflochten sind. Dazu beleuchtet sie beispielhaft die Produktion und den Konsum von Tabakprodukten und wie und in welchem Maße der gesamte Prozess vom Feld bis zur Zigarettenkippe einer nachhaltigen Entwicklung entgegensteht. Eine Vielzahl von Beispielen von allen Kontinenten belegen die ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen der Aktivitäten im Tabaksektor. Die Studie belässt es aber nicht bei der reinen Aufzählung von Fakten, sondern bietet auch zahlreiche konkrete Handlungsansätze und stellt Forderungen an die Politik.

Download unter:
http://www.unfairtobacco.org/wp-content/uploads/Tabak-unsozial-unfair-umweltschädlich_web.pdf
kostenlos bestellbar unter:
https://www.brot-fuer-die-welt.de/shop/entwicklungspolitik/

LEITFADEN ZUR NATURSCHUTZFINANZIERUNG IN DER EU-FÖRDERPERIODE 2014 – 2020

Leitfaden

Die EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie von 1992 und die EU-Vogelschutz-Richtlinie von 1979 (novelliert 2009) sind das rechtsverbindliche Fundament für die Anstrengungen der 28 EU-Mitgliedsstaaten, den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten sowie Arten und Lebensraumtypen in einen guten Erhaltungszustand zu versetzen. Dies soll insbesondere durch Natura 2000, das weltweit größte Netzwerk von Schutzgebieten, erreicht werden. Für die Finanzierung von Natura 2000 und anderer Natur-

schutzmaßnahmen bestehen viele bisher zu wenig genutzte Möglichkeiten durch die EU. Das Ziel dieses Leitfadens ist es, für die angelaufene Förderperiode 2014–2020 vorhandene Finanzierungsmöglichkeiten der EU für die Umsetzung von Natura 2000 sowie anderer Naturschutzmaßnahmen aufzuzeigen. Er soll in erster Linie dazu dienen, das Auffinden von Fördermöglichkeiten zu erleichtern, und Hinweise zur weiteren Recherche sowie zur Planung von Projekten geben.

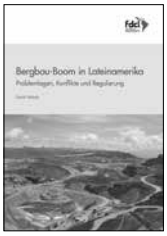
Download unter: www.NABU.de/EU-Naturschutzfoerderung

INVESTITIONEN IN DIE LANDWIRTSCHAFT
Das Recht auf Nahrung Wirklichkeit werden lassen.
Broschüre

JedeR zweite Hungernde lebt auf dem Land. Gleichzeitig ist das Potential dieser ProduzentInnen seit langem vernachlässigt worden, obwohl sie den Großteil der Nahrung in Entwicklungsländern erzeugen. Kleinbäuerinnen und -bauern sind wichtige InvestorInnen. Sie investieren als UnternehmerInnen in Tiere, Saat, Arbeit, Ställe und Bewässerung. Die Förderung von kleinbäuerlichen Betrieben ist der Schlüssel zur Lösung der Ernährungsfrage. Trotzdem sinkt die Zahl der kleinbäuerlichen Betriebe weltweit rapide. Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen für sie nicht, denn die Politik fördert die großen Betriebe. Dieser Strukturwandel nach dem Motto „Wachsen oder Weichen" gefährdet die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung. Seit etwa zwei Jahren wird in der Zusammenarbeit der öffentlichen Entwicklungshilfe mit dem Privatsektor in Deutschland und der EU beziehungsweise den G7-Staaten ein neuer (alter) Weg beschritten. Auch die Regierungen vieler Entwicklungsländer setzen auf die private Wirtschaft mit ihren großen Investitionsmöglichkeiten, um die Wirtschaft ihrer Länder wachsen zu lassen. Es stellt sich die Frage, ob dieser Weg ein zukunftsfähiger ist, der das Recht auf Nahrung für die Hungernden Wirklichkeit werden lassen kann oder ob er zu weiterer Armut führt.

Download unter:
http://www.agrarkoordination.de/fileadmin/dateiupload/PDF-Dateien/Broschuere/AK_Heft_Investitionen_Landwirtschaft-2.pdf

Weltweite Konzentrationsprozesse in der Saatgutindustrie (Poster):
http://www.agrarkoordination.de/fileadmin/dateiupload/PDF-Dateien/Poster/Seed2013_H_a1print_grosses_Poster.pdf



BERGBAU-BOOM IN LATEINAMERIKA
Problemlagen, Konflikte und Regulierung
Dossier

Rohstoffe sind das Fundament einer ressourcenintensiven Weltwirtschaft, die einem ökonomischen Wachstumszwang folgt und dessen soziale und ökologische Kosten immer weiter steigen. Von den weltweit zehn wichtigsten Exportländern mineralischer Rohstoffe liegt die Hälfte in Lateinamerika. Als wichtige Ressourcenexportregion rückt es daher zunehmend in den Fokus europäischer und deutscher Wirtschafts- und Rohstoffpolitik. Vom Bergbauboom in den lateinamerikanischen Ländern profitieren allerdings nur Wenige – für den Großteil der Menschen ist er eher Fluch als Segen. Die ressourcenreichen Länder können die Gewinne aus der Rohstoffförderung nur selten in gesamtgesellschaftlichen Wohlstand umwandeln. Deshalb wehrt sich die Bevölkerung zunehmend gegen das Wirtschaftsmodell der Ressourcenausbeutung. Mit der vorliegenden Broschüre möchte das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) einen orientierenden Überblick zu den Ursachen und Problemlagen des aktuellen Bergbaubooms in den lateinamerikanischen Ländern geben, aber auch Konzepte und Initiativen für eine nachhaltige Regulierung des Bergbausektors und eine alternative Rohstoffpolitik in den Blick nehmen.

Download unter: http://www.fdcl.org/publication/2014-12-01-bergbau-boom-in-lateinamerika/

DIE WELT IM WASSERSTRESS
Wie Wasserknappheit die Ernährungssicherheit bedroht
Analyse

Wasser ist ein kostbares Gut. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist lebensnotwendig. Wasser und Ernährungssicherheit sind untrennbar miteinander verbunden. Der Wasserreport von Brot für die Welt zeigt, wie sehr eine nachhaltige Sicherung der Welternährung davon abhängt, dass die Menschheit die sich zuspitzende Wasserkrise in den Griff bekommt. Denn deutlich ist: Die Menschenrechte auf angemessene Nahrung, auf den Zugang zu sicherem Trinkwasser, zu Sanitärversorgung und auf Gesundheit sind eng miteinander verknüpft. Die knappen Süßwasserressourcen müssen gerecht verteilt werden. Dabei muss auch der hohe Wasserverbrauch in Deutschland auf den Prüfstand gestellt werden. Denn Industrie- und Schwellenländer sind mitverantwortlich für Wasserstress und Wasserverschmutzung in vielen anderen Ländern. Wie bei allen unseren begrenzten natürlichen Ressourcen sind wir gefordert, einen nachhaltigen Umgang einzuüben. Ein „Weiter so" in der Verschwendung und Verschmutzung von Wasser darf es nicht geben.

Download unter:
http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/analyse-49_wasserreport.pdf

UNTERNEHMEN ZUR VERANTWORTUNG ZIEHEN

Erfahrungen aus transnationalen Menschenrechtsklagen

Studie

Deutsche und europäische Unternehmen sind immer wieder direkt und indirekt an Menschenrechtsverletzungen im globalen Süden beteiligt. Zur Verantwortung aber werden sie so gut wie nie gezogen. Auf Anregung namhafter Menschenrechtorganisationen aus dem globalen Süden unterstützen MISEREOR, Brot für die Welt und ECCHR seit 2009 in einem gemeinsamen Projekt lokale Akteure in ihren Bemühungen, gegen transnationale Unternehmen vorzugehen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind oder von ihnen profitieren. Im Rahmen von vier Workshops in Kolumbien, Kamerun, Indien und den Philippinen analysierte das ECCHR rund 50 umfangreiche Einzelfälle von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen aus der ganzen Welt. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden hier diskutiert und auf die konkrete Fallarbeit angewendet.

Download unter:
http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Studie_Unternehmen_zur_Verantwortung_ziehen_2014.pdf

KOHLEPROTESTKARTE

Poster

Der Energieträger Kohle rückt immer mehr in den Fokus der Debatten um Klimaschutz, Energiewende Unternehmensverantwortung und Menschenrechte. PowerShift hat gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung viele Zahlen und Fakten über Kohle und Kohlewiderstand in Deutschland zusammengetragen und daraus eine spannende Karte gebaut. Wieviel Prozent des Stroms werden heute weltweit aus Kohle produziert? Wie hoch ist der Anteil des „klimapolitischen Vorreiters" Deutschland an den CO_2-Emissionen der Europäischen Union? Wie viele Menschen sind in Deutschland wirklich noch in der Braunkohle beschäftigt, wie viele inzwischen in den Erneuerbaren Energien? Wer wehrt sich gegen die Weiter-so-Politik der Energiekonzerne? Im Rahmen der Debatte um einen deutschen Kohleausstieg dokumentiert die Karte, wo hierzulande Kohle abgebaut und verbrannt wird und welche Folgen für Gesellschaft, Natur und Klima daraus entstehen. Gleichzeitig stellt sie die Breite des Protests gegen den fossilen Energieträger dar und bietet mit zahlreichen Informationen und Quellen eine Grundlage, sich selbst eine Meinung zu bilden.

Download unter:
http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2015/05/Kohleprotestkarte.pdf

Kostenlos bestellbar über: sebastian.roetters@power-shift.de

DIE WERTSCHÖPFUNGSKETTE VON MOBILTELEFONEN

Informationsblatt

Ein Mobiltelefon besteht aus bis zu 60 Stoffen, der größte Teil davon sind Metalle. Diese Metalle werden aus Erzen gewonnen, die aus verschiedensten Staaten stammen können. Sie werden bei der Weiterverarbeitung zu den Einzelteilen der Mobiltelefone oft mehrfach über Landesgrenzen hinweg transportiert. Bei der Förderung der Rohstoffe gibt es große soziale und ökologische Probleme.
Entlang der Wertschöpfungskette werden meist neben nationalen Gesetzen auch internationale Abkommen wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation oder die Richtlinien der OECD für multinationale Unternehmen gebrochen. Gemeinsame Schritte aller an der Wertschöpfungskette für Mobiltelefone Beteiligten werden nur dann erfolgreich sein, wenn der rechtliche Rahmen klarer definiert wird. Solange dies nicht geschieht, wird es weiterhin eine Vielzahl von freiwilligen Ansätzen zur Verbesserung geben, die zudem meist nur einen kleinen Teil der Kette betreffen.

Download unter: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2015/2015-02_Fact_Sheet_Wertschoepfungskette_Mobiltelefonen.pdf

Kostenlos bestellbar unter:
http://www.suedwind-institut.de/publikationen/2015/

QUO VADIS, BESCHAFFUNG?

Eine Bestandsaufnahme der sozial verantwortlichen öffentlichen Beschaffung: Reformen, Spielräume, Vorreiter.

Broschüre

Die erste Auflage von „Quo Vadis, Beschaffung?" ging Fragen zu notwendigen Strukturen für die Umsetzung einer sozial verantwortlichen Beschaffung sowie der Überprüfung von Standards nach. In der Neuauflage geht es darum, die Empfehlungen der ersten Ausgabe auf ihre konkreten, praktischen Auswirkungen hin zu untersuchen. Welche Erfahrungen wurden mit Pilotprojekten mit anspruchsvoller Nachweisführung gemacht? Welche begleitenden Maßnahmen empfehlen sich zur erfolgreichen Umsetzung? Wie können Nachweisführung und die Einhaltung der ILO-Normen auch in den Zuschlagskriterien verankert werden? Außerdem wird die neue EU-Vergaberichtlinie, auf deren Grundlage nun auch die Beschaffungsregeln in

Deutschland überarbeitet werden, im Hinblick auf die sozialen Kriterien analysiert. Es werden Beispiele aus einigen Städten näher beleuchtet, die sich bewusst entschieden haben, eine sozial verantwortliche Beschaffung in der Praxis voranzutreiben. Dabei gehen wir vor allem der Frage nach, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um sozial verantwortliche Beschaffung nachhaltig in der Kommune zu verankern.

Download unter: http://www2.weed-online.org/uploads/quo_vadis_beschaffung_2015.pdf
Bestellbar (2 Euro) unter: http://www.weed-online.org/publikationen/bestellung/index.html#799437

VERANSTALTUNGEN

NATURE ALERT
Online Aktion zur Rettung des EU-Naturschutzrechts
bis zum 24.07.2015

Für den Schutz unserer Natur sind die Fauna-Flora-Habitat (FFH)- sowie die EU-Vogelschutzrichtlinie entscheidend. Unsere kostbare Natur wird durch wichtige europäische Gesetze geschützt. Tiere, Pflanzen und einmalige Lebensräume sind auf diese Regelwerke angewiesen. Leider erwägt die Europäische Kommission zurzeit, im Zuge eines „Fitness-Checks" diese Gesetze auszuhöhlen und damit die Fortschritte jahrelanger Naturschutzanstrengungen zu zerstören. Die Europäische Kommission fragt nun im Rahmen einer Online-Konsultation nach unserer Meinung. Deshalb ist jetzt die Zeit, unsere Stimme dagegen zu erheben. Die Umfrage der Kommission enthält eine lange Liste von Fragen, die wir vorab für Sie im Sinne des Naturschutzes beantwortet haben. Es gilt, jetzt zu handeln und kund zu tun, dass wir die gesetzlichen Regelungen endlich durchgesetzt sehen wollen – und sie keinesfalls geschwächt werden dürfen. Der DNR ruft deshalb mit über 100 weiteren Natur-, Tier und Umweltschutzverbänden aus allen 28 Mitgliedstaaten der EU auf, sich an der europaweiten Befragung zu beteiligen und die Seite www.NatureAlert.eu online weit zu verbreiten. In Deutschland rufen unter anderem auch NABU, BUND und WWF zum NatureAlert auf.

Jetzt die Natur retten – Unterzeichnen und Weitersagen: https://www.naturealert.eu/de

INTERNATIONALE KONFERENZ
Das UNESCO-Welterbe und die Rolle der Zivilgesellschaft
26. – 27.06.2015, Bonn

In diesem Jahr tagt das UNESCO-Welterbekomitee in Bonn. In der Erkenntnis, dass das Weltnatur- und Kulturerbe ohne die aktive Teilhabe lokaler Gemeinschaften nicht dauerhaft bewahrt werden kann, hat das UNESCO-Welterbekomitee beschlossen, deren angemessene Einbeziehung bei der Umsetzung der Welterbekonvention zu stärken. Unter Federführung und Koordination des Vereins „World Heritage Watch e.V." wird nun eine internationale Konferenz „Welterbe und Zivilgesellschaft" in Bonn veranstaltet.

Veranstaltungsort: Gustav-Stresemann-Institut, Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn
Veranstaltet von: World Heritage Watch
Weitere Infos: http://www.world-heritage-watch.org/index.php/de/aktivitaeten/internationale-konferenz

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE RADTOUR IN DIE LAUSITZ
04.07.2015, Lausitz

Auch 2015 organisiert PowerShift gemeinsam mit dem Bündnis „Kohleausstieg Berlin" wieder eine entwicklungspolitische Radtour in die Lausitz. Am 4. Juli 2015 laden sie zum vierten Mal zum Radeln gegen die Kohle ein. Die Fahrt geht ca. 50 km durch die Gegend rund um den Braunkohletagebau Jänschwalde. Die Teilnehmenden erfahren dabei, warum der Kampf gegen den Klimawandel in der Lausitz beginnt, welche gravierenden Folgen die großflächigen Tagebaue für Mensch und Natur vor Ort haben und warum das Bundesland Berlin eine Mitverantwortung dafür trägt. Außerdem wollen die VeranstalterInnen darüber sprechen, weshalb die massive Verstromung von Kohle in Deutschland entwicklungspolitisch problematisch ist und zunehmend zur Gefahr für eine erfolgreiche Energiewende wird.

Bei Interesse: sebastian.roetters@power-shift.de
Veranstaltungsort: Braunkohlerevier Lausitz
Veranstaltet von: PowerShift
Weitere Infos: http://power-shift.de/?page_id=3612

ATTAC-SOMMERAKADEMIE 2015
05. – 09.08.2015, Marburg

Wie hängen globale Armut, Umweltzerstörung und unser aktuelles Wirtschaftssystem zusammen? Wie könnten Lösungsstrategien aussehen, wenn das Ziel des Wirtschaftens der Profit auf Kosten von Schwächeren und der Umwelt ist? Auf diese und weitere Fragen versucht Attac mit der Sommerakademie gemeinsam mit den Teilnehmenden eine Antwort zu finden. Auf spannenden Podien, Foren und in Workshops wird gemeinsam gelernt, politisches Handwerkszeug erarbeitet und diskutiert: Über die Infrastruktur von Finanzmärkten und alternative Wirtschaftsformen, Welthandel und Demokratie, Krise und linke Alternativen, Klimagerechtigkeit und vieles mehr. Im Mittelpunkt steht dabei der Attac-Jahresschwerpunkt „Wachstumskritik: Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden". Die Globalisierung der Wirtschaft schafft zwar viele GewinnerInnen, aber noch mehr Opfer. Umweltkatastrophen nehmen zu, die Kluft zwischen Arm und Reich wird ständig größer, überall wächst die Angst vor globaler Konkurrenz und die Politik muss sich fragen lassen, ob sie ihre Macht nicht bereits an die Konzerne verloren hat. Dabei geht es nicht darum, die Globalisierung reflexhaft abzulehnen, sondern darum Kritik zu üben, auf Probleme aufmerksam zu machen und alternative Strategien aufzuzeigen.

Veranstaltungsort: Richtsberg-Gesamtschule, Karlsbader Weg 3, 35039 Marburg
Veranstaltet von: Attac
Weitere Infos: http://www.attac.de/soak/start/

KLIMACAMP IM RHEINLAND MIT DEGROWTH SUMMER SCHOOL

07. – 17.08.15, am Tagebau Garzweiler

Inspiriert durch die Klimabewegung in England finden in Deutschland seit 2008 Klimacamps statt. Sie basieren auf den vier Säulen Vernetzung, Bildung, Alternatives Leben und Widerstand. Im rheinischen Braunkohlerevier findet in diesem Jahr zum 6. Mal das Klimacamp statt. Dieses Mal soll eine gemeinsame Geschichte zwischen Klimabewegung und Degrowth Bewegung geschrieben werden. In Diskussionen, Workshops und Podien werden die einzelnen Kämpfe wie Wachstumskritik, Deinvestieren und Kapitalismuskritik mit Klimawandel, Erderwärmung und Kohleverstromung miteinander verbunden und Gemeinsamkeiten entdeckt. Neben dem theoretischen Strang wird es auch eine Vielzahl praktischer Workshops geben – vom Windradbau über künstlerische Workshops bis zum Aktionstraining. Dieses Jahr wird außerdem erstmals eine Degrwoth Summer School in Deutschland organisiert, welche orts-und zeitgleich zum Klimacamp vom 09.-14.08.2015 stattfindet und Kurse zu verschiedenen Themen anbieten wird.

Veranstaltungsort: im Rheinland am Tagebau Garzweiler
Weitere Infos zum Klimacamp: http://www.klimacamp-im-rheinland.de/
Weitere Infos zur Degrowth Summer School: http://www.degrowth.org/summerschool

TAG DER ÖKOLOGISCH-SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT 2015

11.09.2015, 09:30 – 17:00 Uhr, Berlin

Im „Klein-Klein" des täglichen politischen Alltags geraten innovative und zukunftsweisende Ideen häufig aus dem Blickfeld. Grund genug, sich beim „Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft 2015" aus dem Dickicht der Details zu befreien und über den Tellerrand zu schauen. Es wird diskutiert, wie uns progressive Alternativen dabei helfen können, die heutigen Herausforderungen zu bewältigen. Brauchen wir einen Neustart in der Klima- und Energiepolitik? Welche Rolle kann ein ökologisches Grundeinkommen spielen? Sind Steuern oder Zertifikate vielversprechender, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen? Das FÖS richtet gemeinsam mit der Stiftung Ökologie und Demokratie e. V. den „Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft" aus, um vielversprechende Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu diskutieren.

Veranstaltungsort:
Umweltbundesamt, Bismarckplatz 1, 14193 Berlin
Veranstaltet von: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS)
Weitere Infos:
http://www.foes.de/veranstaltungen/dokumentationen/2015/berlin-11092015#Hintergrund

BUNDESWEITE GROSSDEMONSTRATION: TTIP & CETA STOPPEN!

10.10.2015, 12:00 Uhr, Berlin

Im Herbst 2015 geht die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen! Mit einer bundesweiten Großdemonstration soll am 10. Oktober 2015 in Berlin ein kraftvolles Zeichen gesetzt werden. Es geht darum deutlich zu machen, dass gesellschaftliche Errungenschaften wie Umweltschutz, Verbraucherschutz und ArbeitnehmerInnenrechte unverhandelbar sind. Auch eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft und die kulturelle Vielfalt sind Werte, die es zu schützen und auszubauen gilt. Nur gemeinsam mit vielen Menschen wird es uns gelingen, die geplanten Abkommen zu stoppen und unsere Forderungen für eine soziale und ökologische Globalisierung umzusetzen. Hierfür gehen wir am Samstag, den 10. Oktober in Berlin auf die Straße. Demonstrieren Sie mit!

Weitere Infos:
http://ttip-demo.de/home/

SCHULPROJEKT „TELLER STATT TONNE"

Das Schulprojekt „Teller statt Tonne" von Slow Food Deutschland möchte Kinder und Jugendliche über das Thema Lebensmittelverschwendung an die globale Ernährungssituation heranführen und sie für die Zusammenhänge zwischen der Verschwendung im Norden und dem Hunger im Süden sensibilisieren. Auf dem praktischen Projekttag ernten und verarbeiten sie dabei Gemüse von einem nahegelegenen, ökologischen Hof, das ohne ihre Hilfe in der Tonne gelandet wäre. Auch dieses Jahr gibt es bundesweit wieder 30 freie Plätze für Projekttage zu vergeben.

Bei Interesse melden Sie sich bei der Kordinatorin: l.heerschop@slowfood.de.
Weitere Infos:
https://www.slowfood.de/bildung/schulprojekt_teller_statt_tonne/

FAKTEN AUF DEN TISCH:

Download unter:
www.forumue.de/publikationen